

Der Grundstein

Offizielles Organ des Central-Verbandes der Maurer Deutschlands

sowie der

Central-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementpreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Bestellgebühr),
bei Zustellung unter Kreuzband M. 1,90.

Herausgeber: Joh. Stantingh, berat. Redakteur: Aug. Winnig,
beide in Hamburg.
Redaktion und Expedition: Hamburg 1, Besenbinderhof 56.

Schluss der Redaktion: Dienstag Morgen 8 Uhr.
Vereins-Anzeigen
für die dreigeschossige Petzzeile oder deren Raum 30.-

Verbandskollegen! Agiert kräftig für die Stärkung der Organisation. Halte Eueren im Kämpfende stehenden Kollegen den Rücken frei.

Inhalt: Die Hauptseite. — Internationales aus der Gewerkschaftsbewegung. — Politische Umschau. — Maurerbewegung; Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen, Differenzen, Befreiungsmachungen des Verbandsvorstandes. Befreiungsmachungen der Geworbsstände. Schweiz (Sektion Winterthur). Berichte. — Centralraalteufle. — Von Don: Unfälle, Arbeitersaus, Subventionen usw. — Aus Unternehmerkreisen. — Gewerbeberatung und Arbeiterversicherung: Bericht des Central-Arbeitersekretariats für das Jahr 1906. — Polizei und Gerichte. — Verschiedenes. — Eingegangene Schriften. — Brieftäfelchen. — Anzeigen. — Beurteilungen. — Ansicht Städte.

Die Hauptseite.

Es ist etwas Eigentümliches um die augenblickliche Situation im Baugewerbe. Unsicherheit ist ihre Signatur. Gerade über das, was bei der Beurteilung unserer Position am meisten zu berücksichtigen ist, über den Grab der Bautätigkeit, herrschzt zur Zeit noch völlige Unklarheit. Schon am Schlusse des alten Jahres konnte man Stimmen vernnehmen, die eine Krise, eine allgemeine Stockung aller Geschäfte, als höchstwahrscheinlich bevorstehend bezeichneten. Dann kam so manches, was diese Kassandrarufe als nicht unbegründet erscheinen ließ: die ungewöhnlich starke Anspannung aller Finanzkräfte, dann der Vorstrich am die Mitte des Monats März. Dazu kam, daß die Bautätigkeit in den ersten Wochen der neuen Bauperiode, soweit überhaupt Mitteilung davon gemacht wurde, gar nicht zu verkennden Schlaffheit zeigte. Das war sowohl in manchen Großstädten wie in verschiedenen ländlichen Gebieten zu beobachten.

Nun ist es ohne Zweifel für uns hochbedeutend, welche Lage das Wirtschaftsleben zeigt. Dem so sehr eine gute Konjunktur das Aufsteigen der Löhne und auch das Steigen unserer Mitgliederzahl begünstigt, so sehr wirkt eine schlechte Konjunktur im entgegengesetzten Sinne. Das ist so natürlich, daß es längst zur Einsichtswahrheit geworden ist. Es hat sich aber auch in den letzten Wochen gezeigt, daß die eine ungünstige Geschäftslage vorausragenden Wirtschaftsprrognozen denn doch etwas allzu pessimistisch aufgestellt waren. Wohl ist nicht zu bestreiten, daß wir den Gipelpunkt der Wirtschaftslage hinter uns haben; aber es ist anderseits durchaus nicht anzunehmen, daß nun ein Jahr Absturz eintreten müsse. Wir neigen vielmehr der Ansicht zu, daß sich der Niedergang allmählich vollziehen wird, daß jedenfalls in diesen Jahren von einer ausgesprochenen Schlechten Konjunktur noch nicht wird geredet werden können.

Zimmerhin aber wird sich die veränderte Richtung unseres Geschäftsbildes auf mancherlei Gebieten für uns ungemein bemerkbar machen. So besonders auf dem der Wohnbau eingehen. Für viele Gebiete besteht die absolute Notwendigkeit beträchtlicher Erhöhungen der jüngsten Löhne. Die ungewöhnliche Preissteigerung bei den meisten Lebensmitteln hat diese Notwendigkeit, die schon vorher bestand, wie wir zur Vermeidung von Missverständnissen bemerken wollen, noch bedeutend verstärkt. Die durch eine wuchernde Steigerung der Bodenpreise bewirkte Verkürzung der Wohnungsmitte tritt das ihre dazu bei. So ist es also ganz verständlich, wenn wieder in so vielen Orten resp. Lohnberufen höhere Löhne gefordert werden. Ja, es wäre ein Unglück, wenn es anders wäre; denn das wäre ein Zeichen einer direkt kulturfürdlichen Bedürfnislosigkeit. Hier wird nun die abschlände Konjunktur ohne Zweifel manche Hoffnung auf eine kampflose Erfüllung der gestellten Forderung zerstören. Daß die Kollegen dann nicht ohne weiteres auf alles verzichten, ist klar; im Gegenteil werden sie dann

versuchen, ihre Forderungen durch Kampf durchzusetzen, natürlich nach sorgfältigster Prüfung aller einschlägigen Verhältnisse und unter Berücksichtigung aller taktischen Regeln. Das versetzt sich in unserem Verbande von selbst. Wo die Voraussetzungen für das Gelingen des Kampfes nicht gegeben sind, da wird man sich eben befreiden müssen.

Für die Unternehmer wird die zurückgehende Bautätigkeit in vielen Fällen ein Vorwand zur Abweisung selbst minimaler Forderungen sein. So kann es gar nicht ausbleiben, daß in diesem Jahre wiederum eine große Anzahl Streiks geführt werden muss. Sollte diese Kämpfe zu unseren Gunsten aussfallen, dann ist es neben anderem auch nötig, den Unternehmern allen Zugang fremder Arbeitskräfte abzuschneiden. Das muß in Zukunft viel nachdrücklicher und gründlicher geschehen, als bisher. Ohne uns darauf einzulassen, besondere Einzelfälle anzuführen, müssen wir hier doch aussprechen, daß die Zahl der „Arbeitswilligen“ Elemente im Maurerbau noch ungemein groß ist. Von den Niederlagen, die unsere Kollegen in den Kämpfen erlitten, sind die weitans meistern durch diese Elemente herbeigeführt. Auch bei der Fernhaltung des Zuganges ist die vorbereitende Tätigkeit am erfolgreichsten. Und diese besteht darin, den Gedanken der Arbeitersolidarität in immer weitere Kreise zu tragen. Als selbstverständlich erachten wir es, daß die Übung dieser Tugend allen neu gewonnenen Mitgliedern als ihre hauptfächlichste Pflicht, als die Pflicht aller Pflichten dargestellt wird. Versäumen wir es doch niemals, bei der Propagierung des gewerkschaftlichen Organisationsgedankens die unbedingte Solidarität als Fundament alles anderen recht breit und kräftig, in den Vordergrund zu rücken! Es kann gar nicht zu viel darin geschehen.

Damit aber heißt es auch, die heute noch unorganisierten Kollegen dem Verbande zuzuführen. Wir glauben, sagen zu müssen, daß auch die Agitation einer Aufschwung bedarf. Es hat den Anschein, als wenn man in vielen Orten dachte: Wie haben wir es doch so herrlich weit gebracht! Demgegenüber müssen wir betonen, daß uns noch viel fehlt, um auf unseren agitatorischen Vorbereren auszuhören zu können. Nach einer Wahrheitsrechnung sollen zirka 320 000 Maurer im deutschen Baugewerbe tätig sein. Auch wir glauben, daß diese Zahl annähernd das richtige treffen wird. Was ist nun davon organisiert? Im günstigsten Falle 240 000; darüber hinaus sicher nicht. Das wären also drei Viertel aller Kollegen. Ein Viertel sieht noch außerhalb jeder Organisation. Das muß gewonnen werden!

Die Unorganisierten sind noch überall anzutreffen, hier spärlich, dort in dichter Menge. Überall muß die Arbeit mit erneuter Wucht eingesetzt werden. Auch dort, wo man glaubt, es nicht nötig zu haben, sehe man noch einmal alle Ecken und Winkel nach. Und dann ganze Arbeit gemacht! Am meisten wird noch in jenen Gebieten zu tun sein, wo der Verband erst spät Eingang gefunden hat: im Osten, im Süden und Westen des Landes. Dort werden noch viele Tausende von Kollegen stehen, zu denen noch nie ein Schimmer der Erkenntnis drang. Dort nur mit aller Kraft vorwärts gedrangt! Jeder Kollege soll Agitator sein! Die vielen Gelegenheiten, die sich bieten, müssen unverzagt ausgenutzt werden. Am nachhaltigsten wird hier die Agitation auf den Bauten sein, die darum nie und nimmer vernachlässigt werden darf. Man verlaßt sich nicht in jedem Hause auf den Vorstand, sondern handle selbst. Der Vorstand kann wohl

mit einspringen, aber die tausend- und abertausendfältige Biometerarbeit muß doch die Masse der Verbandstollen leisten. Für einzelne ist sie zu groß.

Wir haben die Wirtschaftslage im Baugewerbe geschildert, um den Kollegen zu zeigen, daß unserer Organisation in diesem Jahre aller Voraussicht nach harte Kämpfe bevorstehen. Die Ereignisse werden uns Recht geben. In noch erhöhterem Maße gilt das aber von den nächsten Jahren. Aus alledem ergibt sich, daß für die Organisation — und damit ist jeder Kollege gemeint — keine dringlichere Pflicht besteht, als die Reihen zu stärken, die unorganisierten zu organisieren. Was wir für uns davon gewinnen, geht dem Gegner verloren; denn jeder unorganisierte ist ein Verbündeter des Unternehmers. Und wir haben alle Ursache, diesem Abbruch zu tun. Die Unternehmerorganisation ist reichlich stark genug: rund 14 000 Mitglieder zählte sie am Jahresende. Wir brauchen darob nicht zu zittern: wir können und wissen und unserer Hant zu wehren; aber wir wollen uns doch nicht täuschen, daß wir ebenfalls viel größere Anstrengungen machen müssen, als früher, wo die Unternehmerorganisation noch in den Kinderschuhen steckte.

Also: Gegen den Feind! Gegen seinen Verbündeten, den unorganisierten Haufen! Er muß zerstreut und aufgesogen werden. Das ist die Hauptaufgabe!

Internationales aus der Gewerkschaftsbewegung.

Der schon vor mehreren Wochen erschienene „Internationale Bericht über die Gewerkschaftsbewegung“ im Jahre 1905 ermöglicht wieder eine gut orientierende Uebersicht über die Welt des organisierten Arbeit. Dieser Bericht erscheint nun seit drei Jahren und man darf wohl sagen, daß mit ihnen einem oft empfundenen Bedürfnis abgeholfen ist. Nun hat sich freilich der Kreis der berichtenden Länder in den drei Jahren nicht wesentlich vermehrt; es sind immer erst folgende dreizehn: England, Belgien, Dänemark, Schweden, Norwegen, Deutschland, Österreich, Ungarn, Serbien, Bulgarien, Griechenland, Italien und Spanien. Nicht berichtet haben die Landeszentralen von Frankreich und Holland. Eine Landeszentrale fehlt danach in Europa noch in Rußland (mit Finnland); in allen Ballungsstaaten, mit Ausnahme von Serbien und Bulgarien, und in Portugal. Mit Ausnahme von Russland dürfte es in diesen Ländern noch gute Weise mit der Entwicklung der gewerkschaftlichen Organisation haben. In Russland besteht schon seit einigen Jahren eine zähe und kräftig voranstrebbende Organisation, die freilich durch die immer noch wütende Reaction von einer Krise in die andere wühlt. Trotzdem werden es die heutigen Herrscher Russlands nicht verhindern können, daß der berufliche Zusammenschluß der russischen Arbeiter immer festere Wurzeln schlägt. Die Zeit wird nicht mehr fern sein, wo wir auch mehr und besseres über die dortigen Gewerkschaften erfahren.

Über die Berichterstattung im allgemeinen kann man dem Urteil des internationalen Secretärs C. Legien zu folgen. Worauf es ankommt ist, ein Bild von der materiellen und finanziellen Stärke, dem Einfluß auf die Gestaltung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterklasse und dem Einfluß auf die Gesetzgebung zu geben. Von diesem Standpunkte aus muß anerkannt werden, daß in den Berichten ein unverkennbarer Fortschritt walte. Es kann nun nicht unsere Aufgabe sein, diese Berichte ausführlich zu besprechen, wir müssen uns vielmehr auf die Weitergabe der wesentlichen Tatsachen beschränken.

Zur richtigen Bürigung der Mitgliedszahlen muß man wissen, wieviel Gewerkschaften für das betreffende Land überhaupt in Frage kommen. Der Bericht geht des näheren auf diese Frage ein und führt die Zahlen, soweit sie bekannt sind, an; es wird jedoch auch darauf hingewiesen, daß diese Zahlen in vielen Fällen nur problematischen Wert haben, indem sie z. T. entweder auf Grund von Schätzungen oder von schon lange Zeit zurückliegenden Zählungen gewonnen sind. Zur Beurteilung sind dabei natürlich nur die in Industrie, Handel und Verkehr tätigen Arbeiter resp. Ar-

beiterinnen heranziehen, die Arbeiter der Land- und Forstwirtschaft kommen — leider — für die gewerkschaftliche Organisation so gut wie gar nicht in Frage.

Es besaßen also Arbeiter:

Bund	In der Industrie im Handel und Verkehr	Darunter weiblich	In der Land- wirtschaft	Darunter weiblich	Summe
England	6000000	1500000	1100000	100000	7100000
Belgien	1580000	41000	280000	55000	1820000
Dänemark	187490	81050	170658	55582	858149
Schweden	476000	75000	450000	200000	925000
Norwegen	889400	192000	189800	68700	579200
Deutschland	7615182	1615000	7097722	853345	14712904
Oesterreich	2408819	493934	2085532	952507	4554351
Ungarn	452822	8	1741005	8	2193827
Bulgarien	180000	10000	5000	8	165000

Diese Übersicht läßt erkennen, daß die Zahl der landwirtschaftlichen Lohnarbeiter im Verhältnis zu den Industriearbeitern in England, Belgien und Bulgarien ungleich mehriger ist als in Dänemark, Schweden, Deutschland und Oesterreich, wo sich beide Biftern ungefähr die Waage halten. Norwegen hat doppelt soviel Industriearbeiter als Landarbeiter. Ungarn hat dagegen viermal mehr Landarbeiter. In Bulgarien ist die geringe Biffer der Lohnarbeiter in der Landwirtschaft nicht aus einem Überweichen der Industrie zu erklären, sondern daraus, daß in Bulgarien der Kleinbauernbetrieb noch vorherrscht, der mit Hilfe der Familienangehörigen des Bauernbedarfes wird, nicht oder nur selten aber durch bezahlte Landarbeiter. Außerdem beruhen die für Bulgarien angegebenen Biftern nur auf Schätzung, entstehen also der Überliefertigkeit. Wer Bulgarien aus eigener Erfahrung kennt, wird sich der Meinung nicht entschlagen können, daß die Zahl der bulgarischen Landarbeiter noch viel zu gering angegeben sein mag. Nicht bedauerlich ist, daß von Frankreich, Schweiz, Italien, Spanien und den Niederlanden noch keine Biftern angegeben sind. Die dortigen gewerkschaftlichen Landeszentralen sollten sich die Sache mehr angelese lassen.

Die folgende Tabelle gibt eine Übersicht über die Bewegung der Mitgliederzahl in den Jahren 1903, 1904 und 1905.

Bund	Insgesamt			Der Landeszentrale gehörten an		
	1903	1904	1905	1903	1904	1905
England	1866755	1889590	2027780	501299	469590	432000
Belgien	148488	8	8	84184	8	8
Dänemark	92091	89788	86328	71464	66930	62849
Schweden	114835	104999	80000	86635	81680	47920
Norwegen	18600	16227	15996	16222	8598	7972
Deutschland	1822348	1466625	1976881	1348480	1062108	887694
Oesterreich	220249	205651	177592	306599	189121	177592
Ungarn	71178	53169	41188	71178	47657	41188
Serbien	5074	2932	3500	5074	2982	3500
Bulgarien	8800	1672	8	1970	—	8
Schweiz	8	41862	8	48700	26784	2
Italien	280102	9	—	176102	2	—
Spanien	56900	8	86557	23929	58000	—

Danach beträgt die Gesamtzahl der organisierten Arbeiter in den Ländern, die berichtet haben, 4 474 889. Davon sind 259 544 weibliche und 4588 sind in der Landwirtschaft tätig. Es füllen noch hinzu die Landeszentralen in der Schweiz und in Spanien angeschlossenen Gewerkschaften mit 48 700 resp. 38 557 Mitgliedern, so daß in den 12 Ländern mindestens 4 559 646 Arbeiter und Arbeiterinnen organisiert sind, davon einschließlich der in unserer Tabelle nicht berücksichtigten 2874 organisierten Landarbeiter in Spanien 6970 Arbeiter aus der Landwirtschaft. Von dieser Gesamt-

zahl gehören 2 524 680 Mitglieder den gewerkschaftlichen Landeszentralen an, wovon 2 470 689 in Zentralverbänden und 53 991 in lokalen Vereinen organisiert sind. Die Zahl der weiblichen Mitglieder beträgt 138 791 (5,4 p.). Wenn sich auch infolge der unregelmäßigen Berichterstattung die Gesamtzahlen der organisierten Arbeiter nicht vergleichen lassen, so geht doch aus dem Vergleich der einzelnen Länder hervor, daß die Organisationsgebiete überall auf dem Vorwärts ist. Die Zahl der Organisierten zur Zahl der gesamten Arbeiter in Industrie, Handel und Verkehr liegt in Dänemark im besten Verhältnis; dort sind 49,1 p. der Arbeiter organisiert. Danach folgen England mit 26, Schweden mit 24, Deutschland mit 23,8, Ungarn mit 15,9, Oesterreich mit 13, Belgien mit 9,6, Bulgarien mit 6 und Norwegen mit 4,8 p.

Werden wir nun einen Blick auf das Kassenwesen der berichtenden Länder. Hierüber werden folgende Tabellen orientieren:

Bund	Zahl der Mitglieder	Jahres- einnahme	Jahres- ausgabe	Kassen- bestand	Ausgabe für Streit-
	M	M	M	M	M
England	501299	23098492	21662250	45420800	1510661
Belgien	84184	—	—	—	—
Dänemark	71464	2032577	2088188	1717806	1050118
Schweden	86635	4280944	4314410	641976	3806489
Norwegen	16222	486958	431588	326874	218216
Deutschland	1344803	2781257	25024244	19635550	10160855
Oesterreich	806599	3880231	32017464	450512	973750
Ungarn	71173	950870	784834	753890	*
Serbien	5074	24684	15826	18943	8007
Bulgarien	1970	16178	14870	10391	4595
Schweiz	48700	—	—	—	—
Spanien	86557	—	—	—	—

Zusammen: 254680, 62544941, 57487411, 73470149, 17725694.

Herausgegeben vom internationalen Sekretär der gewerkschaftlichen Landeszentralen, Verlag des Generalkommissariats der Gewerkschaften Deutsch- und Oesterreich (C. Vogel).

Die besonderen Ausgaben für die wichtigsten Unterhaltungszeitschriften, Fachpreise und Verwaltung der den Landeszentralen angeschlossenen Gewerkschaften sind in der folgenden Tabelle zusammengestellt:

Bund	Ausgaben für					
	Streit-	Wohlfahrt	Unter-	Arbeits-	Arbeits-	Stellung
	M	M	M	M	M	M
England	—	—	6054280	3401170	3977470	8397375
Belgien	232007	—	4165538	64565	19855	211527
Dänemark	19877	4074	805920	8875	—	158536
Schweden	9414	985	59434	28218	1114	63388
Norwegen	1452653	712820	1991924	1920639	273960	4314761
Deutschland	582551	98770	618514	896306	188230	268694
Oesterreich	68424	83225	188979	99029	69474	80893
Ungarn	498	361	604	—	—	5662
Serbien	1918	428	1790	914	—	—
Bulgarien	—	—	—	—	—	—
Schweiz	—	—	—	—	—	—
Spanien	—	—	—	—	—	—

Zusammen: 2147842, 850611, 9382938, 5914216, 4476103, 8491986.

Außerdem den in dieser Zusammenstellung angeführten Summen wurden noch für Sterbegeld, Notfall- und andere Unterstützungszeite verbraucht in England M. 891 358, in Dänemark M. 22 583, in Schweden M. 8695, in Norwegen M. 25 758, in Deutschland M. 1 111 594, in Oesterreich M. 261 706, in Ungarn M. 69 254 und in Serbien M. 885.

Ein Vergleich mit den Ausgaben des Vorjahrs ergibt eine Verdopplung der Ausgaben für Streitunterstützung

waren die Straßen vorzüglich gepflastert, trotzdem sah es aber mit der Steinlichkeit traurig aus. Die Passeggi war indessen bei Nacht hellweise gefärbt, weil die Deedel zu den Kloakal führenden Schächte oft recht leichtfertig ausgegraben waren. Bekanntlich soll sich Kaiser Nero bei seinen nachdrücklichen Streitzeugen häufig das Vergnügen gemacht haben, ein halbes Dutzend Sklaven durch eine Klugzettel in die Unterkunft zu expellieren. Auch ein ägyptischer Prinz verschwand auf diese Art. Unter Kaiser Augustus kam das Hochbauen der Häuser in Mode.

Ein Gesetz bestimmte zwar, daß eine Höhe von 100 Fuß nicht überschritten werden sollte, indessen scheint es nicht immer so genau genommen worden zu sein, da Schriftsteller wie Martial und Petronius, legerer in satirischer Weise, Anekdoten von römischen Wohnträgermachen. Der Erzähler spricht von einem Wohnträger, der 200 Stufen emporsteigen mußte, um in sein Dachhämmlein zu gelangen. Da sie Zimmer durchweg sehr niedrig, muß man den Eindruck gewinnen, daß die Häuser durchweg 10–12 Etagen hatten. Es wird die Frage nahe liegen, warum dieses Bildhauerquesches der menschlichen Wohnungen. Die Antwort liegt sehr nahe. Einmal strebte alles danach, innerhalb der Festungsmauern zu wohnen, sodann gab es in Rom, wie erwähnt, keinen Wagenkehr, noch weniger elektrische Bahnen und dergleichen. Wie, abgesehen von den Palästen gebaut wurde? Das Parterre aus Stein, die übrigen Etagen aus Flechtwerk, das mit Wörtern abgedeckt wurde. Zur Reparaturen infiltrierten die Sumpfe, die Häuser standen nicht. Kam Witter mit der Kunde: das Maurwerk hat über Nacht einen gewaltigen Riß bekommen, ließ er diesen notdürftig verkleben. Oft schon in der folgenden Nacht stürzte der Bau ein und begrub Dutzende von Bewohnern. Werner boten diese Bauten gegen Feuer, reiche Nahrung und fruchtbare Ausdehnung. Es gab eine Feuerwehr, die sie aber kein Wasser hatte, so mußte sie sich meistens auf Pionierarbeit befrachten. Es ist eine auch heute noch feststellbare Regel, daß jemehr Menschen in einem Haus zusammenwohnen, die Wette höher ist. In London, wo acht Menschen auf ein Haus kommen, erforderlich die Wette ein Zehntel des Jahresverdienstes.

Berlin 82 Bewohner pro Haus, Wette ein Viertel der

in England, wofür 1904 M. 752 688, 1905 aber M. 1 510 661 aufgewendet wurden. Dagegen gingen dort die Ausgaben für Arbeitslosen und Reiseunterstützung seit 1904 von M. 8 133 051 auf M. 6 064 230 zurück.

Die Berichterstattung über die Gewerkschaftsbewegung, Gewerkschafts- und Sozialgesetzgebung umfaßt auch diesmal wieder den größten Teil des Berichts, das ein sehr ausführlicher Abschnitt abschließt.

Aus Großbritannien wird eine eingehende statistische Darstellung der Arbeitslosenfälle von 1901 bis 1905, ihrer Dauer, Erfolge oder Beilegungsmethoden gegeben. Mit Benutzung verzeichnet der Bericht die Erfolge der englischen Arbeiterspolitik, die die Aussichten für eine günstige Arbeitsgesetzgebung erheblich verbessert hat. Das beste Ergebnis erzielten in das Gesetz über die Arbeitsdienste, das zwar noch das Oberhaus am passieren hat, aber auf Annahme mit großer Wahrscheinlichkeit regt sich darin. Die wichtigste Bestimmung dieses in der Überlebend wiedergegebenen Gesetzes sichert die Gewerkschaften gegen gerichtliche Angriffe, durch die sie bisher beunruhigt wurden, und stellt den Rechtsstand vor dem Taff-Pale-Gesetz wieder her. Auch andere Gesetzesvorlagen im Interesse der Arbeiterschaft, wie die Vorlagen über Unfallentlastigung und über die Handelschiffahrt, haben günstige Ausichten.

Von Belgien liegt in letzterem die erste Bericht vor, der schon deshalb besonderes Interesse beansprucht, weil er Aufschluß darüber gibt, wie schwer sich in diesem industriell, politisch und gesellschaftlich fortgeschrittenen Lande die Gewerkschaftsbewegung durchsetzt. Die letztere ist nach politischen und religiösen Ansichten zerstreut und bevochtigt noch vielfach die lokalen Organisationen. Bis vor kurzem und zum Teil heute noch besteht eine erbitterte Abneigung gegen die Statistik, die schwer zu überwinden ist. Man meint, mit der Bekämpfung der Zahlen der Gewerkschaften den Unternehmen die Schwäche der eigenen Position zu verraten. Das Organ der Landeszentrale ist nach besten Kräften bemüht, die Arbeiterschaft im modernen Gewerkschafts Sinne zu schulen. Der Erfolg solchen Wirksamkeit kann nicht ausbleiben. Der Bericht wird vervollständigt durch die Wiedergabe der wichtigsten Arbeitsgesetze über die Abnugung (1889), Arbeitsordnung (1890), Verlegung der Freiheit der Arbeit (1892), Arbeitsvertrag (1900), Arbeitsdauer (1904) und Sonntagsgrafe (1905).

Österreich berichtet über den Stand der Gewerkschaften, den Umfang der Arbeitslosigkeit und über die wichtigsten Lohnkämpfe des Jahres 1905. Die Arbeitsgesetzgebung des Berichtsjahres brachte ein Gesetz über die Arbeit in Bäckereien, eine Ergänzung der Unfallverhütung des Fischers und den Vorsprung einer Industrieglättung sowie eine Vorlage über Staatshilfe für Arbeitslosigkeit, die die Jahre erfreuliche numerische und organisatorische Erfolge erwartet.

Der Bericht von Norwegen hebt das Nachstadium der Landesorganisation hervor und gibt einen Überblick über die Stärke, Leistungen, Unterstützungsläufen und Vohnämpfe der dortigen Gewerkschaften. Die Arbeitsgesetzgebung hat gegen den Widerstand eines zwar demokratischen, aber überwiegend kleinbürgerlichen und kleinbürgerlichen Regiments zu kämpfen, das den Bedürfnissen der Industriearbeiter sehr geringes Verständnis entgegenbringt. Ein Jagdgesetz und ein "Landstreichergericht" forderten den Protest der Arbeiterschaft heraus. Eine Novelle zum Jagdgesetz, bestreitend Kämpfen auf diese Art. Unter Kaiser Augustus kam das Hochbauen der Häuser in Mode.

Ein solcher Hausagrarian im großen Stil scheint Crossus gewesen zu sein, dem halb Rom gehörte. Ein großstädtischer war die Siedlung. Ein Hauptvorteil von 4 m Durchmesser durchdringt die Stadt. Leider wurde dadurch die Bürger versperrt, indem der Ausflug nicht direkt bei der Stadt lag. Die Seitenstraße wurde auf Mietfelder geleitet. Die Spülung der Siedlung durch Einschlüsse reizender Wasserläufe. Ein Fehler in antikäriger Beziehung waren auch die Anlagen der Friedhöfe, und auch die Hunderttausende von Leuten, die in Latrinen beigesetzt waren, mögen niemand gewußt haben. Ein großstädtischer waren die 17 Wasserleitungen, die Rom besaß. Der Wasserbrauch betrug 540 Liter per Kopf und Tag. Ebenso verschwendetig ging man mit dem Wasser zur Speisung der 1300 öffentlichen Springbrunnen. Die Erwerbshälfte waren im alten Rom die denkbaren schlechtesten, da die kleinen Handwerk und Industrie einkommensfähig durch ihre Slaven betrieben. Als Tanger, Muslanten, Arzate, Allogen, Baubauer und Cistinischer fristete ein Teil sein Leben. Das Groß bestand aus Glenden, zu denen Unterkünften im Jahre 57 n. Chr. der Staat 17½ Millionen Mark jährlich aufwenden mußte. Das natürlich unter solchen Umständen das Gauner- und Verbrecherum blühte, beweist der Umstand, daß Rom 7000 Polizisten unterhielt. Das Proletariat war eine schlimme Elendschaft, die Rom der Städte überließ, die eine Niederschicht hatte, nach sozialen Grundsätzen dem ungünstigen Elend der Großstadt zu treten. Berlin 82 Bewohner pro Haus, Wette ein Viertel der

verbot, durch eine Novelle von 1906 verschärft, gegen das sich die Vätergehäuser jetzt auf gewerkschaftlichem Wege schützen müssen. Das wichtigste Ergebnis der Sozialgesetzgebung ist der unterdes Geleg gewordene Entwurf, betreffend Staats- und Kommunalbeiträge zu den Arbeitslosenfestschen, dessen Wortlaut im Bericht wiedergegeben ist. Die Gewerkschaften haben es bis auf eine (Vader) abgelehnt, sich diesem Gesetz zu unterstellen, da es Bestimmungen enthält, die ihre Bewegungsfreiheit gefährden. Anstelle verlangt § 6, daß die Arbeitslosenfestschen auch Nicht-Gewerkschaftsmitgliedern Zutritt gewähren müßt, wodurch den Gewerkschaften die Mitgliedschaft von Streikbrechern aufgezwungen wird. Die Gewerkschaften sind in Verein mit der sozialdemokratischen Fraktion bestrebt, eine Befestigung dieser Bestimmungen durchzusetzen.

Der dritte Bericht enthält die wesentlichsten unserer Leser bereit gestellten Angaben aus den statistischen Überblicken über die Stände und Leistungen der Gewerkschaften, über die Gewerkschaftsstelle und Arbeiterssekretariate, Lohnbewegungen, Streiks und Ausprägungen und über die gegnerischen Gewerkschaften. Der Abdruck der Arbeitersetzgebung beschäftigt sich mit der Zoll- und Steuergesetzgebung, mit der Bewegung zu Gunsten der Heimarbeitereform und mit dem Gelehrtenwurf, betreffend die

Aus Österreich liegen die äußerst günstigen Ergebnisse der Gewerkschaftsstatistik und die statutarischen Grundlagen der Landeszentrale vor. Das sozialpolitische Ergebnis der Berichtsperiode weist lediglich einen Progrämmenwurf über den Ausbau der Arbeiterversicherung auf. Die Wahlrechtsbewegung, die die Einführung des allgemeinen Wahlrechts als Ergebnis zeitigte, hat alle sozialpolitischen Probleme in den Hintergrund gedrangt.

Urgar's Gewerkschaftsbewegung läßt einen starken Aufschwung erkennen. Das Berichtsjahr brachte einen Zuwachs von 18 000 Mitgliedern. In wenigen Jahren hat es die ungarnische Arbeiterschaft verstanden, mit wohlgeführten Organisationen in die Reihen der kämpfenden Nationen einzutreten; die Darstellung der Streikbewegungen zeigt, daß dort der Klassenkampf in schärfster Form geführt wird. Diese Kämpfe sind auch auf die politische Bewegung nicht ohne Einfluß geblieben. Die Regierung war bereits gezwungen, der Einführung des allgemeinen Wahlrechts nahezutreten, das über kurz oder lang auch den ungarischen Arbeiterschaft als Siegespreis wint.

Die Gewerkschaftsbewegung Serbiens hat trotz ihrer Jugendbereits erste Prüfungsschläge hinter sich. Eine umfangreiche Liste der Streikbewegungen läßt erkennen, wie rüdig die dortigen Arbeitersorganisationen für die Befreiung der Arbeiterschaft eintreten. Nicht bloß Arbeitszeitverkürzungen, Lohnverhöhung und Anerkennungen des Konsolidationsrechts wurden erreicht, sondern auch Tarifverträge abgeschlossen, in denen Bewertung der Bericht ein hohes gewerkschaftliches Verständnis verrät.

Der Landesbericht Bulgariens schildert die gewerkschaftlichen und sozialpolitischen Kämpfe der dortigen Arbeiterschaft, insbesondere der Eisenbahner, Arbeiterstreit, aus dem die moderne Eisenbahnerorganisation hervorging, die jüngst ihren Proklamationen so siegreich bestand. Die Gewerkschaftsstatistik ist gleich der serbischen auf dem Wege bisher Entwicklung und die beiden kleinen halbsozialistischen Länder könnten darin mancher großer Arbeitserinnerung, insbesondere solchen romanischen Blutes, zum Vorbild dienen. In dem Bericht spiegeln sich schließlich noch die inneren Streitigkeiten wieder, von denen die dortige Arbeiterschaft, besonders die polnische, erfüllt ist und die auch die Gewerkschaften in Mitleidenschaft ziehen. Ein Bericht über den bulgarischen Gewerkschaftstag zu Philippopolis bildet den Abschluß des im allgemeinen erfreulichen Bildes.

Der schwäizerische Landesbericht enthält erstaunlich eine statistische Übersicht über die Stärke der schwäizerischen Gewerkschaften. Der Bericht zeigt noch große Gebiete organisatorisch arbeitende Arbeiter, die heute von der gewerkschaftlichen Arbeit nach völlig unberührte geblieben sind. Zug in der Umfang der Heimarbeit, die Dr. Schüller, der verstorbene Fabrikinspektor, auf 183 000 schätzte. Ein gehoben wird der Fortschritt der Organisationsentwicklung dargestellt, aber auch die gewaltige Gewerkschaften sollen erhebliche Fortschritte aufzuweisen haben. Die Sozialgesetzgebung macht nur langsame Fortschritte: ein Sammeltagsgesetz und eine Revision des Eisenbahnerabstiftgesetzes, dazu eine Novelle des schwäizerischen Fabrikgesetzes, die noch im Beratungsgremium steht, sind ihr gängiges Ergebnis. Die Kruppgruppe bei Streit lassen deutlich erkennen, wonin der Eifer der Bundes- und Kantone regierung drängt. Immerhin ist die Kantonsregierung auf sozialpolitischem Gebiete in einem Fortschritt geblieben.

Die Gewerkschaftsbewegung Italiens hat unter den Differenzen zwischen den anarcho-syndikalistischen und den reformistischen Richtungen, die zur Spaltung zwischen den Verbänden und den Arbeitsbörsen führten, erheblich gelitten. Das vom Kongress zu Genua gewählte Landessekretariat bestand aus Anarchosyndikalisten und entbehrt jeder Aktionsfähigkeit. Der rübigste Tätigkeits der Metallarbeiterverbands gelang es, die Landeszentrale wieder aktionsfähig zu machen. Der Gewerkschaftstag zu Mailand (Oktober 1906), auf dem 250 000 organisierte Arbeiter durch 500 Delegierte vertreten waren, ging über und gründete eine neue Confédération générale del lavoro, wofür die Anarchisten den Kongress verließen, um eine Gegengewerkschaft zu gründen. Der Staat der gewerkschaftlichen Bewegung ist, daß 157 289 Arbeiter im ersten Quartal 1906 den Zentralverbänden angehörten, während die 82 Arbeitersammeln 318 416 Mitglieder umfassen.

Aus Spanien endlich wird über den Stand der gewerkschaftlichen Bewegung berichtet, die unter der mangelhaften Entwicklung der Industrie und der totalen Vernachlässigung der Landwirtschaft leidet. Auch bereiten die Vorräte der Arbeiterschaft erhebliche Hindernisse und nicht zu vergessen ist die Gegneragitation der katholischen Kirche. Diese Unwissenheit der Arbeiterschaft und bürgerliche Karrierepolitik, die die Arbeiter für ihre Revolutionsbedürfnisse einzufangen sucht, kennzeichnen die gewerkschaftliche Organisation nicht minder. Doch dieser Schwierigkeiten erlahmt der Organisationsfeuer nicht. Die Streikbewegung weist 141 Streiks mit 19 368 Beteiligten im Jahre 1906

auf; von den Streiks waren 50 völlig und 38 teilweise erfolgreich, während 45 ohne Erfolg endeten. Das Kapitel über Arbeitersetzgebung berichtet über die Einführung der Unfallversicherung (1900), die Regelung der Frauen- und Kinderarbeit (1900), die Errichtung eines Arbeitsamtes (1903) und das Sonntagschutzgesetz (1904). Da in Spanien das allgemeine Wahlrecht für das Parlament besteht und die Sozialdemokratie auch in zahlreichen Gemeinden vertreten ist, so läßt die Sozialgesetzgebung eine erfreuliche Entwicklung hoffen.

Der dritte internationale Bericht über die Gewerkschaftsbewegung schlägt sich würdig seinen Vorgängern an. Er gibt Zeugnis davon, daß in allen modernen Industriestaaten die Arbeiterschaft ihre Kräfte regt, um wirtschaftlich und politisch sich Einfluß auf die Gestaltung der Arbeits- und Lebensbedingungen zu erlangen und daß dieser Klassenkampf ein einheitlicher und gemeinsamer ist. Noch zeigt sich manche Lücke in dem internationalen Zusammenwirken, aber der Fortschritt ist unverleidbar; er wird der Überzeugung Vorbereitung, daß die internationale vereinigte Gewerkschaftsbewegung nicht bloß jedes einzelne Land, sondern auch für den Weltmarkt und die Weltlage ein Machtfaktor von stetig wachsender Bedeutung ist.

Politisches Umschau.

In den Landtagswahlen in Bayern. Die bayerischen Landtagswahlen liegen vor der Tür. Die politischen Parteien trüben geschäftig ihre Werbevorräte und suchen ihren Kampfsatullen neue Nekten einzurichten. Arbeitersparteien sind sie ja alle, also bis zum nächstjährigen Bauernwahl.

Die gesamte Arbeiterschaft Bayerns hat ein Lebensinteresse an der zielstarken Förderung einer ausgedehnten sozialen Arbeiterschaftspolitik. Und nur eine Partei Bayerns prägt klar die Grundzüge einer wirklichen Arbeiterschaftspolitik aus: die Sozialdemokratie. Man lasse sich nicht durch die bürgerlichen Parteien über ihren wahren Grundcharakter täuschen. Der Liberalismus ist, bei altem Bescheinigen, das Sprachorgan des noblen Kapitals; in der Zentrumspolitik schlägt ein wortloses, charakterloses Gemisch rückständiger Mittelstandsbefreiungen nieder. Kein bürgerlich sind sie aber als im Grunde ihrer Seele, und wenn nur einstlich einmal das bürgerliche Eigentum gesetzgebend zu Gunsten der millionenförmigen ausgebauten Arbeiterschaft angepaßt werden soll, so läutern sie Sturm und werden den letzten Ordnungs- und Nachtwächter mit dem wischen marktschützenden Schrei auf: das Eigentum ist in Gefahr.

Selbst der leichtsinnigste politische Schaumsläger dürfte heute nicht mehr die Existenz der sozialen Klassen und den Gegensatz ihrer Interessen leugnen. Die arbeitende Klasse reiht in ihrem heißen Ringen nach ökonomischer und politischer Freiheit scharf gegen die Interessen der bürgerlichen Klassen an. Aus der ganzen Situation des Proletariats folgt notwendig eine ausgedehnte sozialpolitische Arbeiterschaftspolitik mit der Grundrichtung: Endämzung der Herrschaftswelt des kapitalistischen Unternehmens durch gelegte Einschränkung der Arbeitszeit, durch Regelung der sozialen Verhältnisse der Fabrik und Werkstatt, durch die Begründung allgemeiner Versicherungsinstitutionen gegen die existenzuntergraubenden Folgen der Krankheit, des Unfalls, der Invalidität und der Arbeitslosigkeit, durch die Errichtung öffentlich-rechtlicher Betreuungs- und Förderanstalten der Arbeiter.

In der deutscheren bayerischen Landtagswahl treten zahlreiche sozialpolitische Fragen in den Vordergrund des proletarischen Interesses. Der Demokratisierungsvorzeig, in den dank der unablässigen vorwärtsdrängenden Tätigkeit der Sozialdemokratie der bayerische Staat getreten ist, muß auf das kommunale Gebiet zielstark hinübergetragen werden. Am demokratisierten Staat muß sich die demokratische Gemeinde emporranken. Die Reform der Gemeindeordnung ist eine Arbeiterschaftsforderung von grundlegender Bedeutung; denn die demokratische staatliche und kommunale Verwaltung verbürgt erst die konsequente Durchführung der Arbeiterschafts- und Arbeitersicherungsgesetzgebung.

Das Proletariat, das nunmehr stark in die Stämme und in die Gemeindeverwaltungen eintritt, beeinflusst die Arbeiterschaftspolitik des Staates und der Gemeinden mit starker Hand. Der Staat und die Gemeinden Bayerns beschäftigen ganze Armeen von Arbeitern und Beamten. Bischoflicher Staat und Gemeinden Bayerns als die größten Arbeitgeber fortschrittliche sozialpolitische Bahnen, so müssen die Privatarbeitgeber diesen Bahnen folgen. Die Sozialdemokratie ist nun im bayerischen Landtage in allen grundlegenden Fragen der staatlichen sozialen Arbeiterschaftspolitik von den gesamten bayerischen Parteien niedergeschlagen worden. Ihr Antrag auf Einführung des Rentenfundaments vom 1. April 1906 und des Achtstundentags vom 1. April 1907 ist abgelehnt worden. Im sozialen Ausdruck stimmt für diesen sozialdemokratischen Antrag nur noch der Abgeordnete Unterberger. Hält der Achtstundentag erst die Staat und Gemeinde seinen Siegzug, so ist sein Triumpf in den Privatunternehmungen besiegelt. Die sozialdemokratische staatliche Wohnpolitik, die genügend für den Familienunterhalt ausreichende Arbeitslöhne und Dienstbezüge vorsehen und einen Mindestlohn von 48 für erwachsene männliche Arbeiter festlegen wollte, wurde von den Regierungen und Parteien leidenschaftlich bekämpft.

Die Durchsetzung aller sozialpolitisch fortgeschrittenen Arbeiterschaftsforderungen ist an demokratische Staats- und Verwaltungsformen gebunden. Die Demokratisierung des Staates und der Gemeinde ist daher eine wirkliche Lebensfrage des gewerkschaftlich organisierten Proletariats. Die sozial-

demokratische und gewerkschaftliche Bewegung steuern dem großen Ziele der Verdrängung des kapitalistischen Herrschums aus der Wirtschafts- und Staatsordnung zu.

Also, ihr gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Bayerns, kämpft am 31. Mai an der Seite der Sozialdemokratie bei den Landtagswahlen für die Demokratisierung der staatlichen, kommunalen und wirtschaftlichen Institutionen Bayerns!

Aus dem Reichstage. Im Laufe der verflossenen Woche wurde zunächst in zweiter Beratung der Postesrat erledigt. Bei dieser Gelegenheit trat der sozialdemokratische Abgeordnete energisch für Verbesserung der kleinen und mittleren Beamten und Arbeiter der Reichspost und Telegraphenverwaltung ein. Selbst in Berlin werden solche Arbeiter mit 2,50 pro Tag bezahlt. Und noch immer haben 60 377 Beamte (60,9 vpt.) eine längere Dienstzeit als zehn Stunden, 24 vpt. haben eine längere Dienstzeit als zehn Stunden; überhaupt haben 72 vpt. der Beamten mehr, als 60 Dienststunden wöchentlich. Schärfigte der Redner die politische Parteilichkeit der Postverwaltung ihrer Beamten und Arbeitern gegenüber, die ungehörige Kontrolle, die sie über die politische Meinung ausübt, und den Druck, den sie anwendet, um die freiheitliche Meinung zu verhindern. Nach der Sicherung des Staatssekretärs Kraatz aber ist diese Praxis „notwendig“, von wegen der „Disziplin“!

Die Beratung des Staats des Reichstags und des Auswärtigen Amtes legte mit einer sehr lebhaften und interessanten Debatte über die auswärtige Politik der Reichsregierung ein. Der Zentrumspolitiker Freiherr v. Herling bemühte sich, die Konferenz abzuschließen. Deutschland sei immer von Weltmachtspolitionen, von dem Gedanken einer Oberherrschaft frei gewesen (1). Er meinte, dem Fürsten Bülom, der Vertreter Deutschlands auf der demokratisch zusammengetretenen Haager Konferenz möchte sich an der Diskussion der Abstimmungsfrage nicht beteiligen. In demselben Sinne äußerten sich die konserватiven Abgeordneten Freiherr v. Hirschfeld sowie der nationalliberalen Abgeordnete Pößnermann. Ersterer und letzterer wünschten eine „Humanisierung des Krieges“. Aber den Krieg selbst zu befreien, seine Ursachen zu überwinden, halten sie gleich dem Freiherrn v. Herling für unmöglich. Der Reichsanziger hielt eine seiner diplomatischen Niederschriften erläutert, daß sich Deutschnahs Vertreter auf der Haager Konferenz der Behandlung der Abstimmungsfrage nicht beteiligen werde, er meinte, damit werde dem Frieden nicht gedient; es sei doch nur eine „unpraktische“ Diskussion. Überhaupt ist nach Fürst Bülows Berichtung die auswärtige Politik Deutschlands die deutbar, gerechte und friedliche, ohne alle Untergebunden. Der sozialdemokratische Abgeordnete v. Böllmar war sehr kritisiert, die Politik als eine ununterbrochene Kette schwerer Fehler, die zur Vereinigung und Einheit Deutschlands geführt, und die Verunsicherung bedenklicher Art mit anderen Staaten gebracht hat. Medner wies u. a. auf unsere immerpolitische Verbündtschaft, die den parlamentarisch-demokratischen Ansprüchen und Erwartungen der meisten anderen Länder widersprechen. Nicht zuletzt kommt dabei in Betracht die soziale und politische Behandlung eines großen Teiles des deutschen Volkes, der fortgelegt in schimpflischer Weise als „Innere Feinde“ hingestellt wird, der nur mit Gewalt niedergeschlagen werden könne. Glaube man dem, daß es dem Aschen des Deutschen Reiches, seiner Größe und Macht Vorwürfe leisten kann, wenn im Ausland der Gebante vorhersehen muss, daß große Teile des deutschen Volkes im unheilvollen innern Krieg zu einander sich befinden? Zur Frage der Verdrängung der Missionen bemerkte Redner zutreffend, es sei moralische Pflicht Deutschlands an der Beratung dieser Frage auf der Haager Konferenz teilzunehmen, zumal die deutsche Regierung vor acht Jahren einer solchen Beratung bereits zugestimmt habe. Vor allem darf nichts unterlassen werden, was eine Annäherung der Völker, den Geist des Friedens befürwortet und fördert könnte. Völkner lobt seine Ausführungen: „Ich erkläre, die sozialdemokratische Partei verdammt auf das entstehende jede Art von Störung der Politik der Annäherung, somit sie, gerollt oder ungewollt, von der Regierung, den Parteien oder der Presse; wir verlangen in Wirklichkeit eine ruhige, freie, freundliche und würdige Politik Deutschlands wie allen anderen Mächten gegenüber, eine Politik, welche die Gesellschafter kennt, wie wir auch verlangen, daß unter eigenen nationalen Gesetzen von anderen gehornt werden. Wir verlangen eine Politik der aufrichtigen Annäherung, die zur Vereinigung führt und zur Verstärkung der Missionen bemerkte Redner auf das Wort: „Armut schändet nicht“. Auch für die Annahme einer Resolution, bez. eines gesetzlichen Regelung der Wohnungfrage, trat dieser Redner ein, sowie im Zusammenhang damit dafür, daß überall Wirtschaftswachstum eingeführt und sonstige Maßregeln zur Erforschung des Grundstücks und zur Nutzung desselben getroffen werden. Dem Reichsanziger, der fürzlich gesagt hatte, die Sozialdemokratie sei „aus dem Hoc geboren“, hielt er ein Wort des Professors Schönauer entgegen: „Wir dürfen nicht vergessen, daß die Organisation der Arbeiter die Regierungen und die Bevölkerung so nachdrücklich an ihre sozialen Pflichten erinnert, daß eine ernsthafte Sozialreform in Angriff genommen wurde. Die sich geltend machenden Stimmen der Wissenschaft, der Kirche, der Humanität waren in den Tagungen des Kampfes um das goldene Kalb viel zu schwach dagul. Die schlußbewußte Organisation des Arbeitersstandes der Ausdruck der weitgespannten Tatsache, daß die Menschheit eine Kulturstufe erreicht hat, wie nie früher, eine Kulturstufe, die auch die unteren Klassen nicht mehr zum passiven Zugehörigen der oberen, sondern zu einem selbstbewußten aktiven Glied des Gesamtorganismus machen will und kann.“ Wenn der Herr Reichsanziger sich zu dem Standpunkt dieses Gegners der Sozialdemokratie hinausschwungen wollte, dann könnten die Auslandseinheiten mit ihm fruchtbar sein als selber.

Von erheblichem Interesse war auch die Debatte, die sich bei der ersten Beratung des dritten Reichstags abspielte

Spann. Es werden darin M. 221000000 für die Erweiterung des Nord-Ostsee-Kanals gefordert. Dieser Kanal ist befamlich in den Jahren 1886 bis 1901 mit einem Kostenaufwand von M. 156 000 000 erbaut worden. Er ist aber jetzt infolge Zunahme des Schiffsverkehrs und insbesondere infolge starker Steigerung der Größenverhältnisse und des Lieferanges sowohl der Kriegs- wie der Handelschiffe an der Grenze seiner Leistungsfähigkeit angelangt, weshalb die baulichen Veränderungen geboten erscheinen.

Das Kanalprofil soll nach dem Entwurf eine Tiefe von 11 m unter Kanalmittelwasser (+ 19,77 m) und in dieser Tiefe eine Sohlenbreite von 44 m erhalten, während das vorhandene Profil nur 9 m Tiefe und 22 m Sohlenbreite hat. Dadurch wird die Spiegelbreite von rund 67 m auf 101,75 m und der wasserführende Querschnitt von 418 qm auf rund 825 qm vergrößert. Die Regierung meint, ein solches Profil werde den Aufschluss für schlechte Zeit genügen. Der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Rothemeyer zu der Vorlage u. a.: „Zu den unwahren, ja, geradezu verleumderischen Beschuldigungen, die namentlich im letzten Wahlkampf gegen die sozialdemokratische Partei im allgemeinen und die sozialdemokratische Fraktion im besonderen erhoben worden sind, gehört auch die, daß sie niemals Verständnis für nationale Aufgaben gezeigt habe, daß sie sich der gesunden wirtschaftlichen Entwicklung unserer Industrie und unseres Handels widersetzt und aus Opposition gegen den militärischen und maritimen Schutz unseres Landes den Bau des Nordostseekanals einstimmig verweigert habe. Zum Beginn unserer Ausführungen will ich diese unwahren und absolut läugnenden Behauptungen zurückstreichen. Keine der hier vertretenen Parteien hat sich jemals die Förderung mehrheitlicher nationaler Interessen sowohl auf wirtschaftlichem wie auf politischem Gebiete gründlicher und beständiger, konsequenter und ehriger angelegen sein lassen, als gerade die sozialdemokratische Partei. Das darf für meine Partei die Anerkennung aller ethischen und aufrichtigen denkenden Menschen in Anspruch nehmen, daß sie stets bemüht hat, hier im Reichstage für die Förderung der wirtschaftlichen und der politischen Interessen der Nation einzutreten. Keine der liberalen Parteien darf sich rühmen, mehr Positives geleistet zu haben, als gerade meine Partei. Bereits zu jener Zeit, als die politische Einheit Deutschlands noch eine Forderung des Liberalismus war, als diese Einheit noch von den den konservativen Parteien bestrebt wurde, haben Karl Marx und Friedrich Engels, die großen Vorkämpfer der Sozialdemokratie, sehr entschieden und beweisstätig die Notwendigkeit des Nordostseekanals dargelegt. Und als es sich 1886 darum handelte, dieses Projekt durch Reichsgesetz zu verwirklichen, da hat die sozialdemokratische Fraktion und mit ihr die gesamte sozialdemokratische Partei ihre Zustimmung dazu gegeben und die auf 156 Millionen veranschlagten Kosten bewilligt. Wir befanden uns damals in Übereinstimmung mit den Auseinandersetzungen der hervorragendsten bürgerlichen Kreise, welche ebenfalls das Hauptgewicht auf die militärischen, sondern auf die wirtschaftlichen Interessen legten, denen der Kanal dienen sollte. Damals wurde der wirtschaftliche Gesichtspunkt allgemein hervorgehoben. Seitdem hat die Technik sich bedeutend entwickelt, weder die großen Kriegsschiffe noch die großen Handelsdampfschiffe können den Kanal entsprechend ausnutzen, wenn er erheblich verbreitert wird, weil die Tiefe der preußischen Osthäfen eine erheblich geringere ist. Schon deswegen kann der militärische Gesichtspunkt der Vertheidigung der Häfen und Städte nicht in erster Linie stehen. Was soll übrigens geschehen, wenn während des Jahrzehnten Umbaus, während dessen der Kanal für größere Schiffe unpassierbar ist, ein Krieg ausbricht? In der Kommission werden alle diese Gesichtspunkte zu prüfen sein. Zumindest werden wir genau wie 1886 den Erweiterung des Kanals zustimmen, vorausgesetzt, daß seine wirtschaftliche Bedeutung in den Vordergrund gestellt wird. Vor allem aber müssen wir verlangen, daß das Reich auch die sozialpolitische Bedeutung in der Wirkung auf die Arbeitsverhältnisse nicht verfehlt. Es werden dort viele Arbeiter beschäftigt und viele Arbeiten vergeben werden. Die Reichsregierung muß sich dabei der Einwirkung bewusst sein, die sie durch das Submissionswesen auf das Arbeitsverhältnis ausüben kann. Einige Gemeinden sind auf diesen Gebiete bereits vorausgegangen; aber die Reichsregierung, vor allem das Reichsamt des Innern, muß beweisen, daß es auf diesem Gebiete führend ist. Dazu gehört vor allem die Anerkennung der Arbeiterorganisationen; ohne diese wird man an regelwidrig betriebenen Resultaten nicht kommen können. Wir müssen weiter verlangen, daß man das Koalitionsrecht der Arbeiter, die beim Kanalbau beschäftigt werden, unangetastet läßt, und daß Einschränkungen getroffen werden, die die persönliche Freiheit der Arbeiter garantieren. Alle diese Gesichtspunkte interessieren den Sozialpolitiker neben den politischen, sie alle werden in der Kommission näher zu prüfen sein, und sie bilden eine sehr überzeugende Voraussetzung für unsere Zustimmung.“

Der Zentrumsausgeordnete Dr. Lissi glaubte den positiven Willen der Sozialdemokratie bezeichnenden Ausführungen großes damit begreifen zu können, daß er sagte, beim Bollard habe die Sozialdemokratie sich nicht bewährt. Nun, die Sozialdemokratie hat damals denselben Standpunkt vertreten, den früher auch hervorragende Zentrumspolitiker eingenommen haben, doch es ist Verbergen am Wolfe ist, ihm durch agrarische Lebensmittelzölle den Lebensunterhalt wünschlich zu gesteuern.

Staatssekretär Graf von Sydow versicherte, er werde alles tun, was möglich in der sozialpolitischen Fürsorge für die Arbeiter am Kanalbau sei, er werde diesen zu einem „Mutterbetrieb“ gestalten.

Die Vorlage ging an die Budget-Kommission und wurde von dieser bereits am Tag beraten. Sie fand dort Unzufriedenheit. Es ist nicht daran zu zweifeln, daß sie auch im Plenum Annahme finden wird. Da gewichtige rein militärische Interessen in Frage kommen und gewisse Konsequenzen in Punkto weiterer erheblicher Ausgaben zu berücksichtigen sind, so enthielten sich die sozialdemokratischen Vertreter in der Kommission der Abstimmung. Sie hatten beantragt, die Erledigung der Vorlage bis zum Herbst auszulegen, um das ganze Projekt gründlich prüfen zu können. Das war ein durchaus gerechtes und verständiges Verlangen. Angelegentlichkeiten, von der Wichtigkeit, wie diese ist, sollte man im Reichstage nicht so durchpeitschen, wie es in diesem Maße geschieht. Es handelt sich um 221 Millionen Mark — und das ist doch wirklich keine Kleinigkeit! Natürlich wird diese genannte Summe durch eine Reichsanleihe ausgebracht werden müssen.

Was dem Deutschen Reiche seine Kolonien bisher gekostet haben. Einen Bericht der Budget-Kommission des Reichstags entsprechend hat der Reichsstaatssekretär dem Vortragenden dieser Kommission nunmehr eine Zusammenstellung der gesamten, bisher für unsere Kolonien getätigten Ausgaben zuzeigen lassen. Hierauf haben unsere Schutzegebiete bis zum Schluß des Rechnungsjahrs 1906 in runden Zahlen erhalten: Ostafrika 91 Millionen, Kamerun 25, Togo nicht ganz 4, Südwestafrika 24, Neu-Guinea 7, die Inselgebiete 2, Samoa 1,4, Kaukasus 102 Millionen. Die genaue Gesamtsumme für alle Kolonien beträgt M. 227 863 000. Hierzu kommen dann aber noch der Betrag, den das Reich seinerzeit für die Abteilung der Karolinen-, Marianen- und Palauinseln an Spanien bezahlt hat, in Höhe von 20 Millionen und jodann die Kosten für die Niederschlagung der Aufstände in Ostafrika mit 81 Millionen Mark und in Südwestafrika mit 640 Millionen Mark. Das sind insg. ganz mehr als 2,890 Millionen Mark, und es wird nicht lange dauern, bis die erste Milliarde voll ist. Was uns die Kolonien bisher materiell eingebracht haben, das ist gegenüber diesen 2,890 Millionen eine Kleinigkeit. Was hätte mit dieser Summe an wirklicher Kulturarbeit geleistet werden können!

Agrarismus und Industrialismus. Im preußischen Abgeordnetenhaus führte der Agrarier Graf Kanitz am 2. Mai folgendes aus:

„Das fortwährende Steigen der Kohlenpreise erfordert eine öffentliche Bekämpfung. Ich denke reinindustriellen Kohlenindustrie angehörenden Beziehungen zwischen 11 bis 30 Pf. Dividende. Die Anerkennung der Bergwerksgesellschaft kostet sogar 45 Pf. Das beweist, daß die Großindustrie beim Bollard durchaus nicht zu kurz gekommen ist. Weniger erfreulich sind die Boden- und Arbeitsverhältnisse in den Kohlenrevieren. Die Zahl der Arbeiter ist kolossal gestiegen, dadurch steigt die Arbeitslosigkeit auf dem Lande ins Unerträgliche. Gastwirten im Osten werden von den Beziehungen M. 3 für jeden angeworbenen Arbeiter geboten. Wie schnell die Arbeitskraft dieser Arbeiter in den Bergwerken aufgebraucht wird, beweist die Erfahrung, daß sie durchschnittlich mit 46 Jahren invalide werden. Die Lohnerschöpfung, die nach dem großen Bergarbeiterstreit den Bergarbeitern bewilligt wurde, wurde motiviert mit den hohen Lebensmittelpreisen. Die Lohnerschöpfung wurde dann wieder zum Vorwand genommen, die Kohlenpreise zu erhöhen in einer Weise, die sogar von der „Kölnischen Zeitung“ als über Maß hinweggehend bezeichnet wurde. Schon nicht die Kohlen nicht auch zum täglichen Verbrauch. Das Spiel der wechselseitigen Erhöhung der Rohsteine und Kohlenpreise ist dann weiter gegangen. Ohne ernsthafte Gegenfrage unserer ganzen wirtschaftlichen Interessen kann es so nicht fortgelebt werden. Die Methode des Kohlenmonopols geht dahin, möglichst viel Kohlen nach dem Ausland abzuführen, damit das Land höhere Preise zahlen muß.“

Der unverhohlene Interessengegenstand zwischen Agrarismus und Industrialismus liegt in diesen Neuerungen sehr scharf zu Tage. Graf Kanitz und seine Leute wollen, daß die Aufführung von Kohlen eingeschränkt wird, damit es mit 40 000 bis 50 000 Arbeiter weniger im Bergbau beschäftigt und anderen Berufen zugeführt wird, d. h. für die Landwirtschaft frei gelegt werden. Dazu soll ein Kohlen-Ausfuhrzoll bauen.

Proletarier-Fluktuation. Die Lage der Bergarbeiter des Zwidsauer Stein Kohlenreviers hat sich seit dem letzten unglücklichen Streik beständig verschärft; das System der kapitalistischen Ausbeutung, dem sie unterworfen sind, hat von Jahr zu Jahr eine schlimmere Ausgestaltung erfahren. Fast durchgängig ist die zwölfständige Schichtzeit eingeführt, und das in Gruben, die 33 bis 34, ja bis 36 Grad Wärme aufweisen. Der Geist der Organisation hat die Massen dieser Arbeiter noch nicht erfaßt; der Mißlungenen-Streit hat sie in ein und fünfzigteile nicht den Glauben an die Macht der Organisation; nur 30 Prozent von ihnen sind organisiert. Über der unübersehbaren Drang, aus dem Elend herauszukommen, hat sie ergriffen. Doch statt diesem Drange durch Kampf für bessere Arbeitsbedingungen zu genügen, tragen sie ihm durch Abwendung Rechnung, sie gehen nach dem Ruheredner, das ihnen als ein Vorab erscheint. Tatsächlich berichten ja dort besser Arbeitsbedingungen für die Bergleute, die von ihren Organisationen erläutert worden sind. Das löst eine Zwidsauer Waffen in den letzten Wochen in die Abwanderung zu einer Massenbewegung geworden.

Nun hat in einer von über 2000 Personen befindlichen Versammlung der Bergarbeiter des Zwidsauer Reviers der Verbandsleiter H. Hue diese Eröffnung einer kritischen Betrachtung unterzogen und die Arbeiter ermahnt, statt ohne weiteres die Heimat zu verlassen, sich der Organisation anzuschließen und noch einmal den Kampf zu wagen. Den Zwidsauer Bergleuten aber gab es zu bedenken, daß erst vor wenigen Wochen Herr Stünnes, der größte Gedankenheld des Arbeiters, gesagt habe, im Ruhrgebiet könnten noch gut 30 000 Männer angelegt werden. Sie haben es jetzt in der Hand, zu verhindern, daß ihre besten Arbeitskräfte abwandern.

Wie von dort berichtet wird, scheinen jetzt die Bergarbeiter zum Nachgeben, zu einer Besiedlung bereit. Denn es ist klar, daß, wenn die Arbeiter derartige Maßregeln ergriffen, sie die Bergarbeiter, selbst es sind, die in leichter Linie die Beziehungen zu den anderen haben. Der abwandernde Bergarbeiter läßt hier nichts weiter, wie eine Sklaverei an einer schwergewichtigen Helmstaat ausläßt — und die Sklaverei, die ihm vom Grubenskapital umgelegt war, und die lang und unzureichbar schien, weiter nichts. Aber der Grubenherren kann seine Maschinen, seine Werkzeuge nur bewerten, wenn sie durch die geschickte lebendige Hand des Arbeiters in Bewegung gesetzt werden.

Sie liegen still, wenn der Arbeiter geht. Was spricht man bereits von Galzjern, die an Stelle der Abwanderer treten sollen; aber es steht zu hoffen, daß sich gegen eine derartige Maßregel auch andere Haltlöcher als der Bergarbeiter aufstellen werden, so daß es sich die Bergarbeiter zweimal überlegen.

Die ältesten Selt wird also gegen die hiesigen Bergarbeiter von entscheidender Bedeutung sein.

Beharren die Grubenherren auf ihrem Schein, stoßen sie die dargebotene Hand der Arbeiter zu einer Verständigung über Verbesserung verschiedener Verhältnisse widerum zurück, dann trifft eine Massenabwanderung ein, die von den schwersten Folgen auch für das gesamte Wirtschaftsleben im Zwidsauer Bergrevier hat. Das ist gewiß. Die Vorgänge haben ein allgemeines wirtschaftliches und sozialpolitisches Interesse.

Um die Bergzusatzsteuer breite sich eine lebhafte Diskussion in der Breslauer Gesellschaft für Soziale Reform. Justizrat Olendorff wies darauf hin, daß der Grundbesitzer durchaus nicht einen in jeder Hinsicht unverdienten Gewinn einfache in die Tasche steckt und daß der Steuerdrücker, den man wolle, völlig abweichen von der wirtschaftlichen Befreiung und der bisherigen Wirtschaftsordnung, also ein neuer Weg von großer Tragweite ist, der mit Vorsicht betreten werden muß, um so mehr, als der sozialistische Charakter der Steuer nicht zu zweifeln ist. Dem gegenüber steht Justizrat Heinrich, der die unbediente Gewinn, der sich ohne Nutzen des Besitzers steckt, eben der Grund der Steuer sei, die ebenso neu wie stark sozial, aber kein Schritt zum sozialdemokratischen Zukunftstaat ist, und die, ohne rückwirkende Kraft, erst in zehn Jahren erreichte obwerben wird, wichtige Ausführungen des Staatsanwalts Dr. Neisser bekräftigte, indem er betonte, daß diese Steuer den Ideal der Gerechtigkeit am nächsten käme. Zur Anklage daran erklärte Professor Sombart es für einen altmärkischen Standpunkt, mit dem man keinen Bund vom Staat fordern könne, die Steuer sozialpolitisch begründen zu wollen. Man sieht selbst die gerechteste Steuer nicht gegen eine komplizierte Interessengruppe durch, und so hat auch die Bergzusatzsteuer nur ihr Fundament in den arbeitenden Klassen, da alle anderen mit den Interessen des Besitzes verflochten sind. Der Weg zur gerechten Besteuerung führt nur durch eine Reform des Wahlrechts. In einem Parlament, das den beständigen Klassen entspringt, ist eine Steuer, die dem Besitz auf den Leib ruht, schwer zu vertreten und muß finanziell begründet werden. Die Leistungsfähigkeit in der klaren Leistungspunktu für jede Steuererhebung. Der Gesetzgeber greift dort zu, wo am meisten zu bekommen ist, und so ist die Bergzusatzsteuer einwandfrei zu begründen als die Belastung eines Bergzusatzes, der befreit werden kann, ohne es wesentlich zu lädiern. Die Unmöglichkeit der Steuer ist der Grundfehler, der je nach sozialer Neigung ausgemauert werden kann, und damit ist die Majorität in einem dagegen eingenommenen Verhandlung zu erringen. Mit scharfen Worten wies Justizrat Hellberg diesen lediglich finanziopolitischen Standpunkt zurück und hob den Gedanken der sozialen Gerechtigkeit stark hervor. Der Gleichpunkt der Leistung und Gegenleistung läßt sich allerdings demagogisch verneinen; doch darf die Leistungsfähigkeit nicht allein wahrgenommen sein. Trotz des schlechten Kommunalwahlrechts in Breslau ist doch bei den verschiedenen Steuerverlagen im Stadtparlament stets Recht und Gerechtigkeit gewahrt worden, selbst im Gegensatz zu den stark vertretenen Interessengruppen. Auch ist es nicht richtig, daß alle beständigen Klassen in Verbindung mit der Terrainspekulation stehen. Nachdem Professor Sombart nochmals hergehoben hatte, daß im Kampf mit dem Interesse die Idee immer unterliege, und daß die Anhäufung von der Gerechtigkeit dem Bandel unterworfen sei, während eine wirkliche Umstellung des Altstadtkreises unumgänglich ist und daher der finanziopolitische Standpunkt mindestens als Vorwand aus opportunistischen Gründen zu benutzen ist, schloß Reichsstaatsanwalt Dr. Neisser mit dem Hinweis darauf, daß die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt durch die Bergzusatzsteuer gefährdet wird und daß der gute Wille zur Verständigung und zum Erfolge führen müsse.

Maurerbewegung.

Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen, Differenzen.

Sperren, über die nicht mindestens alle vier Wochen berichtet wird, werden fernherin nicht mehr veröffentlicht.

Zuzug von Mauern und Bauarbeitern ist fernzuhalten:

Deutschland:

Maurer:

Hansastädte:

Bamberg: Ochsenwärder, Kirchwärder (Streiks), Guxhaven (Differenzen);

Schleswig-Holstein:

Reinfeld (Sperrung über E. Haeger), Burg b. Wilster, Kellinghusen, Segeberg, Heiligenhafen, Altrahlstedt (Streiks);

Mecklenburg:

Neubrandenburg (Aussperrung), Neukalen (Streik), Süße (Sperrung über Holdorf), Gadebusch, Rostock (Differenzen);

Brandenburg:

Lübbenau: Eberswalde (Aussperrung), Kalkberge-Rüdersdorf, Hennigsdorf-Herzfelde, Hirschgarten (Streiks), Bruchköbel (Sperrung über Conrad, Schulz und Krause);

Pommern:

Stolp (Aussperrung), Pölitz (Sperrung über Paape), Barth (Sperrung über Gebr. Wendt);

Ost- und Westpreussen:

Polzin (Streik), Rastenburg (Differenzen), Sensburg (Aussperrung);

Posen:

Schwarsenz, Schmiegel (Streiks), Plonne, Kolmar (Differenzen);

Königl. Sachsen:

Leipzig (gesperrt sind die Firmen Marien & Kunze, Bahnhofsgebäude, M. Steyskal und Seiffert in Möckern, Sohrstrasse, Gottlieb Tschirley in L.-Gohlis, Pariserstrasse, Hänseloth, L. Anger, Spichernstrasse), Oderwitz (Sperrung über Krasing), Wurzen (Sperrung über Lehmann in Pichau);

Schlesien:

Chlau, Sagan (Streiks), Schmiedeberg (Differenzen);

Thüringen:

Weida-Wünschendorf, Meuselwitz, Meinigen, Saalfeld (Streiks), Zeckau (Sperre über Müller in Münster) und über die Zuckerraffinerie in Rositz, Sonnenberg (Differenzen);

Hannover, Oldenburg und Lippe:

Braunschweig, Stade, Lauterberg (Streiks), Gräfenthal (Sperre über Bauersachs), Hameln (Aussperrung);

Provinz Sachsen und Anhalt:

Naumburg a. d. S. (Sperre über Emil Müller, Kanonierstrasse), Wettin (Sperre über Zeche Johanneshall, Unternehmer Röber), Schwanebeck, Bitterfeld, Hornhausen, Sachsen, Aschersleben, Halle a. d. S., Egeln, Eisleben, Erfurt, Artern (Streiks), Osterwieck, Barburg, Oschersleben (Aussperrungen), Nebra (Sperre über Knabe in Rossleben), Zeitz (Differenzen), Kauschberg (Sperre über Alb. Jakob);

Rheinland:

Düsseldorf (Sperre über das Röhren- und Blechwalzwerk Lirefeld), Heiligenwald bei Trier (Sperre über P. Broschart), Aachen (Streik);

Westfalen:

Bünde (Streik);

Hessen:

Oppenheim (Sperre über A. Gesinn und Florian Krämer), Rinteln, Lorsch (Streiks);

Baden-Pfalz:

Friesenheim b. Lahr, Neustadt a. d. Haardt, St. Ingbert, Wiesloch (Streiks), Roxheim (verschiedene Sperren);

Elsaß-Lothringen:

Strassburg (Sperre über Ph. Frey);

Württemberg:

Rentlingen (Aussperrung);

Bayern:

Bad Tölz, Bamberg, Culmbach (Streiks), Lauf an. d. Salzach (Sperre über Schönherr), Landshut (Differenzen);

Fliesenleger:

Hannover (Streik);

Schweiz:

Arbon (Streik).

Oesterreich:

Spitzen, Hallein, Weisswasser, Laa (Streiks).

In der Stadt Pojen ist gegenwärtig große Arbeitslosigkeit.

Ein Lehrreicher „Vertrag“:

Wir erhalten folgende Aufschrift:

„Eine Vereinbarung von Lohn- und Arbeitsbedingungen, die so recht den Geiste ostdeutscher Kreuzfunker entspricht, ist zwischen den Unternehmern des Baugewerbes und den Maurergesellen in Culin i. Westpr. getroffen worden. Auch zeigt diese Vereinbarung in alter Deutlichkeit, wie die Unternehmer die Arbeitskraft der Maurergesellen bewerten, wenn diese keiner Organisation angehören und sich so dem Willen der Unternehmer fügen müssen. Am 24. Januar, dem Tage vor der Reichstagswahl, beriefen die Herren Meister ihre Gesellen, zur Gesellenherberge und vereinbartem unter anderem, für das Jahr 1907 für Culin für volarbeitsfähige Gesellen 35 Δ und bei Arbeitens außerhalb Culms 37 Δ Stundenlohn bei 13-stündiger Arbeitszeit zu zahlen. Wie lange sich die Mauer in Culin unter solchen Zuständen noch glücklich fühlen werden, bleibt abzuwarten.“ Dem Einfluss der Geistlichen in Culin ist es bisher noch gelungen, den verhältnissamen Verband aus den Mauern Culms zu verbanen. Um so mehr werden die Mauer in den nächstliegenden Städten auf dem Posten sein müssen, wo sie Gelegenheit haben, mit den zu Helten herabgewürdigten Mauern Culms zusammen zu arbeiten, diesen ein Licht aufzustellen.“

So sehen die „Verträge“ aus, die nach den Herzen der Unternehmer sind. So müssen sie überall dort aussiehen, wo den Unternehmern ein blinder, unorganisierter Haufen gegenübersteht, der unfähig, sich zu wehren, zu allem Ja und Amen sagen muss, was ihm die Unternehmer aufzutragen. So würden die „Verträge“ auch aussehen, wenn es den Unternehmern einmal gelingen sollte, die Arbeiterorganisationen schachmatt zu legen. Die Unternehmer in Culin sind sehr charmanente Leute, denen wir eigentlich zu großem Dank verpflichtet sind. Ihnen gebührt das Verdienst, wieder einmal in praxi dargetan zu haben, was die Arbeiter der Organisation zu danken haben. Der „Vertrag“ von Culin wird richtig angewandt, ein vorzügliches Agitationsmittel abgeben, mit ihm werden es unsere agitatorisch tätigen Kollegen nicht allzu schwer haben, selbst den rückständigsten Maurer von der Notwendigkeit der Organisation zu überzeugen.

„Gau Berlin. Neben den Ausgang der Berliner Bewegung läuft sich beim Redaktionsschluß dieser Nummer gar nichts sagen. Unsere Kollegen nehmen heute Dienstag noch einmal Stellung zu dem Schiedsgericht; die Unternehmervereinigung hat ihre Generalversammlung auf Donnerstag verschieben. Wenn man der verlaubartigen Stimmung der Arbeiterschaft folgt, scheint der Kampf unvermeidlich.“

„In Schmiedeberg, Provinz Pojen, haben die Kollegen den Streik beschlossen. Sie fordern 37 Δ Stundenlohn und zehnstündige Arbeitszeit. Vorher betrug die Arbeitszeit 11 Stunden und der Lohn ungefähr 30 Δ . Ein Unternehmer hat die Forderung anerkannt, jedoch 20 Kollegen zu den neuen Bedingungen in Arbeit treten konnten.“

Gau Bremen. Die Differenzen der Bauarbeiter in Bremen sind beigelegt.

In Melle, wo gleichfalls die Bauarbeiter im Kampf stehen, sind alle unsere Kollegen in Miteinander gezogen; eine Verhandlung mit den Unternehmern am 29. April, woran auch die Bauarbeiter teilnehmen, hat zu einer Einigung noch nicht geführt.

In Brilon ist ebenfalls eine Verhandlung zwischen den Streitenden und den Unternehmern stattgefunden. Die Unternehmer sind zu Zugeständnissen in der Lohnfrage bereit, wenn von einer Verkürzung der Arbeitszeit Abstand genommen wird; eine Verhandlung unserer Kollegen, die am 2. Mai stattfindet, hat beschlossen, die Arbeitszeitverkürzung fallen zu lassen. Jedebund wird eine weitere Verhandlung mit den Unternehmern zur Vereinigung führen.

In Hude, zum Zweigverein Delmenhorst gehörend, ist die Lohnbewegung erledigt; unsere Kollegen erhielten 24 Δ Lohnverhöhung pro Stunde. Der Stundenlohn beträgt jetzt 47 Δ .

Die Auriach Unternehmer scheinen von dem dreijährigen Kampf mit unseren Kollegen die Lehre gezogen zu haben, daß es doch besser ist wenn man in Frieden zusammen lebt, sie haben unseren Kollegen in diesem Frühjahr 24 Δ pro Stunde zugelegt; jedenfalls das vernünftigste was sie machen konnten. Sie glauben sich aber immer noch eines Vergehens schwichtig zu machen, wenn sie die Streitleitung wieder in Arbeit stellen, unsere drei Kollegen, welche die Streitleitung bildeten, müßen sich also noch etwas gebürdet bis es den Herren gefällt, sie werden einzuhauen. In derartige Maßnahmen sind unsere Kollegen schon gewöhnt. Aber für die Unternehmer ist derartiger Terrorismus missliebt.

In Bremen haben die Bauarbeiter über den Bau des neuen Gewerkschaftshauses die Sperre verhangt, weil der Unternehmer Doneders einen Arbeiter seine Fausten hat fühlen lassen; selbstverständlich sind unsere Kollegen in Miteinander gezogen; jederfalls das vernünftigste was sie machen konnten.

Unsere Kollegen in Bremen haben den Unternehmern Forderungen zugehen lassen; sie fordern neunstündige Arbeitszeit und einen Stundenlohn von 55 Δ . Bis jetzt war die Arbeitszeit 10 Stunden bei 47 Δ Stundenlohn.

Gau Danzig. In Goldap ist für die Zeit bis zum 1. April 1908 mit den Unternehmern ein Vertrag abgeschlossen.

Zum Jahre 1908 haben unsere Kollegen dort vierzehn Tage gekreist, ohne den Unternehmern nennenswerte Vorteile abringen zu können. Eine starke soziale Tiroler hat damals alles Mühen vergleichbar gemacht. Die Unternehmer scheinen aber davon die Rose voll bekommen zu haben. Sie haben durch Erfahrung klug gemacht, in diesem Jahre unsere Kollegen, nachdem sie wiederum eine Lohnforderung gestellt hatten, zur Verhandlung eingeladen und auf einer vernünftigen Basis Vereinbarungen festgelegt.

Bei heiterer Würdigung der Vereinbarung sei angeführt, daß die Goldaper Mauer vor drei Jahren noch 12 Stunden und länger pro Tag gearbeitet haben. Für diese ungemein lange Arbeitszeit wurde ein Tagelohn von M. 1,50 bis M. 1,75 im Frühjahr und Herbst und M. 2,75 bis M. 3 im Sommer gezahlt. Wenn nun in den Vertrag für 1907 bei einer Arbeitszeit von 10 Stunden pro Tag ein Stundenlohn von 45 Δ für die Stadt und 50 Δ für Arbeiter, die 3 km von der Stadt entfernt liegen, festgelegt ist, so ist das wohl ein schöner Erfolg, den unsere Kollegen in dieser kurzen Zeit mit Unterstützung der Organisation erreicht haben.

In Lüslit haben unsere Kollegen mit den Unternehmern einen Vertrag auf drei Jahre mit einer stoffweisen Erhöhung des Lohnes abgeschlossen. Der alte, am 1. April dieses Jahres abgelaufene Vertrag hatte eine zweijährige Dauer. Verträge war während des Streiks im Jahre 1905 durch Vermittlung des Herrn Bürgermeisters von Lüslit mit den Unternehmern und unseren Kollegen abgeschlossen worden. Der Lohnsatz betrug für 1906-40 Δ . Im neuen Vertrag sind für 1907 45 Δ , für 1908 46 Δ und für 1909 48 Δ pro Stunde bei zehnstündiger Arbeitszeit festgelegt. Zur Überhundert werden 10 Δ und für Wassarbeiten 15 Δ Aufschlag pro Stunde gezahlt. Zur Lüslit waren die Verhältnisse vor ungefähr drei Jahren ebenso wie wir sie für Goldap geschildert haben. Mit dem Abschluß dieses Vertrages haben die Unternehmer die Organisation anerkannt.

Die Bauprämie für den Bahnhofsbau in Wandenburg ist erledigt. Der Unternehmer zapft jetzt die vorher vereinbarten Lohnsätze.

Zu Stolp i. B. dauert die Aussperrung fort; unsere dortigen Kollegen sind bis auf wenige abgereist.

In Gensberg sind unsere Kollegen seit dem 3. Mai in den Streit eingetreten, weil die Unternehmer die Forderung auf Lohn erhöhung rundweg abgelehnt haben.

Gau Erfurt. In Erfurt haben die noch weiter geführten Verhandlungen kein befriedigendes Resultat gebracht. Die Unternehmer machen zwar bezüglich des Lohnes weitere Zugeständnisse, lehnen aber kategorisch jede Verkürzung der Arbeitszeit ab. Die Kollegen haben darauf am 6. Mai ein in einem Streik beschlossenes Befreiungsurteil gegen die Unternehmer erlassen. Der Befreiungsurteil gegen die Unternehmer ist bis jetzt unverändert. Von den über 200 Streitenden ist einer zum Streitbrecher geworden. Abgereist sind 61 und anderweitig untergebracht 25. Die Unternehmer sehen alle Hebel in Bewegung, um unsere abgereisten Kollegen wieder aus der Arbeitswelt zu verdrängen. So ist uns unter anderem eine schwere Liste in die Hände gefallen, die an die Vorstände der Arbeitgeberverbände im Deutschen Arbeitsgerbund für das Baugewerbe das Erstehen richtet, dafür zu sorgen, daß die nachverzeichneten Männer, Zimmerer und Bautechniker bei keinen Kollegen und Berufsgenossen Arbeit finden, und wo dies bereits geschehen ist, wieder entlassen werden. Auf dem Ding sind 179 Namen verzeichnet. Ferner ist uns ein Postkarte zugestellt worden, die folgende Aufschrift enthält:

Vereinsverband der Arbeitgeber für das Baugewerbe (Saalfeld, Rudolstadt, Blankenburg, Probstzella, Pößneck und Umgegend).

Gaafeld a. d. S., den 22. April 1907.

P. P.

Wir teilen Ihnen hierdurch ergebnis mit, daß in Saalfeld die Mauer und Zimmerleute infolge Nichtbewilligung der von den vereinigten Arbeitgebern als unannehmbar be-

zeichneten Lohnforderungen strieken. — Bei Vorkommen von Arbeitsschlägen, die zuletzt in Saalfeld beobachtet worden sind, bitten wir Sie höchstlich, die Interessen unseres Verbundes wahren zu wollen.

Mit kollegialen Gründen.

Die vereinigten Arbeitgeber für das Baugewerbe.

Aus der Handlungswise der Unternehmer können wir erschließen, daß es ihnen arg auf den Fingern brennt, denn auch ihre Hoffnung auf Buzug von Ausländern ist zu Wasser geworden. Und kommt welche zugereist, so ist es uns eine leichte Mühe, sie zur Weiterreise zu bewegen.

In Meiningen ist es am 29. April zur Arbeitszeitfeststellung gekommen. Die Arbeitszeitfeststellung erfolgt von allen 115 Kollegen, die die Kündigung eingereicht hatten, einmütig. Die Namen sämtlicher Kollegen sind auf einer schwarzen Liste an der Bündesgenossenschaft der Unternehmer verzeichnet worden. Die Unternehmer versuchen durch allerlei Mittel, unsere Kollegen, die Befreiungsteil, der den umliegenden Dörfern wohnen, zur Wiederaufnahme der Arbeit zu bewegen und breiten allerlei falsche Gerüchte aus. Bald ist der Koffer durchgebrannt, bald hat die Polizei die Streitleitung verhaftet und dann sind wieder 50 Dörfener angelkommen und die Streitenden würden überhaupt nicht wieder eingestellt. Wir ersuchen hiermit unsere Kollegen, solchen Märchen keinen Glauben zu schenken, denn bis jetzt ist der Streit für uns günstig trotz aller Machinationen der hiesigen Unternehmer. Am die abgereisten Kollegen richten wir das Eruchen, Meiningen so lange zu meiden, bis der Streit in Meiningen im „Grundstein“ für beendet erklärt ist. Auch das Meiningen Tageblatt regt sich gewaltig über die Forderung der Mauer auf und hebt besonders hervor, daß die Forderung der Mauer auf und hebt besonders hervor, daß die Forderung der Mauer deshalb vor den Unternehmern abgelehnt sei, weil sie im vorigen Herbst eingetretene Lohn erhöhung vollständig der allgemeinen Leitung entspräche. Es wurden in Meiningen bisher Kläfflöhne von 32 bis 35 Δ gezahlt, und im Winter, wenn der Familienbader mehr Beihilfe an Heizung, Nahrung und Kleidung hat, wurden ihm von dem Herrn Unternehmer 5 Δ pro Stunde abgezogen. Dies verdeutlicht natürlich daß von Wahrschafft triefende Blätter. Diese schwachbollen Blätter zu beseitigen, gilt der Kampf in Meiningen.

Gau Görlitz. In Sagan ist es am 2. Mai zur Arbeitszeitfeststellung gekommen. Die Kollegen fordern einen Stundenlohn von 40 Δ . Diese Forderung bezieht sich die Unternehmer als „höchst ungerecht“. Sogar in einem Eingangsband des Arbeitgeberverbands für das Baugewerbe im Saganer Wochenblatt gaben sie dieser „Ungerechtigkeit“ in folgenden Worten Ausdruck: „Leider entsteht für die Unternehmer eine grobe Gefahr, wenn der 40 Δ -Stundenlohn in den kleinen Bauzonen gewährt oder erlangt werden sollte.“ Unsere Kollegen fürchten sich aber vor dieser großen Gefahr nicht und stellen, nachdem auch der letzte Bericht, die Lohnfrage in friedlicher Weise zu lösen, geschafft war, nämlich mit allen Polizisten die Arbeit ein, so daß in Sagan außer den neuen Bedingungen arbeitenden kein einziger Mauer arbeitet.

Gau Hamburg. Die Unternehmer in Stade lassen sich was kosten, um die Mauer von ihrem freudigen Beginnen zurückzuhalten. Es ist ihnen besonders unangenehm, daß so viele Streitende in anderweitige Arbeit eingetreten sind, und sie wenden sich darum mit folgender Mahnung an die Oeffentlichkeit, die sich wirklich ordentlich rührend ausnimmt:

Den seit sechs Wochen hier anhaltenden Mauer- und Maurerarbeiterstreit scheinen einige Bürger sich zu nützen zu machen, indem sie Streitende in Arbeit nehmen und hierdurch den Streit noch weiter in die Länge ziehen. Diejenigen Bürger wollen bedenken, daß derartige Leute, welche doch seinesfalls gegen Unfälle verschont sind, zu beschäftigen, sonst mit schweren Folgen nach gezogen haben. Da die hiesigen Meister doch nur im Interesse ihrer Bürger handeln und ihr Angebot von 55 Δ für Mauer und 40 Δ für Arbeiter als Stundenlohn bislang noch nicht zurückgenommen haben, so wäre es erwünscht, daß derartige Beschäftigung zu unterlassen, da den an der Arbeit Beteiligten von den hiesigen Meistern nichts in den Weg gelegt wird.“

Der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe, einget. Verein zu Stade,

Also „derartige Leute“ haben „schon oft schwere Folgen nach gezogen“, das ist wirklich wunderbar! „Diejenigen welche“ wollen das ja bedenken, da solches nicht gewünscht wird! Den lieben Meistern von Stade geben wir den Rat, dem Nebalteur ihres Monitors einmal ganz gehörig die Leviten zu lesen, denn der Mensch ist dazu bestellt, ihre Dummheiten zu korrigieren und das scheint er in diesem Falle nur höchst sorgfältig bevorzugt zu haben. In einer anderen „Befanntmachung“ wird den Mauern und Bauarbeitern geraten, nur ja bis zum 27. April die Arbeit wieder aufzunehmen, da die Meister sonst die gebotenen Zugeständnisse zurückziehen würden. „Rehe zurück, dann ist alles verloren.“ Die Stader Volkszeitung stellt in einer Note von „Vertrag“ dessen sich einige zugeschriebene Mauer schuldig gemacht haben sollen. Dreizehn Mauer erhielten bei einer Firma Arbeit und auf einem Betrieb 50 Δ pro Stunde, um sich etwas Nahrung kaufen zu können. Inzwischen waren sie mit den Streitenden bekannt geworden, die sie über die Sachlage ausklärten, und nun wollten sie natürlich nicht länger in Stade bleiben, wo man sie zu Lumpen, nämlich zu Streitbrechern machen wollte. Sie erhielten Geld zur Abreise und fuhren fort. Das jahre auch die Unternehmer, die natürlich sehr enttäucht darüber waren. In ihrer Wit räumten sie zur Polizei, benutzerten die Leute wegen Vertrags und erreichten damit, daß die Polizeibehörde ihre Verhaftung anordnete, die dann auf telegraphische Nachricht in Premerbörde erfolgte. Diese Verhaftung läßt sich natürlich nicht aufrechterhalten, denn Vertrag liegt nur vor, wenn die drei Männer schon bei der Nachfrage nach Arbeit die Arbeit hatten, mit einem erhaltenen Vorschuss auszureichen. Das ist aber keineswegs der Fall, sie haben vielleicht den Einschluß der Arbeit erst gefaßt, nachdem sie Kenntnis von dem bestehenden Streit erlangt hatten. Sie können daher höchstens zur Verhaftung der 50 Δ angehalten werden, wir glauben aber, daß da die Pfändungen fristlos ausfallen werden.

In Hufum hatten sich die Kollegen zur Annahme der Vorschlag der Unternehmer bereit erklärt, wenn man den Bauarbeiterbezirk 42 Δ Stundenlohn zugestande. Das lehnten die Unternehmer ab und die Bauarbeiter traten nun am 2. Mai in den Streit ein. Die Unternehmer boten nun den Bauarbeitern

für das laufende Jahr 40 ♂ und fürs nächste Jahr 42 ♂. Die Baubarbeiter bestanden jedoch da auf, noch in diesem Jahre 42 ♂ zu erhalten; Es durfte nur noch eine Weile weiter gefämpft werden, wodurch auch die Maurer- und Zimmerer im Mitteldeutschland gezogen sind. Der Zugang ist von Hessen fernzuhalten.

Gau Hannover. In Lauenstein Zweigverein (Hameln) hatten die Kollegen ihren Unternehmern eine Forderung auf 35 ♂ zugestellt. Durch Verhandlung mit den Unternehmern erhöht sich vom 1. April an der Lohn auf 34 ♂ und vom 1. Juli d. J. an auf 35 ♂; für außerhalb des Kreises ausführende Arbeiten werden pro Stunde 2 ♂ mehr gezahlt.

In Düsseldorf, ebenfalls zu Hameln gehörnd, vertrug der Lohn bisher 35 ♂; durch Verhandlungen ist er ebenfalls vom 1. April an auf 40 ♂ erhöht worden.

In Bünde arbeiten jetzt drei Dutzend Maurer als Streitbrecher. Trotzdem stehen den Unternehmern nicht ganz wohl und Herz zu sein. Die Kertei folten einem Heben und die Arbeit will doch nicht vorwärts kommen. Gest. soll nun nochmals der Vertrag zu einer Vereinbarung des Kampfes gemacht werden. Der Handwerkskammerdirektor Sachsenbach hat bei den Maurern angefragt, ob sie gewillt seien, an einer von ihm geplanten Verhandlung zur Beilegung der Differenzen teilzunehmen. Die Kommission der Maurer hat dieses befatzt. Nun werden wohl in den nächsten Tagen Verhandlungen stattfinden. Man wird ja sehen, wie groß das Friedensbedürfnis der Unternehmer ist.

In Bückeburg, wo der Stundenlohn bisher 37 ♂ betrug, war durch Verhandlungen eine Abmilderung getroffen, daß vom 1. April an der Lohn auf 38 ♂ und vom 1. Mai an auf 40 ♂ erhöht werden sollte. Gest. am 1. Mai stellten sich Abmilderungsbedenken ein. Über den Termin heraus, von wann an die 40 ♂ gezaht werden sollten, indem der Hofmauermeister Kraus den 1. Juli als verabredet bezeichnet. Unsere dortigen Kollegen haben dann am Sonnabend beschlossen die Arbeit am Montag nicht wieder aufzunehmen. Die Arbeit ruhte am Montag, den 6. Mai, beschäftigt vollständig. Zur den dann geslogenen Verhandlungen erklärte sich Herr Kraus bereit, den Lohn von 40 ♂ vom 1. Juni an zu zahlen, und war auch nicht abgeneigt, für das Jahr 1908 eine weitere Lohnerhöhung einzutragen zu lassen. Dies lehnte eine stattgefundene Verhandlung mit 50 gegen 11 Stimmen ab. In einer nochmaligen Verhandlung wurde dann festgelegt, daß vom 17. Mai an 40 ♂ und vom 1. April 1908 an 42 ♂ gezaht werden sollten. Die weiteren Arbeitsbedingungen sollen noch in Form eines Korporationsarbeitsvertrages festgelegt werden. Diesen Antrag wurde dann in der anschließenden Versammlung angenommen.

Gau Leipzig. Neben die Situation in Halle ist folgendes zu berichten: Die Arbeit niedergelegt haben 795 Kollegen. Im Streit befinden sich noch am Schluß der vorigen Woche 521 Kollegen. Davon sind 453 verfeindet. Kinder unter 14 Jahren haben die Streitenden 776. Zu den neuen Bedingungen arbeiten bei 40 Unternehmern, die die Forderungen der Kollegen in vollem Umfang anerkannt haben, 250. Etwa 100 Kollegen sind anderweitig untergebracht und in den nächsten Tagen wird noch eine ganze Anzahl in Arbeit treten können. 151 Kollegen sind bis jetzt abgereist und ein großer Teil wird im Laufe der nächsten Woche noch Halle verlassen, so daß die Zahl der Streitenden immer mehr zusammenfällt. Streitbrecher sind bis heute rund 45 inschl. der nicht organisierten Polizei zu verzeichnen. Die Haltung und der Kampfesmut unter den Streitenden ist vorzüglich. Dies ist den Unternehmern nicht unbekannt geblieben, denn sie spießen jetzt Gifft und Galle über die rote Sippelhaft. Auf unsre eingerichtete Forderung ist vom Arbeitgeberverband folgendes Antwortschreiben eingegangen:

Zurückkommand auf unser Schreiben vom 23. d. M. und in Erledigung Ihrer Befehl vom 20. d. M. teilen wir Ihnen mit, daß der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe Halle a. d. S. in seiner gestrittenen Sitzung, wozu noch weitere Bauinteressenten geladen waren, Ihre eingerichteten Forderungen geprüft und solche in weitgehender Weise wie folgt genehmigt hat:

ad I. Der Stundenlohn soll bei sofortiger Aufnahme der Arbeit für Vollgelehrte 53 ♂ und ab 1. Oktober 1907 55 ♂ betragen, Junggelehrten im ersten Gesellenjahr 15 ♂ und im zweiten Gesellenjahr 10 ♂ weniger als die Vollgelehrten.

ad II. Die Arbeitszeit beträgt nach wie vor zehn Stunden und die üblichen Frühstücks-, Mittags- und Weißpausen.

ad III. Auffordern soll abgeschafft werden.

ad IV. Lohnabzug findet bereits in mehreren Geschäften Freitag statt, und ist den übrigen Mitgliedern empfohlen worden, solche vorwiegend möglichst Freitags einzuführen.

ad V. Weißheimer und Spaten sollen von den Arbeitgebern gehalten werden, jedoch wird hieran die Bedingung gestellt, daß die Gesellen nie eigene Eimer mit auf den Bau bringen.

Mäßigregelungen dürfen von keiner Seite vorgenommen werden.

Die Abmachungen werden auf drei Jahre, d. i. bis 31. März 1910, festgelegt. Wir teilen Ihnen diese Schlüsse hierdurch mit und erfreuen uns baldige Antwort.

Arbeitgeberverband für das Baugewerbe zu Halle a. d. S.

Otto Grote, Vorstandes.

Dieses Schriftstück rief nicht die geringste Enttäuschung bei den Streitenden hervor, denn jeder Kollege war sich von vorherhin bemüht, daß eine solche oder ähnliche Antwort kommen würde, denn die Halleche Scharfmacherin tat sich ja schon so viele reaktionäre künstlerische Leistungen, daß die Halleche Maurerfahrt längst das Vertrauen auf eine vernünftige Handlung seitens dieser Herren verloren hat. Mit berichtigter Entrüstung wurde dieses Angebot einstimmig zurückgewiesen, dafür aber folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die am 29. April im „Bellevue“ tagende Versammlung der Maurer nimmt Kenntnis von dem Schreiben des Arbeitgeberverbandes und bedauert, daß die Arbeitgeber so wenig

Entgegenkommen gezeigt haben. Die Versammlung beauftragt jedoch die Verbandsleitung auf Grund des Angebots mit den Arbeitgebern in Unterhandlungen zu treten.“

Gau Lübeck. In Malchin fand am 30. April eine Unterhandlung mit dem Gauleiter statt. Das Resultat war, daß die Unternehmer sich bereit erklärten, vom 1. Mai d. J. den Stundenlohn auf 39 ♂ zu erhöhen. Für Arbeiten über Land soll der Lohn 40 ♂ pro Stunde betragen. Diese Vereinbarungen wurden von den Kollegen angenommen und ist damit die Lohnbewegung für dieses Jahr erledigt.

In Gadebusch sofern die Kollegen eine Erhöhung des Stundenlohnes von 32% auf 40 ♂ und die achtstündige Arbeitszeit. Die Unternehmer haben bis jetzt eine mündliche Unterhandlung abgelehnt, jedoch sind sie bereit, eine Lohnzulage von täglich 10 ♂ zu gewähren. Damit sind aber die Kollegen nicht einverstanden. Ernsthaft Differenzen sind nicht ausgeschlossen. Zugang ist fernzuhalten.

In Seelze haben dauernd der Streit unverändert fort. Die Streitenden sind bis auf wenige Kollegen abgesetzt oder haben anderweitige Beschäftigung gefunden.

In Neukalen ist es Sonnabend, den 4. Mai, zur Arbeitszeitfeststellung gekommen, weil die Unternehmer sich entschieden weigerten, für dieses Jahr eine Lohnherabsetzung zu gewähren. Gefordert wird ein Stundenlohn von 38 ♂ und 30 ♂ Landlohd täglich. Bisher waren 35 ♂ und 15 ♂ Landlohd täglich üblich. Die Arbeitszeitfeststellung erfolgte einstimmig und rechnen die Kollegen auf einen baldigen Erfolg. Der Zugang ist fernzuhalten.

In Niedersachsen ist der Streit unverändert fort und besteht nicht darauf zu reden sein, daß es bald erledigt ist. Der Zugang ist nach wie vor auf das stärkste fernzuhalten.

Gau Magdeburg. In Burg d. Magdeburg haben die Verhandlungen mit den Unternehmern ein Resultat gebracht, mit dem sich die Kollegen in einer gußüblichen Verhandlung am 30. April einverstanden erklärten. Die Vereinbarungen gelten bis zum 1. April 1910 und bestimmen, daß jeder Maurer zu seinem jetzigen Lohn eine Zulage von 3 ♂ erhält. Zu seinem Lohn soll der Lohn unter 40 ♂ betragen. Dem Verlangen der Kollegen, in dritter Vertragshälfte eine weitere Zulage zu erhalten, gaben die Unternehmer nicht nach. Nur verfügt nicht recht, wozu sich die Kollegen dann auf drei Jahre gebunden haben.

Gau Mannheim. Am Anfang dieses Jahres wollte es scheinen, als wenn die Schwierigkeiten bei den Lohnbewegungen in diesem Jahr größer würden als in den Jahren zuvor. Es ist uns nun aber doch gelungen, in einer Reihe von Orten zum Abschluß zu kommen. Durch Unterhandlungen sind die Bewegungen friedlich erledigt worden in: Edingen, Edenkoben, Elmstein, Frankenthal, Hockenheim, Ladenburg, Lampertheim, Lörrach, Straßburg, Vierheim und Wiesloch in Hessen. Die Fabriken Zellstoff (Waldhof) und Wohlgelegen (Mannheim) haben nach Einigung des Tarifs den Lohn um je 2 ♂ erhöht, womit sich die Kollegen zufrieden geben.

Im Durlach wurde nach Verhangung einer Sperr die Ausstellung angelangt. Doch bevor es soweit kam, wurde eine Einigung erzielt.

In Bruchsal, Kriesenheim (bei Lahr), Lutzen, Neustadt und Rohrheim war ein kurzer Streik nötig, um die Forderungen durchzusetzen.

In Lorch, Wiesloch und St. Ingbert stehen wir zur Zeit im Streit.

Die Wieslocher Unternehmer duktieren wohl bald erkennen, daß es vorstellbar ist, sich mit den Maurern zu einigen und berechtigte Forderungen anzuerkennen.

In St. Ingbert steht bei den Unternehmern faarabische Lust. Alle Einigungsbemühungen sind an den Startflun des Unternehmers gescheitert. Selbst die Bemühungen des Herrn Bürgersmeister konnten den Sinn der Scharfmacher nicht ändern, und so mußte Montag, den 29. April, der Streit beschlossen werden. Die Arbeitsniederlegung erfolgte einstimmig. Streitbrecher sind in der ersten Woche nicht zu verzeichnen. Die Bemühungen der Maurer, Erfolg heranzuhäufen, dürften fehlgeschlagen und so wird auch ihnen weiter nichts übrig bleiben, als sich mit uns zu einigen.

Im Mühlacker steht es Montag, den 6. Mai, zum Streit kommen. Es ist auf früh 7 Uhr eine Versammlung einzuberufen, in der die Gütekundung fallen wird, es ist denn, daß die Unternehmer in legten Augenblick noch Vernunft annehmen.

In Durlach und Düsseldorf sind Forderungen eingerichtet; auch dort drängt die Sache zur baldigen Gütekundung.

In Mannheim stehen die Betriebsleute und Republikaner in der Lohnbewegung. Einige der hauptsächlich in Frage kommenden Firmen haben den neuen Tarif bereit anerkannt. Bei anderen Firmen dürfte es nächste Woche zu Streiken kommen.

Auch in Karlsruhe steht die Betriebsleute in der Lohnbewegung. In einer Reihe weiterer Orte stehen Lohnbewegungen noch bevor. Im ganzen sind wir mit dem bisherigen Verlauf zufrieden.

Gau Nürnberg. Sonntag, den 21. April, tagte in Nürnberg unter vierter Gaukonferenz, zu dem Zweigvereinsteile, 41 Delegierte ein. Der Verbandsrat war durch den Kollegen Bömelburg und der Nachbarstadt Stuttgart durch den Kollegen Stolle vertreten. Nicht vertreten und auch nicht enthalten waren die Zweigvereine Eschenau, Ronnach, Poggendorf, Nennweinsdorf, Selb und Wunsiedel.

Der Bericht des Gauvorstandes erstattete der Gauvorstande Merlet; außerdem lag auch ein gedruckter Bericht vor, der sich auf die Jahre 1901 bis 1906 erstreckte. Aus dem Bericht geht hervor, daß die Organisation in den letzten fünf Jahren bedeutende Fortschritte gemacht hat. Ende 1902 waren im Bezirk 17 Vereine mit circa 600 Mitgliedern vorhanden, Ende 1906 waren es 37 Vereine mit circa 5000 Mitgliedern. Im Jahre 1905 hat der Gauvorstand eine genaue Zahlung der im Gau arbeitenden Maurer vorgenommen, wobei sich ergab, daß 219 Maurer im Bezirk beschäftigt waren. Die wirkliche Zahl dürfte auf rund 8000 zu schwören sein, da in kleineren Orten Maurer arbeiten, die nicht gezählt werden konnten. Von

diesen 8000 sind also 5000, d. h. über 61 pfct. organisiert. Bezuglich der Lohnbewegungen wird bemerkt, daß seit 1903 für 6450 Verbandsangehörige eine Verbesserung der Löhne und für 1902 eine Arbeitszeitverkürzung erreicht wurde. In Nürnberg haben die Maurer die längste Arbeitszeit — die neuneinhalbstündige — und die höchsten Löhne in ganz Bayern. Die geringeren Organisationen spielen gegenüber dem Verband eine lägliche Rolle. Die christliche Organisation hat trotz angestrengter Agitation in ganz Nordbayern, laut eigenen Angaben in ihren Berichten, nur circa 200 Mitglieder. Bemerkenswert ist, daß gerade in den schwäbischen Orten, wie Bamberg, Regensburg, Würzburg usw., die Mitgliederzahl der Zentralverband Christliche ganz minimal ist, während der Zentralverband Hunderte von Mitgliedern zählt. So sind z. B. in Würzburg ganze 20 christliche Maurer vorhanden, der Verband hat aber dort 600 Mitglieder. Die Christlichen haben im ganzen Gau nur 24 Mitglieder, kommen also überhaupt nicht in Betracht.

Der Jahresbericht verzeichnet eine Einnahme von 8577,85 eine Ausgabe von M. 5061,51 und einen Bestand von M. 1516,84. An die Berichte schloß sich eine ausgedehnte Diskussion an, in der weniger Kritik an der Tätigkeit des Gauvorstandes geübt, als lebhaft bemängelt wurde, daß die kleinen Gabstellen dadurch stark benutzt werden, daß sie für die ihnen organisierten Maurer, die auf dem Lande wohnen, aber in den größeren Orten, vornehmlich Nürnberg-Fürth, arbeiten, den höheren Beitrag von 55 ♂ erheben, aber an den Zweigverein Nürnberg-Fürth abliefern müssen und nur 5 ♂ davon erhalten. Von manchen Zweigvereinen arbeiten die Hälfte der Mitglieder in der Stadt. Die Vereine erleben Anspruch auf einen höheren Prognostik, die sie sonst nicht aufkommen und ihre Beiträge an den Gau usw. nicht zahlen können. Da diese Handhabung im Statut vorgeschrieben ist, kann der Gau nichts daran ändern, aber die Sache wird dadurch erledigt, daß der Zweigverein Nürnberg-Fürth sich bereit erklärt, sich mit den betreffenden Zweigvereinen betreutes Gewährung eines höheren Prozentsatzes zu einigen.

Der Vorstande der württembergischen Gauorganisation erhob Beschwerde gegen die Maurer von Schopfloch, die in den württembergischen Grenzorten arbeiten und die Auffordarbeit, die früher dort nicht bestand, eingeführt hätten, sowie keine Losalbeitsträge bezahlt werden. Breitlinger-Schopfloch suchte diese Anklahungen in längeren Ausführungen zu entkräften und behauptete, daß die Schopflocher in Heidenheim usw. die Bewegung entfacht hätten, aber von den Württembergern im Süden gelassen worden seien, weshalb die Zahlung der Losalbeitsträge verzögert worden sei. Die Auffordarbeit hätten sie nicht gemacht, die Schopflocher seien vorher bestanden. Der Stuttgarter Gauvorstand habe nicht genug zur Hebung der Bewegung in den Grenzorten getan. Gegen diese Vorwürfe wendeten sich Bömelburg und Stolle; letzter hielt daran fest, daß die Schopflocher die Auffordarbeit erst nach Württemberg getragen haben. Wenn sie nicht Remedium schaffen, müsse man die Verbandsinstanzen in Anspruch nehmen.

Der zu diesem Punkt vorliegenden Antrag auf Abschaffung der Kontrollarten wurde angenommen.

Allsdann sprach der Vorstande Merlet über die Lohnbewegungen und unsere Tatsit, sowie die der Unternehmer. Er gab allgemeine Richtpunkte für das Verhalten bei der Einleitung von Lohnbewegungen und warnte vor überstürzten Schritten, empfahl Verständigung der örtlichen Verhältnisse und Beachtung der Tatsache, daß auch die Unternehmerorganisation bedeutende Fortschritte gemacht hat und sich mit der der Arbeiter mehren kann. Man solle niemals darauf rechnen, daß man, wenn man Forderungen stellt, mit den Unternehmern in Güte auskommen könne. Den Erfolg sich leicht vorzustellen, wäre sich oft schwer. Es sei falsch, wenn allzuviel Rücksicht auf die Unternehmer genommen wird, aber man darf auch bei Einreichung von Forderungen nicht die sogenannte Arbeitspolitik befolgen. Es empfiehlt sich nicht, ihnen allzuviel Zeit zu lassen, doch immer soviel, daß sie ihre Organisationseinrichtungen, die jetzt dieselben sind, wie bei den Arbeiten, damit befassten können.

Der Verbandsvorstande Kollegen Bömelburg sprach sich in dem gleichen Sinne aus und wies u. a. auch darauf hin, daß wir uns allem Aufsehen nach am Beginn einer wirtschaftlichen Krise befinden. In solchen Zeiten müsse man doppelt vorsichtig sein, mehr preisen als sonst. Dieses Jahr scheint besonders reich an Bewegungen werden zu wollen, besonders in Berlin, bei der Lage sehr ernst. Die Entscheidung sei zwar noch nicht getroffen, aber es habe den Anschein, als ob sie bald vorliegen werde. Das würde ein beispielloser Kampf werden. Werden wir zum Kampf gedrängt, werden wir ihn führen, dann muß man aber auch unter Umständen damit rechnen, daß er auf andere Orte überweippt; deshalb muß alle Aufmerksamkeit auf ihn gerichtet und schon jetzt an dem Ausbau der Organisation mehr gearbeitet werden als bisher. Auch das nächste Jahr wird ein Kampfreiches werden, da viele Verträge ablaufen. Die Lage kann also sehr kritisch werden, und wir müssen darauf Bedacht nehmen, stets für den Kampf gerüstet zu sein.

Über den Punkt „Agitation“ referierte Ulrich-Nürnberg. Die Hausagitation sei in den großen Städten nicht mehr gut durchführbar, anders aber auf dem Lande. Dort sei auch ein großes Hemmnis die in einem beschränkten Kreis erzeugene Frau, die aufgestellt werden müsse. Zur Hausagitation könnten nur niedrige und besonnene Kollegen veranbelt werden, da die Besonnene oft auf den Städten durchführbar. Die früher bevorzugte Agitation durch Versammlungen habe in bezug auf Mitgliedergewinnung nicht mehr so großen Erfolg, dagegen einen großen Wert für die Auflösung der Kollegen und für die Ausbildung von Agitatoren. Bei der Agitation unter den Christlichen müsse man zwischen den führenden und den übrigen Gewerkschaften wogen irgendwelcher Sachen hinausgeworfen sind und nur aus Bosheit gegen uns' arbeiten, und den Verführten unterscheiden. Durch Großheiten, könne man die Leute nicht gewinnen. Man müsse sich bemühen, sie in anständiger Form aufzulässtzen.

Die Agitatoren müssen die christliche Bewegung von Grund aus studieren; um Aufklärung geben zu können, welchen Zweck eigentlich die christlichen Gewerkschaften verfolgen.

Da die Zeit schon weit vorgedrungen war, wurde eine Diskussion über den Punkt nicht beliebt. Die Wahl des Gauvorstandes hatte folgendes Resultat: Vorsitzender: Mertel, Kassierer: Ulrich, Schriftführer: Roth, Beisitzer: Hartmann und Albert Schmidt, Revisoren: Engelhardt, Kiekel und Weintraut.

In Bamberg hat sich in der Situation eine Aenderung bisher nicht ergeben. Alle Bauten liegen still, nur vereinzelt arbeiten auf Baustellen junge und einige ältere Gesellen, die aber nicht im mindesten einen Eindruck auf den Gang der Dinge ausüben können. Das Gewerbege richt hat bei uns angefragt, ob wir eventuell zu einer Unterhandlung bereit seien, was von uns befohlen wurde. Weiter haben wir bisher nichts mehr gehört. Es scheint, daß die Unternehmer immer noch jede Unterhandlung ablehnen. Diese Herren Bauprofessen können nur Arbeiter brauchen, die für sie großes Vermögen schaffen, wenn es sich aber darum handelt, mit ihnen gemeinsam an einem Tisch zu sitzen, um die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu besprechen, kennen die Herren den Arbeiter nicht mehr.

In Höchstädt haben sich die Unternehmer bereit erklärt, eine Lohnzulage von 4,- pro Stunde zu gewähren. Von einem Tarifvertrag und einer weiteren Unterhandlung im Beisein von Vertretern der Organisation, wollen sie jedoch nichts wissen. In Anbetracht aller zur Zeit in betracht kommenden Verhältnisse nahmen unsere Kollegen dieses Angebot an, sprachen aber dabei aus, daß aufgeschoben nicht aufgehoben sei. Der bisherige Lohn betrug 30, von jetzt ab 34,- pro Stunde.

In Kulmbach hat sich in der letzten Woche im Glan de des Streites eine Aenderung nicht ergeben, wohl aber werden sich im Laufe dieser Woche die Dinge ändern müssen.

In Neuhau wollen die Unternehmer den bisherigen Lohn, der 38,- pro Stunde betrug, auf 39,- erhöhen, wogegen unsere Kollegen aber 40,- unbedingt haben wollen. Es finden nochmals Unterhandlungen statt, und wird es sich zeigen, ob die Unternehmer es wegen des einen Pfennigs zum Kampf kommen lassen werden.

In Schwäbisch Gmünd wollen die Unternehmer zwar einen Vertrag mit uns abschließen, der drei Jahre Gültigkeit haben soll; sie wollen dabei aber für das Jahr 1907 keine Lohnzulage gewähren. In den nächsten beiden Jahren wollen die Unternehmer jedes Jahr eine Lohnzulage von 2,- pro Stunde gewähren, aber unsere Kollegen dringen darauf, auch in diesem Jahre noch eine Lohnzulage zu erhalten. Die Unternehmer haben vor mehreren Wochen freiwillig eine teilweise Lohnherhöhung eintreten lassen, die nach ihrer Ansicht für dieses Jahr genügen soll. Unsere Kollegen wollen sich aber nicht damit begnügen. Falls neuerliche Unterhandlungen eine Einigkeit bringen, so soll die Arbeit eingestellt werden.

In Schwarzenbach a. d. Saale haben wir einen Vertrag mit den Unternehmern abgeschlossen, der an Stelle der bisherigen Arbeitszeit, 11 Stunden pro Tag, eine solche von 10½ Stunden und einen Lohn von 38,- bis 34,- pro Stunde bringt. Auch sonst sind noch einige Verbesserungen gegenüber den bisherigen Lohn- und Arbeitsbedingungen, in dem Vertrag enthalten.

Gau Stuttgart. Im Bezirk Bahn zahlen jetzt alle Unternehmer einen Stundenlohn von 40,- bei zehntägiger Arbeitszeit. Da unsere Kollegen mehr Beiträge in die Freiheit der Organisation als auf die Unterchristheit der Unternehmer haben, so haben sie auf einen schriftlichen Abschluß verzichtet.

In Berga a. d. S. sind 40,- pro Stunde bezahlt. Bei der elfstündigen Arbeitszeit bleibt es, obwohl die Unternehmer wieder einmal die Dauer der täglichen Arbeitszeit in die Freiheit der einzelnen Kollegen stellen. Der ständige Loslassmangel macht es schwer, die Männer vor der Notwendigkeit einer kurzen Arbeitszeit zu überzeugen. Vor der Hand muss man sich mit dem Ereignis zufrieden geben. Es bleibt uns noch ein schweres Stück Auflösungsarbeit.

Die auf der Tafel liegenden arbeitenden Sättler-Kollegen erhalten, soweit bekannt, 45,- pro Stunde. Sollten einige in Alsfeld arbeiten, so ist es doch leicht, die Namen festzustellen, in einer Versammlung die Sache zu verhandeln und event. im Sinne des Alsfelderhauses vom letzten Verbandsstag zu erledigen. Vielleicht verschafft es der Zweigverein Pergen auf diese Art mit allen Alsfeldern.

An der Messejahr der Gollnower Kollegen scheint Hoffnung und Mut verloren zu sein; die Stunden Arbeit ist ihr Ideal. Die Arbeitsgelegenheit ist ausgesiedelt; es herrscht Mangel an Arbeitskräften, und demnach kommt man dem W. Künster nach 11 Stunden und 37,- für das Haus ein, statt an zehn Stunden festzuhalten und einen dementsprechenden Lohn zu erzielen. Alle unsere Versuche nach dieser Richtung schlugen fehl. Der Unternehmer ist hieran schuldlos.

In Neubrandenburg kam es am 27. April 1907 durch Vermittlung des Syndikus Schuldt zu einer Verhandlung, die der Bürgermeister Dr. Börs leitete. Die Verhandlung endete resolutiv, weil die Unternehmer sehr Entgegenkommen zeigten, und für unsere Kollegen kein Grund vorlag, zu Kreuze zu ziehen. Die Unternehmer schienen vorher eine Lektion beim Reichsverband genommen zu haben und wünschten nur ordentlich mit dem roten Kappe; als sie sich nun gar als Märtyrer für die "gerettete" Sache des guten alten Bürgertums aufspielten, merkte man es dem Bürgermeister deutlich an, wie widerlich ihm diese Phrasen waren. Vielleicht dachte er auch an einige Reden, laut deren sich die Unternehmer bei einem Syndikatenlohn von 37,- für den Majorat — von der Stadt 50 und 60,- geben ließen. Stellt man die Verhandlungskosten mit 11,- pro Tag und Gesellen ein, so bleiben rund 14,- für die Bemühungen des Unternehmers. Gewiß ein recht unständiger Steinerdienst! Dieser sei den Herren gern gegeben; nur sollen sie etwas weniger ruppig gegen die Gesellen sein.

Was anderswo die Organisation jetzt bringt, erhalten die Kollegen in Augsburg von ihrem Unternehmer aus durch vor Gründung einer solchen bestätigt. 1905 wurde ein Durchschnittslohn von 31,- 1906 ein solcher von 32,- im Durchschnitt gezahlt. Heute werden bei 11 Stunden 36,- sowie 2,- Lohnzulage und eine Dienstzeit bezahlt. Solche Verpfändung kann einem gefallen; da ist doch noch Vorteil für die Arbeiter dabei.

Seit Gründung der Organisation sind die Löhne in Polynom von 39,- auf 37,- bei 11 ständiger Arbeitszeit gestiegen.

In Plaue fordert unser Zweigverein 35,- pro Stunde. Zu weiteren Forderungen aus der Organisation geht es ausgebaut werden.

Im Bezirk Halle besorgen jetzt nicht allein die Unternehmer, sondern auch einige an Gröbenwahn lebende Poltere das Wahlrecht. Um Angeschalt von Gebr. Hansen lädt die Firma aus guten Gründen den Polterer viel freie Hand bei der Einstellung der Arbeitskräfte. Diese Machtfülle ist einigen dieser Herren so zu Kopf gestiegen, daß sie ganz vergessen, wo die gewohnten Interessen sind, und so spielen sie mit der Gründung ihrer Kollegen.

Der Unternehmer Böse in Tübingen hat in dem Unternehmer Sterling einen Notfrisch gefunden, der die Arbeiten in Neu-Westend ausführen will. Mauer hat der Mann zwar auch nicht. Lose Männer wollen wissen, daß Böse nun kommt, wird, weil er es durch die Gottesgabe. Damit ist heftigst weit gebracht hat, und weil es immer noch Männer gibt, deren Manneswert an einer falschen Régale zu schwanden wird.

Die Sparte Berger in Barsinghausen und die Sparten über die Seidenstofffabrik Sydowjan und die Gemalerei „Stern“ in Einbeck haben sich teils durch Fortsetzung der Arbeit, teils durch Vereine mit genügend Arbeitskräften gegenstellt worden.

Bei der Unternehmer Böse in Tübingen hat in dem Unternehmer Sterling einen Notfrisch gefunden, der die Arbeiten in Neu-Westend ausführen will. Mauer hat der Mann zwar auch nicht. Lose Männer wollen wissen, daß Böse nun kommt, wird, weil er es durch die Gottesgabe. Damit ist heftigst weit gebracht hat, und weil es immer noch Männer gibt, deren Manneswert an einer falschen Régale zu schwanden wird.

Summa: Die Gründung unserer Kollegen ist auf die Zeit vom 30. April bis 6. Mai 1907 sind folgende

Braunschweig (Frau), 81 468; Phil. Hörs-Stuttgart, 47 868; Fr. Egeler-Hamburg (Frau), 20 659; Karl Preller-Mannheim (Frau), 261 754; Fr. Kastor-München, 88 517; Ernst Albers-Gelsenkirchen, 178 800; Herm. Gogolin-Gelsenkirchen, 101 061; Georg Thome-Frankfurt a. M. (Frau), 21 858.

Geldsendungen für die Hauptklasse sind nur an den Kassierer J. Küster, Hamburg 1, Belsenhinderhof 56, zu adressieren. Bei jeder Sendung ist auf dem Postabzettel anzugeben, wofür das Geld bestimmt ist.

In der Zeit vom 30. April bis 6. Mai 1907 sind folgende Beiträge eingegangen:

a) Für Beiträge und Eintrittsgelder.

Crefeld M. 456, Oberseesendorf 190 88, Gundlheim 91 98, Wittenhausen 89 64, Osterburg 52 20, Werden a. d. Lippe 57 88, Naujisch 53 49, Lindau 54 03, Friedewald 52 17, Weidenhausen 42 38, Niedersachsen 47 36, Hünfeld 46 56, Kronach 35 24, Lüdenscheid in Bozen 36 89, Neustadt a. d. Orla 31 28, Friedewald, Baden 10, Frieden 6 84, Wiesbaden 2130 55, Gaffel 482 99, Lübeck 421 91, Calbe a. d. S. 229 68, Timmenrode 200, Demmin 156 62, Löbau 143 90, Luck 105 19, Doberan 86 17, Liebenburg 63 86, Gr. Witten 57 41, Brunsbüttel 90 12, Grünstadt 38 07, Quakenbrück 32 25, Hesel 31 45, Strelitz 30 80, Jüthow 30 72, Schillingsfürst 12 48, Kroton 10 80, Wolfsburg 8 16, Subtilum 3 12, Schweringen 2 75, Dresden 4526 62, Darmstadt 150 46, Danzig 76 79, Stettin 49 69, Stolp i. Pom. 195 70, Mendt 166 41, Marburg 115 20, Aixen 90, Gönnern 36, Weisenburg i. Baiertal 15 70, Briesen 11 91, Mühlhausen 1024 75, Weihen 183 74, Cöben 200, Wittenberge 100, Lüdenwalde 100, Dortmund 1300, Eisen 1300, Chemnitz 800, Aue 80, Hamburg 4000, Gelsenkirchen 700, Spandau 500, Meck 500, Borsigwerke 400, Lehnin 850, Stettberg 200, Flensburg 120, Angermünde 110 15, Lübeck 95, Gronau 100, Mühlhausen i. Thür. 100, Poldsdorf 750, Everswalde 604 12, Halberstadt 252 72, Wettin 144 68, Dicthen 95 32, Laufen 89 12, Rosla 23 24, Zörbig 4 44, Gönnern 500, Hamm 400, Jen 350, Elmshorn 300, Wartha 197 50, Burgstädt 200, Kaiserlautern 170, Worms 150, Meerane 150.

b) Für Katender.

c) Für Futterale.

Lebenstein M. 1 50, Dresden 20, Darmstadt 20, Marburg 2, Worms 5, Elmshorn 1.

d) Tarifverträge und Statistik.

Weidenhausen, Kronach, Löbbecke, Liebenstein, Brunsbüttel, Iodag, Lübeck, Meiningen, Berlin je 1 5.

e) Grundstein-Einband und Decken.

Kronach M. 2, Wiesbaden 12, Dresden 5, Darmstadt 10.

f) Bericht der Bauarbeiterkundskommission.

Neuhausen M. — 70.

g) Ende des Reichs.

St. Johann, Nürnberg, Chemnitz, Minden, Flensburg, Potsdam, Wartha 140 je 1 50, Gelsenkirchen 5.

h) Englisches Geschichte der Arbeiterbewegung.

Bielefeld, Weismain, Döbeln, Coburg, Leutzsch, Erfurt, Fürstenwalde, Gräfenhainichen, Briesen und Reichenbach je 1 10, Hamburg 40.

i) Für „Arbeit und Kultur“.

Hamburg (Maler) M. 8, Löbau und Berlin je 1 50.

j) „Monarchie oder Republik“.

Berlin M. 10 40.

Vom Verbandsvorstande bestätigt sind die neu gewählten Vorstandsmitglieder aller Zweigvereine, die in vorher Wieder das Wahloptik eingefüllt haben, und denen nicht dreifach eine andere Mitteilung geworden ist.

Als verloren gemeldet sind uns die Mitgliedsbücher der Kollegen Heinrich-Schäfer-Hannover (Verb. Nr. 32 076), Julius Schröder-Lever (82 472), Willy Gran-Blanckenburg (141 013), Frieder. Börs Frankfurt a. M. (192 139), Julius Müller-Friedewald (68 231), Karl Diele-Büntewalde (220 002), Bernhard. Böhmann-Reichenbach i. B. (253 678), Nic. Stein-Landau (318 313), Böhman Mario-Essen (350 452), Heinrich Lippes-Dormund (363 258), August Peter-Straßburg (376 122), Böhlöf-Pies (408 149), Eduard Grotz-Straßburg (419 013), Jacob Vernerle-Württemberg (432 220), Ludwig Thümmel-Stuttgart (348 659), Willy Jäde-Lübenfeld (128 743), Herm. Schäfer-Hannover-Berlin (2498), Math. Henwers-Lübeck (361 808), Paul West-Mainz (341 740), Paul Schröder-Osnabrück (322 206), Bernhard. Böhmann-Hannover i. B. (297 648), Th. Friedländer-Eilen (290 655), Georg Reinhard-Solingen (277 165), Josef Chametz-Ostrositz (234 222), Heinrich Naumann-Dresden (189 130), Anton Szepanek-Hagen (141 655), Heinrich Günther-Gengenbach (124 244), Paul Jahn-Pölzig (94 785), Herm. Kühlme-Lipsia (38 473), Arthur Staats-Hannburg (26 408), Karl Heribert-Königstein (392 321), Paul. Pilnitz-Pölen (364 112), Augusto Alde-Vierschein (398 360), Paul Biegler-Wörthel (286 293), Gust. Valzerl-Rödingen (151 221), Paul. Böckeler-Königswinter (151 221), Paul. Böckeler-Königswinter (107 987), Albert Höger-Wittenberg (107 997), Georg Noback-Augsburg (187 834), Heinrich Stäbler-Greifswald (262 687), G. Hauff-Frankfurt a. M. (21 026).

Ausgeschlossen sind uns die Mitgliedsbücher der Kollegen Heinrich-Schäfer-Hannover (Verb. Nr. 32 076), Julius Schröder-Lever (82 472), Helmuth Klasse (Verb. Nr. 269 528); Gustav Lüdke i. M. (147 139), Gustav Finske (77 742), Wilhelm Bonacmann (77 830), Wilhelm Kruse (172 112), Wilhelm Kruse (77 836), Wilhelm Bruns (77 864), Gustav Dobohm (195 816); Eugenius Schröder (147 201).

NB. Die Namen berührten Kollegen, welche wegen rücksichtiger Beiträge ausgeschlossen sind, werden unter dieser Rubrik nicht befunden werden.

Ausgeschlossen sind auf Grund § 37 b des Statuts vom Zweigverein Böhm um: Gottlieb Klasse (Verb. Nr. 269 528); Gustav Lüdke i. M. (147 139); Helmuth Klasse (Verb. Nr. 269 528); Gustav Finske (77 742), Wilhelm Bonacmann (77 830), Wilhelm Kruse (172 112), Wilhelm Kruse (77 836), Wilhelm Bruns (77 864), Gustav Dobohm (195 816); Eugenius Schröder (147 201).

NB. Die Namen berührten Kollegen, welche wegen rücksichtiger Beiträge ausgeschlossen sind, werden unter dieser Rubrik nicht befunden werden.

Ausgeschlossen, ihren Verpflichtungen nachzukommen, werden von Zweigverein Böhmen: Bernhard Freytag (Verb. Nr. 298 018), geb. am 11. März 1886 zu Mühlviertl-Jakob; Belbert-Neviges: Otto Häser, geb. am 17. Juli 1878

Gekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Sterbegeld darf laut Statut nur auf Anweisung des Verbandsvorstandes ausgezahlt werden. Mit den diesbezüglichen Anträgen haben die Zweigvereinsvorstände zu überreden:

a) das Mitgliedsbuch des betreffenden Mitgliedes und

b) die Sterbeurkunde.

Außerdem sind anzugeben die Todesursache, das Alter und der Name derjenigen Person, an welche die Unterstützung auszuozahnen ist.

Unterstützungs-Anweisungen werden in der Zeit vom 29. April bis 4. Mai für folgende Mitglieder erteilt:

Otto Welt-Leipzig (Frau), Verb. Nr. 37 961; Friedr. Henfels-Paderborn (Frau), 93 403; Robert Gerneth-Marienthaler, 245 073; Friedr. Kalbou-Neu-Münzen, 90 522; W. Fr. Oberst-Karlsruhe, 90 527; Friedr. Neuber-Berlin, 8607; Friedr. Voigt-Gommern, 72 473; Wilh. Haupt-Brienz, 108 881; Cl. Heinemann-Berlin (Frau), 8633; Ernst Buttig-Berlin (Frau), 56 724; Herm. Welsauer-Berlin, 5050; Herm. Gasser-Moersheim, 214 354; Aug. Henkel-Jena (Frau), 79 069; W. Meyers-

zu Ebersbach, Gustav Grothans, geb. am 7. Mai 1888 zu Peine; H. o.: Friederich Fischbeck, geb. am 1. Dezember 1885 zu Wedel; M. u. s. i. W.: Adam Pfau (118 896).

Um Angabe seiner Adresse, erhält den Kästner der Zahlstelle Mengen a. d. R. den Kollegen Otto Tobias, geboren am 12. Dezember 1883 in Lüttendorf.

Kollegen, denen der Aufenthalt der benannten befürchtet ist, werden erachtet, den betreffenden Zweigvereinen oder uns Mitteilung zu machen.

Der Verbandsvorstand.

Bekanntmachungen der Gauvorstände.

Gau Köln.

Im Einverständnis mit dem Verbandsvorstand berufen wir auf Sonntag, den 2. Juni, Vormittags 10 Uhr, die Gaukonferenz nach Köln a. Rh., in das Volkshaus, Severinstr. 193, ein:

Die Tagesordnung lautet: 1. Bericht des Gauvorstandes; 2. Tafel- und Lohnabrechnung; 3. Streit; 4. Agitation; 5. Anträge des Gauvorstandes und der Zweigvereine, soweit sie nicht bei den vorhergehenden Punkten erledigt sind; 6. Neuwahl des Gauvorstandes und der Nominiren.

Wir erachten die Abstimmung, Stellung hierzu zu nehmen und die Delegierten zu wählen.

Bezüglich der Wahl der Delegierten bestimmen § 8 a des Statuts und die §§ 6 und 7 des Gauregulatifs folgendes:

Zur Vertretung auf den Gautagen ist jeder Zweigverein verpflichtet. Die daraus entstehenden Unkosten haben die Zweigvereine aus ihren Lofotassen zu decken. Reichen die Mittel der Lofotassen nicht aus, so können die Unkosten auf Antrag des Gauvorstandes und im Einverständnis mit dem Verbandsvorstand aus der Gauhöfe gedeckt werden.

§ 6. Die Zahl der Delegierten richtet sich nach der Größe der Mitgliedschaft und beträgt bei einer Mitgliedszahl bis 100 einen; für je 200 weitere Mitglieder kann ein Delegierter mehr enthandt werden.

§ 7. Die Wahl der Delegierten hat nur in Mitgliederversammlungen per Stimmentzettel zu erfolgen; absolute Stimmenmehrheit entscheidet.

Die Delegierten haben sich durch ein Mandat und Mitgliedsbuch zu legitimieren.

Anträge sind bis zum 31. Mai an den Unterzeichneten einzuführen.

Zum Empfang der Delegierten sind am Hauptbahnhof Kollegen, kennlich an weißen Schleifen, anzuwenden.

Der Gauvorstand. S. A. Ernst Muth.

Schweiz (Sektion Winterthur).

Hier ist der Maurer Christian Schmidt, geboren am 2. Oktober 1885 in Singen, Verb.-Nr. (Schweiz) Verband 1831, eingetragen am 13. Januar 1907 in Winterthur, mit 21 Beitragsmarken, Markenstempel und 200 Franken von einem Kollegen, durchgebrannt. Benannter Christian Schmidt wird politisch eingesetzt und durfte sich nach Deutschland gewandert haben; wir ersuchen, den Befehl des Antrittes dringend zu machen.

Berichte.

Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Vorankündigung sendet man sofort an die Redaktion des Magazins. Nur kurze Mitteilungen können noch Dienstagabend für die laufende Nummer bearbeitet werden.

Wir machen wiederholt darauf aufmerksam, daß Bekanntungen und Adressenänderungen nur dann für die laufende Nummer berücksichtigt werden können, wenn sie Dienstags Vormittags in unseren Händen sind.

Dummheit oder berechnete Bosheit?

So muß man fragen, wenn man eine Notiz der "Magdeburgischen Zeitung" über die Lohnbewegung unserer Kollegen liest. Es heißt dort:

Die entwürdigende Antwort der Vertreter der Arbeitnehmer im Bauwesen, ob Gesamtausland oder Einigung, ist schon nun zweimal vertragt worden. Gestern Abend sollte eine Arbeiterversammlung stattfinden, die Anwendenden waren jedoch ausserhande, entseidende Schritte zu unternehmen, da der Vorsitzende des Centralvorstandes der Maurer und des Parteivorstandes noch nicht eingetroffen war.

Danach wußt natürlich, bei den bourgeoisischen Leuten dieses Blattes die Meinung erzeugt werden, daß der Vorstand der sozialdemokratischen Partei bestimmt, wo und wann die Maurer zu streiken haben. Zeder, der nur einmal in die Gewerkschaftsbewegung hineingeraten hat, weiß, daß der Parteivorstand den Lohnbewegungen völlig fernsteht. Wenn gesagt, wie hätten es nicht für möglich gehalten, daß sich ein so namhaftes Blatt, wie die "Magdeburgische Zeitung", doch wohl sein will, derartige Dummheiten aufzuhängen läßt. Hält irgend ein obdunkles Windeblättchen darauf hinzu, so ist das schließlich mein Wunder, denn jedermann weiß, wie diese Sorte "Presse" fabriziert wird; aber der "größte Zeitung Mitteldeutschlands", wie sich die "Magdeburgische" nennt, haben wir eine solche Dummheit nicht zugelassen. Ob's freilich nur eine Dummheit war?

Gau Hamburg. (Konferenzbericht.) Die Konferenz des Gaus Hamburg tagte am 28. April im neuen Gewerkschaftshaus in Hamburg. Es waren anwesend 84 Delegierte, die 69 Zweigvereine vertreten; vier Vertreter des Gauvorstandes, ein Vertreter des Hauptvorstandes, je ein Vertreter des Nordbargau Bremen und Lübeck und der Gau der Zimmerer und Baubarbeiter; 13 Zweigvereine hatten die Konferenz nicht besucht. Auf der Tagesordnung standen sechs Punkte: 1. Tätigkeits- und Kostenbericht des Gauvorstandes; Berichterstatter: Hugo Kober, Vorsteher, August Steiniger, Kassierer, 2. Bericht vom Verbandsstage; Berichterstatter: Kollege Karl Weniger-Harburg, 3. Vortrag über Baubarbeiteraufschwung; Berichterstatter: G. Heinrich, Sekretär der Centralkommission für Baubarbeiteraufschwung, 4. Regulierungsbereitung; 5. Allgemeine Anträge; 6. Neuwahl des Vorstandes und der Nominiren.

Die Konferenz wurde gegen 1 Uhr durch einige Redner des Fangvereins der Maurer Hamburgs eingeleitet und darauf

vom Vorstand eröffnet. In das Bureau wählte man als Vorsitzende die Kollegen Hugo Kober und Brothun-Kiel, als Schriftführer die Kollegen Beck-Lauenburg, Müller-Torck und Olde-Heide.

Den Geschäftsbereich erhielt Kollege Kober, der sich auf die im "Grundstein" veröffentlichten Jahresberichte bezog. Die Mitgliederzahl ist in den beiden Berichtsjahren von 10 219 auf 13 290 gestiegen. Die Konjunktur war in den beiden Jahren 1905 und 1906 sehr gut; sogar in kändlichen Gebieten, die sonst nur eine geringe Kauffähigkeit hatten, war gute Arbeitsgelegenheit. Er gedachte dann besonders der in den beiden Jahren geführten Lohnkämpfe. Die Streiks in Niel, Ibbenbüren, Darburg, Osterode, Lüneburg sowie die Lohnbewegung im Jahr 1906 in Hamburg erfuhrn eine besondere Berücksichtigung. Es sei nicht überall nach den Intentionen des Gauvorstandes gehandelt worden; dadurch möge hier und da ein Mißverständnis entstehen, obwohl im großen und ganzen könne man mit dem, was durch die Organisation erreicht sei, wohl zufrieden sein. Es würde auch in Zukunft in gleicher Weise vorwärts gehen, wenn immer mit dem alten guten Eifer an der Verbesserung und Ausbreitung der Organisation gearbeitet würde. Diesen Tätigkeitsbericht schloß sich der Kassenbericht des Gaukassierers, Kollegen Steiniger, an. Die Geläufigkeitnahme des Gauverbandes in den beiden Berichtsjahren A. 25 1888/49; dabei ist ein Kassenbestand von A. 4224,64. Im Beitrag der Zweigvereine gingen M. 4872,40 ein. Die Ausgabe belief sich auf M. 15 400,49. Es ist also ein Kassenbestand von M. 9787,94 vorhanden, wodurch M. 9200 per Rent belegt sind. Der Kassierer hatte darüber Klage zu führen, daß von einigen Zweigvereinen immer noch die reduzierliche Zahlung der Gaubeiträge unterlassen würde. Darii müsse aber ganz entschieden Besitzer eintreten, denn die Zweigvereine verlangten doch auch vom Gauverband, daß er seine Pflichten erfülle. Im Namen der Nominirendienststelle Kollege Land die Wichtigkeit der Buch- und Kassenführung und beantragte für den Gauvorstand Entlastung. In der nächsten Diskussion werden von mehreren Delegierten verschiedene Wünsche geäußert. Kollege Härms-Hamburg stellte fest, daß sich der Gauvorstand so wenig an der Agitation bei der Reichswahlabsatz beteiligt habe und spricht außerdem den Wunsch aus, die Übersicht über die Beitragssichtung der Zweigvereine in Zukunft schon einige Tage vor der Konferenz zu verdecken. Von Kollegen Beck-Winkelhausen wird montiert, daß der Gauvorstand die Partei nicht genügend in der Lofotfrage unterschätzt habe. Unsere Kollegen müssten angehören werden, auf ihre Vereinswirke dahin einen Druck auszuüben, daß sie ihre Lofate auch zu Versammlungen der Partei hergeben. Kollege Lopau-Lüneburg verbreitete sich in längeren Ausführungen über die Streik in Lüneburg; dort habe das Eingreifen des Gauvorstandes nicht vorbereitet in solch wichtige Versammlungen. Zur Lofotfrage bemerkte er, daß derartige Fälle doch nur äußerst selten seien. Wo es irgend angängig sei, werde man in den von Deutlich gewünschten Sünden handeln, aber man müsse auch darauf achten, daß dabei nicht auch das Lofat für die Gewerkschaften verloren gehe. Besonders des Streiks in Lüneburg vertrat er nochmals seinen Standpunkt. Darauf wurde dem Gauvorstand einstimmig Entlastung erteilt. Es folgte dann das Referat des Kollegen Weniger über den Verbandsstag. Er hebt die wichtigsten Verhältnisse hervor und schließt zugleich die Motive, die den Verbandsstag bei seinem Erscheinen geleitet haben. In der Diskussion äußerten mehrere Delegierte unter dem Beifall der Konferenz ihren Willen darüber, daß der Verbandsvorstand keine Artigationsanträge mehr aufzufordern, nur zweimal sollte er in leichter Stunde als Notnacht eingesetzt; das habe er abgesehen, denn er gehe nicht gern vorbereitet in solch wichtige Versammlungen. Zur Lofotfrage bemerkte er, daß derartige Fälle doch nur äußerst selten seien. Wo es irgend angängig sei, werde man in den von Deutlich gewünschten Sünden handeln, aber man müsse auch darauf achten, daß dabei nicht auch das Lofat für die Gewerkschaften verloren gehe. Besonders des Streiks in Lüneburg vertrat er nochmals seinen Standpunkt. Darauf wurde dem Gauvorstand einstimmig Entlastung erteilt.

Es folgte dann das Referat des Kollegen Weniger über den Verbandsstag. Er hebt die wichtigsten Verhältnisse hervor und schließt zugleich die Motive, die den Verbandsstag bei seinem Erscheinen geleitet haben. In der Diskussion äußerten mehrere Delegierte unter dem Beifall der Konferenz ihren Willen darüber, daß der Verbandsvorstand keine Artigationsanträge mehr aufzufordern, nur zweimal sollte er in leichter Stunde als Notnacht eingesetzt; das habe er abgesehen, denn er gehe nicht gern vorbereitet in solch wichtige Versammlungen. Zur Lofotfrage bemerkte er, daß derartige Fälle doch nur äußerst selten seien. Wo es irgend angängig sei, werde man in den von Deutlich gewünschten Sünden handeln, aber man müsse auch darauf achten, daß dabei nicht auch das Lofat für die Gewerkschaften verloren gehe. Besonders des Streiks in Lüneburg vertrat er nochmals seinen Standpunkt. Darauf wurde dem Gauvorstand einstimmig Entlastung erteilt.

Es folgte dann das Referat des Kollegen Weniger über den Verbandsstag. Er hebt die wichtigsten Verhältnisse hervor und schließt zugleich die Motive, die den Verbandsstag bei seinem Erscheinen geleitet haben. In der Diskussion äußerten mehrere Delegierte unter dem Beifall der Konferenz ihren Willen darüber, daß der Verbandsvorstand keine Artigationsanträge mehr aufzufordern, nur zweimal sollte er in leichter Stunde als Notnacht eingesetzt; das habe er abgesehen, denn er gehe nicht gern vorbereitet in solch wichtige Versammlungen. Zur Lofotfrage bemerkte er, daß derartige Fälle doch nur äußerst selten seien. Wo es irgend angängig sei, werde man in den von Deutlich gewünschten Sünden handeln, aber man müsse auch darauf achten, daß dabei nicht auch das Lofat für die Gewerkschaften verloren gehe. Besonders des Streiks in Lüneburg vertrat er nochmals seinen Standpunkt. Darauf wurde dem Gauvorstand einstimmig Entlastung erteilt.

Es folgte dann das Referat des Kollegen Weniger über den Verbandsstag. Er hebt die wichtigsten Verhältnisse hervor und schließt zugleich die Motive, die den Verbandsstag bei seinem Erscheinen geleitet haben. In der Diskussion äußerten mehrere Delegierte unter dem Beifall der Konferenz ihren Willen darüber, daß der Verbandsvorstand keine Artigationsanträge mehr aufzufordern, nur zweimal sollte er in leichter Stunde als Notnacht eingesetzt; das habe er abgesehen, denn er gehe nicht gern vorbereitet in solch wichtige Versammlungen. Zur Lofotfrage bemerkte er, daß derartige Fälle doch nur äußerst selten seien. Wo es irgend angängig sei, werde man in den von Deutlich gewünschten Sünden handeln, aber man müsse auch darauf achten, daß dabei nicht auch das Lofat für die Gewerkschaften verloren gehe. Besonders des Streiks in Lüneburg vertrat er nochmals seinen Standpunkt. Darauf wurde dem Gauvorstand einstimmig Entlastung erteilt.

Es folgte dann das Referat des Kollegen Weniger über den Verbandsstag. Er hebt die wichtigsten Verhältnisse hervor und schließt zugleich die Motive, die den Verbandsstag bei seinem Erscheinen geleitet haben. In der Diskussion äußerten mehrere Delegierte unter dem Beifall der Konferenz ihren Willen darüber, daß der Verbandsvorstand keine Artigationsanträge mehr aufzufordern, nur zweimal sollte er in leichter Stunde als Notnacht eingesetzt; das habe er abgesehen, denn er gehe nicht gern vorbereitet in solch wichtige Versammlungen. Zur Lofotfrage bemerkte er, daß derartige Fälle doch nur äußerst selten seien. Wo es irgend angängig sei, werde man in den von Deutlich gewünschten Sünden handeln, aber man müsse auch darauf achten, daß dabei nicht auch das Lofat für die Gewerkschaften verloren gehe. Besonders des Streiks in Lüneburg vertrat er nochmals seinen Standpunkt. Darauf wurde dem Gauvorstand einstimmig Entlastung erteilt.

Es folgte dann das Referat des Kollegen Weniger über den Verbandsstag. Er hebt die wichtigsten Verhältnisse hervor und schließt zugleich die Motive, die den Verbandsstag bei seinem Erscheinen geleitet haben. In der Diskussion äußerten mehrere Delegierte unter dem Beifall der Konferenz ihren Willen darüber, daß der Verbandsvorstand keine Artigationsanträge mehr aufzufordern, nur zweimal sollte er in leichter Stunde als Notnacht eingesetzt; das habe er abgesehen, denn er gehe nicht gern vorbereitet in solch wichtige Versammlungen. Zur Lofotfrage bemerkte er, daß derartige Fälle doch nur äußerst selten seien. Wo es irgend angängig sei, werde man in den von Deutlich gewünschten Sünden handeln, aber man müsse auch darauf achten, daß dabei nicht auch das Lofat für die Gewerkschaften verloren gehe. Besonders des Streiks in Lüneburg vertrat er nochmals seinen Standpunkt. Darauf wurde dem Gauvorstand einstimmig Entlastung erteilt.

Es folgte dann das Referat des Kollegen Weniger über den Verbandsstag. Er hebt die wichtigsten Verhältnisse hervor und schließt zugleich die Motive, die den Verbandsstag bei seinem Erscheinen geleitet haben. In der Diskussion äußerten mehrere Delegierte unter dem Beifall der Konferenz ihren Willen darüber, daß der Verbandsvorstand keine Artigationsanträge mehr aufzufordern, nur zweimal sollte er in leichter Stunde als Notnacht eingesetzt; das habe er abgesehen, denn er gehe nicht gern vorbereitet in solch wichtige Versammlungen. Zur Lofotfrage bemerkte er, daß derartige Fälle doch nur äußerst selten seien. Wo es irgend angängig sei, werde man in den von Deutlich gewünschten Sünden handeln, aber man müsse auch darauf achten, daß dabei nicht auch das Lofat für die Gewerkschaften verloren gehe. Besonders des Streiks in Lüneburg vertrat er nochmals seinen Standpunkt. Darauf wurde dem Gauvorstand einstimmig Entlastung erteilt.

Es folgte dann das Referat des Kollegen Weniger über den Verbandsstag. Er hebt die wichtigsten Verhältnisse hervor und schließt zugleich die Motive, die den Verbandsstag bei seinem Erscheinen geleitet haben. In der Diskussion äußerten mehrere Delegierte unter dem Beifall der Konferenz ihren Willen darüber, daß der Verbandsvorstand keine Artigationsanträge mehr aufzufordern, nur zweimal sollte er in leichter Stunde als Notnacht eingesetzt; das habe er abgesehen, denn er gehe nicht gern vorbereitet in solch wichtige Versammlungen. Zur Lofotfrage bemerkte er, daß derartige Fälle doch nur äußerst selten seien. Wo es irgend angängig sei, werde man in den von Deutlich gewünschten Sünden handeln, aber man müsse auch darauf achten, daß dabei nicht auch das Lofat für die Gewerkschaften verloren gehe. Besonders des Streiks in Lüneburg vertrat er nochmals seinen Standpunkt. Darauf wurde dem Gauvorstand einstimmig Entlastung erteilt.

Es folgte dann das Referat des Kollegen Weniger über den Verbandsstag. Er hebt die wichtigsten Verhältnisse hervor und schließt zugleich die Motive, die den Verbandsstag bei seinem Erscheinen geleitet haben. In der Diskussion äußerten mehrere Delegierte unter dem Beifall der Konferenz ihren Willen darüber, daß der Verbandsvorstand keine Artigationsanträge mehr aufzufordern, nur zweimal sollte er in leichter Stunde als Notnacht eingesetzt; das habe er abgesehen, denn er gehe nicht gern vorbereitet in solch wichtige Versammlungen. Zur Lofotfrage bemerkte er, daß derartige Fälle doch nur äußerst selten seien. Wo es irgend angängig sei, werde man in den von Deutlich gewünschten Sünden handeln, aber man müsse auch darauf achten, daß dabei nicht auch das Lofat für die Gewerkschaften verloren gehe. Besonders des Streiks in Lüneburg vertrat er nochmals seinen Standpunkt. Darauf wurde dem Gauvorstand einstimmig Entlastung erteilt.

Es folgte dann das Referat des Kollegen Weniger über den Verbandsstag. Er hebt die wichtigsten Verhältnisse hervor und schließt zugleich die Motive, die den Verbandsstag bei seinem Erscheinen geleitet haben. In der Diskussion äußerten mehrere Delegierte unter dem Beifall der Konferenz ihren Willen darüber, daß der Verbandsvorstand keine Artigationsanträge mehr aufzufordern, nur zweimal sollte er in leichter Stunde als Notnacht eingesetzt; das habe er abgesehen, denn er gehe nicht gern vorbereitet in solch wichtige Versammlungen. Zur Lofotfrage bemerkte er, daß derartige Fälle doch nur äußerst selten seien. Wo es irgend angängig sei, werde man in den von Deutlich gewünschten Sünden handeln, aber man müsse auch darauf achten, daß dabei nicht auch das Lofat für die Gewerkschaften verloren gehe. Besonders des Streiks in Lüneburg vertrat er nochmals seinen Standpunkt. Darauf wurde dem Gauvorstand einstimmig Entlastung erteilt.

Es folgte dann das Referat des Kollegen Weniger über den Verbandsstag. Er hebt die wichtigsten Verhältnisse hervor und schließt zugleich die Motive, die den Verbandsstag bei seinem Erscheinen geleitet haben. In der Diskussion äußerten mehrere Delegierte unter dem Beifall der Konferenz ihren Willen darüber, daß der Verbandsvorstand keine Artigationsanträge mehr aufzufordern, nur zweimal sollte er in leichter Stunde als Notnacht eingesetzt; das habe er abgesehen, denn er gehe nicht gern vorbereitet in solch wichtige Versammlungen. Zur Lofotfrage bemerkte er, daß derartige Fälle doch nur äußerst selten seien. Wo es irgend angängig sei, werde man in den von Deutlich gewünschten Sünden handeln, aber man müsse auch darauf achten, daß dabei nicht auch das Lofat für die Gewerkschaften verloren gehe. Besonders des Streiks in Lüneburg vertrat er nochmals seinen Standpunkt. Darauf wurde dem Gauvorstand einstimmig Entlastung erteilt.

Es folgte dann das Referat des Kollegen Weniger über den Verbandsstag. Er hebt die wichtigsten Verhältnisse hervor und schließt zugleich die Motive, die den Verbandsstag bei seinem Erscheinen geleitet haben. In der Diskussion äußerten mehrere Delegierte unter dem Beifall der Konferenz ihren Willen darüber, daß der Verbandsvorstand keine Artigationsanträge mehr aufzufordern, nur zweimal sollte er in leichter Stunde als Notnacht eingesetzt; das habe er abgesehen, denn er gehe nicht gern vorbereitet in solch wichtige Versammlungen. Zur Lofotfrage bemerkte er, daß derartige Fälle doch nur äußerst selten seien. Wo es irgend angängig sei, werde man in den von Deutlich gewünschten Sünden handeln, aber man müsse auch darauf achten, daß dabei nicht auch das Lofat für die Gewerkschaften verloren gehe. Besonders des Streiks in Lüneburg vertrat er nochmals seinen Standpunkt. Darauf wurde dem Gauvorstand einstimmig Entlastung erteilt.

Es folgte dann das Referat des Kollegen Weniger über den Verbandsstag. Er hebt die wichtigsten Verhältnisse hervor und schließt zugleich die Motive, die den Verbandsstag bei seinem Erscheinen geleitet haben. In der Diskussion äußerten mehrere Delegierte unter dem Beifall der Konferenz ihren Willen darüber, daß der Verbandsvorstand keine Artigationsanträge mehr aufzufordern, nur zweimal sollte er in leichter Stunde als Notnacht eingesetzt; das habe er abgesehen, denn er gehe nicht gern vorbereitet in solch wichtige Versammlungen. Zur Lofotfrage bemerkte er, daß derartige Fälle doch nur äußerst selten seien. Wo es irgend angängig sei, werde man in den von Deutlich gewünschten Sünden handeln, aber man müsse auch darauf achten, daß dabei nicht auch das Lofat für die Gewerkschaften verloren gehe. Besonders des Streiks in Lüneburg vertrat er nochmals seinen Standpunkt. Darauf wurde dem Gauvorstand einstimmig Entlastung erteilt.

Es folgte dann das Referat des Kollegen Weniger über den Verbandsstag. Er hebt die wichtigsten Verhältnisse hervor und schließt zugleich die Motive, die den Verbandsstag bei seinem Erscheinen geleitet haben. In der Diskussion äußerten mehrere Delegierte unter dem Beifall der Konferenz ihren Willen darüber, daß der Verbandsvorstand keine Artigationsanträge mehr aufzufordern, nur zweimal sollte er in leichter Stunde als Notnacht eingesetzt; das habe er abgesehen, denn er gehe nicht gern vorbereitet in solch wichtige Versammlungen. Zur Lofotfrage bemerkte er, daß derartige Fälle doch nur äußerst selten seien. Wo es irgend angängig sei, werde man in den von Deutlich gewünschten Sünden handeln, aber man müsse auch darauf achten, daß dabei nicht auch das Lofat für die Gewerkschaften verloren gehe. Besonders des Streiks in Lüneburg vertrat er nochmals seinen Standpunkt. Darauf wurde dem Gauvorstand einstimmig Entlastung erteilt.

Es folgte dann das Referat des Kollegen Weniger über den Verbandsstag. Er hebt die wichtigsten Verhältnisse hervor und schließt zugleich die Motive, die den Verbandsstag bei seinem Erscheinen geleitet haben. In der Diskussion äußerten mehrere Delegierte unter dem Beifall der Konferenz ihren Willen darüber, daß der Verbandsvorstand keine Artigationsanträge mehr aufzufordern, nur zweimal sollte er in leichter Stunde als Notnacht eingesetzt; das habe er abgesehen, denn er gehe nicht gern vorbereitet in solch wichtige Versammlungen. Zur Lofotfrage bemerkte er, daß derartige Fälle doch nur äußerst selten seien. Wo es irgend angängig sei, werde man in den von Deutlich gewünschten Sünden handeln, aber man müsse auch darauf achten, daß dabei nicht auch das Lofat für die Gewerkschaften verloren gehe. Besonders des Streiks in Lüneburg vertrat er nochmals seinen Standpunkt. Darauf wurde dem Gauvorstand einstimmig Entlastung erteilt.

Es folgte dann das Referat des Kollegen Weniger über den Verbandsstag. Er hebt die wichtigsten Verhältnisse hervor und schließt zugleich die Motive, die den Verbandsstag bei seinem Erscheinen geleitet haben. In der Diskussion äußerten mehrere Delegierte unter dem Beifall der Konferenz ihren Willen darüber, daß der Verbandsvorstand keine Artigationsanträge mehr aufzufordern, nur zweimal sollte er in leichter Stunde als Notnacht eingesetzt; das habe er abgesehen, denn er gehe nicht gern vorbereitet in solch wichtige Versammlungen. Zur Lofotfrage bemerkte er, daß derartige Fälle doch nur äußerst selten seien. Wo es irgend angängig sei, werde man in den von Deutlich gewünschten Sünden handeln, aber man müsse auch darauf achten, daß dabei nicht auch das Lofat für die Gewerkschaften verloren gehe. Besonders des Streiks in Lüneburg vertrat er nochmals seinen Standpunkt. Darauf wurde dem Gauvorstand einstimmig Entlastung erteilt.

Es folgte dann das Referat des Kollegen Weniger über den Verbandsstag. Er hebt die wichtigsten Verhältnisse hervor und schließt zugleich die Motive, die den Verbandsstag bei seinem Erscheinen geleitet haben. In der Diskussion äußerten mehrere Delegierte unter dem Beifall der Konferenz ihren Willen darüber, daß der Verbandsvorstand keine Artigationsanträge mehr aufzufordern, nur zweimal sollte er in leichter Stunde als Notnacht eingesetzt; das habe er abgesehen, denn er gehe nicht gern vorbereitet in solch wichtige Versammlungen. Zur Lofotfrage bemerkte er, daß derartige Fälle doch nur äußerst selten seien. Wo es irgend angängig sei, werde man in den von Deutlich gewünschten Sünden handeln, aber man müsse auch darauf achten, daß dabei nicht auch das Lofat für die Gewerkschaften verloren gehe. Besonders des Streiks in Lüneburg vertrat er nochmals seinen Standpunkt. Darauf wurde dem Gauvorstand einstimmig Entlastung erteilt.

Es folgte dann das Referat des Kollegen Weniger über den Verbandsstag. Er hebt die wichtigsten Verhältnisse hervor und schließt zugleich die Motive, die den Verbandsstag bei seinem Erscheinen geleitet haben. In der Diskussion äußerten mehrere Delegierte unter dem Beifall der Konferenz ihren Willen darüber, daß der Verbandsvorstand keine Artigationsanträge mehr aufzufordern, nur zweimal sollte er in leichter Stunde als Notnacht eingesetzt; das habe er abgesehen, denn er gehe nicht gern vorbereitet in solch wichtige Versammlungen. Zur Lofotfrage bemerkte er, daß derartige Fälle doch nur äußerst selten seien. Wo es irgend angängig sei, werde man in den von Deutlich gewünschten Sünden handeln, aber man müsse auch darauf achten, daß dabei nicht auch das Lofat für die Gewerkschaften verloren gehe. Besonders des Streiks in Lüneburg vertrat er nochmals seinen Standpunkt. Darauf wurde dem Gauvorstand einstimmig Entlastung erteilt.

Es folgte dann das Referat des Kollegen Weniger über den Verbandsstag. Er hebt die wichtigsten Verhältnisse hervor und schließt zugleich die Motive, die den Verbandsstag bei seinem Erscheinen geleitet haben. In der Diskussion äußerten mehrere Delegierte unter dem Beifall der Konferenz ihren Willen darüber, daß der Verbandsvorstand keine Artigationsanträge mehr aufzufordern, nur zweimal sollte er in leichter Stunde als Notnacht eingesetzt; das habe er abgesehen, denn er gehe nicht gern vorbereitet in solch wichtige Versammlungen. Zur Lofotfrage bemerkte er, daß derartige Fälle doch nur äußerst selten seien. Wo es irgend angängig sei, werde man in den von Deutlich gewünschten Sünden handeln, aber man müsse auch darauf achten, daß dabei nicht auch das Lofat für die Gewerkschaften verloren gehe. Besonders des Streiks in Lüneburg vertrat er nochmals seinen Standpunkt. Darauf wurde dem Gauvorstand einstimmig Entlastung erteilt.

Es folgte dann das Referat des Kollegen Weniger über den Verbandsstag. Er hebt die wichtigsten Verhältnisse hervor und schließt zugleich die Motive, die den Verbandsstag bei seinem Erscheinen geleitet haben. In der Diskussion äußerten mehrere Delegierte unter dem Beifall der Konferenz ihren Willen darüber, daß der Verbandsvorstand keine Artigationsanträge mehr aufzufordern, nur zweimal sollte er in leichter Stunde als Notnacht eingesetzt; das habe er abgesehen, denn er gehe nicht gern vorbereitet in solch wichtige Versammlungen. Zur Lofotfrage bemerkte er, daß derartige Fälle doch nur äußerst selten seien. Wo es irgend angängig sei, werde man in den von Deutlich gewünschten Sünden handeln, aber man müsse auch darauf achten, daß dabei nicht auch das Lofat für die Gewerkschaften verloren gehe. Besonders des Streiks in Lüneburg vertrat er nochmals seinen Standpunkt. Darauf wurde dem Gauvorstand einstimmig Entlastung erteilt.

Es folgte dann das Referat des Kollegen Weniger über den Verbandsstag. Er hebt die wichtigsten Verhältnisse hervor und schließt zugleich die Motive, die den Verbandsstag bei seinem Erscheinen geleitet haben. In der Diskussion äußerten mehrere Delegierte unter dem Beifall der Konferenz ihren Willen darüber, daß der Verbandsvorstand keine Artigationsanträge mehr aufzufordern, nur zweimal sollte er in leichter Stunde als Notnacht eingesetzt; das habe er abgesehen, denn er gehe nicht gern vorbereitet in solch wichtige Versammlungen. Zur Lofotfrage bemerkte er, daß derartige Fälle doch nur äußerst selten seien. Wo es irgend angängig sei, werde man in den von Deutlich gewünschten Sünden handeln, aber man müsse auch darauf achten, daß dabei nicht auch das Lofat für die Gewerkschaften verloren gehe. Besonders des Streiks in Lüneburg vertrat er nochmals seinen Standpunkt. Darauf wurde dem Gauvorstand einstimmig Entlastung erteilt.

Es folgte dann das Referat des Kollegen Weniger über den Verbandsstag. Er hebt die wichtigsten Verhältnisse hervor und schließt zugleich die Motive, die den Verbandsstag bei seinem Erscheinen geleitet haben. In der Diskussion äußerten mehrere Delegierte unter dem Beifall der Konferenz ihren Willen darüber, daß der Verbandsvorstand keine Artigationsanträge mehr aufzufordern, nur zweimal sollte er in leichter Stunde als Notnacht eingesetzt; das habe er abgesehen, denn er gehe nicht gern vorbereitet in solch wichtige Versammlungen. Zur Lofotfrage bemerkte er, daß derartige Fälle doch nur äußerst selten seien. Wo es irgend angängig sei, werde man in den von Deutlich gewünschten Sünden handeln, aber man müsse auch darauf achten, daß dabei nicht auch das Lofat für die Gewerkschaften verloren gehe. Besonders des Streiks in Lüneburg vertrat er nochmals seinen Standpunkt. Darauf wurde dem Gauvorstand einstimmig Entlastung erteilt.

Es folgte dann das Referat des Kollegen Weniger über den Verbandsstag. Er hebt die wichtigsten Verhältnisse hervor und schließt zugleich die Motive, die den Verbandsstag bei seinem Erscheinen geleitet haben. In der Diskussion äußerten mehrere Delegierte unter dem Beifall der Konferenz ihren Willen darüber, daß der Verbandsvorstand keine Artigationsanträge mehr aufzufordern, nur zweimal sollte er in leichter Stunde als Notnacht eingesetzt; das habe er abgesehen, denn er gehe nicht gern vorbereitet in solch wichtige Versammlungen. Zur Lofotfrage bemerkte er, daß derartige Fälle doch nur äußerst selten seien. Wo es irgend angängig sei, werde man in den von Deutlich gewünschten Sünden handeln, aber man müsse auch darauf achten, daß dabei nicht auch das Lofat für die Gewerkschaften verloren gehe. Besonders des Streiks in Lüneburg vertrat er nochmals seinen Standpunkt. Darauf wurde dem Gauvorstand einstimmig Entlastung erteilt.

Es folgte dann das Referat des Kollegen Weniger über den Verbandsstag. Er hebt die wichtigsten Verhältnisse hervor und schließt zugleich die Motive, die den Verbandsstag bei seinem Erscheinen geleitet haben. In der Diskussion äußerten mehrere Delegierte unter dem Beifall der Konferenz ihren Willen darüber, daß der Verbandsvorstand keine Artigationsanträge mehr aufzufordern, nur zweimal sollte er in leichter Stunde als Notnacht eingesetzt; das habe er abgesehen, denn er gehe nicht gern vorbereitet in solch wichtige Versammlungen. Zur Lofotfrage bemerkte er, daß derartige Fälle doch nur äußerst selten seien. Wo es irgend angängig sei, werde man in den von Deutlich gewünschten Sünden handeln, aber man müsse auch darauf achten, daß dabei nicht auch das Lofat für die Gewerkschaften verloren gehe. Besonders des Streiks in Lüneburg vertrat er nochmals seinen Standpunkt. Darauf wurde dem Gauvorstand einstimmig Entlastung erteilt.

Es folgte dann das Referat des Kollegen Weniger über den Verbandsstag. Er hebt die wichtigsten Verhältnisse hervor und schließt zugleich die Motive, die den Verbandsstag bei seinem Erscheinen geleitet haben. In der Diskussion äußerten mehrere Delegierte unter dem Beifall der Konferenz ihren Willen darüber, daß der Verbandsvorstand keine Artigationsanträge mehr aufzufordern, nur zweimal sollte er in leichter Stunde als Notnacht eingesetzt; das habe er abgesehen, denn er gehe nicht gern vorbereitet in solch wichtige Versammlungen. Zur Lofotfrage bemerkte er, daß derartige Fälle doch nur äußerst selten seien. Wo es irgend angängig sei, werde man in den von Deutlich gewünschten Sünden handeln, aber man müsse auch darauf achten, daß dabei nicht auch das Lofat für die Gewerkschaften verloren gehe. Besonders des Streiks in Lüneburg vertrat er nochmals seinen Standpunkt. Darauf wurde dem Gauvorstand einst

März. Anfang April wurde es besser. Voraussichtlich gestaltet sich die Baufortschrittskurve in diesem Jahre günstig. Die Agitation wurde durch ein Flugblatt des Bauvorstandes eingeleitet; denselben folgte das des Hauptvorstandes. Unsere Frühjahrsversammlungen, wie wir einen befriedigenden Besuch auf. Gegen Ende dieses Monats oder Anfang Mai finden in allen Bahnhofstellen Verhandlungen statt, in denen die Amtskontrolle eingeschlagen besprochen werden wird; die Bahnhofstellen müssen sich vorbereiten. Der Zweigverein erfreut sich auf 70 Bahnhofstellen und Sektionen. Die Mitgliederzahl beträgt am Schlusse des I. Quartals 3247. Der Zweigverein Worms hat beschlossen, sich aufzulösen und unserem Zweigverein anzuschließen; die Sicherheitsformalität ist beim Eröffnen dieses Gerichts bereits vollzogen. Außer 2 Generalversammlungen haben noch 74 Verhandlungen, 47 Plausiverhandlungen und 14 Sitzungen stattgefunden. Der Polizeichef erhöhte sich in diesem Quartal gegenüber dem gleichen Quartal des Vorjahren um 228 Sitzungen. Eine Konferenz der angrenzenden Zweigvereine, die am 7. April tagte, bestätigte sich mit den statutarischen Bestimmungen der §§ 46, 19a, 20 und 24a. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die heutige Konferenz, bestehend von den Zweigvereinen Mannheim-Ludwigshafen, Heidelberg, Schwetzingen, Speyer, Neustadt und Worms, spricht aus, daß die Bestimmungen des Statuts eingehalten werden müssen. Für alle Mitglieder, die im Zweigverein Mannheim-Ludwigshafen arbeiten, müssen die Beitragssummen von Mannheim bezogen werden und nach jedem Quartal muss mit dem Kassierer in Mannheim abgerechnet werden. Von jeder Beitragssumme verbleiben dem Zweigverein 10 %. Die Mitglieder sind angehalten, sich dort an- und abzumelden, wo sie in Arbeit stehen.“ In den Streichen, der in Fabrikbetrieben beschäftigten Maurer befand sich einiger Zeit Unzufriedenheit über die Lohnabgabung und ein gespanntes Verhältnis. In einer nur aus Fabrikmauern bestehenden Verhandlung am 21. April wurde folgender Beschluss gefasst: „Die heute in Mannheim tagende Versammlung der Maurer, die in Fabriken arbeiten, erklärt: daß der statutengemäßige Beitrag der vom Zweigverein beschlossene Lofsatzschlag auch für alle Fabrikmauerer Geltung hat. Die anwesenden Kollegen verpflichten sich, mit aller Kraft für Aufrechterhaltung der Organisation zu wirken und wieder gute Kontrolle einzuführen.“ Die Bahnhofstellen und Güterschlösser mögen diesen Beschluss vor die Pracht schicken. Die tarifmäßige Erhöhung des Lohnes am 1. April von 52 % auf 54 % zum Stunde ist ohne jegliche Störung erfolgt. Verschiedene Differenzen müsste die Verbandsleitung wiederholen. Bei Entlassungen gewöhnlicher Art, die von Maßregelungen nicht unterschieden werden, wird der Organisation unnötige Arbeit vertröstet; es empfiehlt sich, bei diesen Fragen vorsichtiger zu sein. Die Schlichtungskommission mußte dreimal in Funktion treten. Bauunternehmer hatten wie zwei, Fabriksperrnen eine, außerdem waren vier durch den Bimmerkreis und in fünf Fabriksperrnen in Wiesbaden gezogen. In 14 Orten und zwei Fabriksperrnen des Zweigvereins müssten die Tarife geändert werden. Erledigt sind bis jetzt die Lohnbestimmungen durch Tarifabschluß und Erhöhung des Lohnes pro Stunde bei Hohenheim um 3 %, Lampertheim 5 %, Wiesbaden 5 %, Ladenburg 2 %, Rheingönheim 2 %, Frankfurt 3 %. Belegschaftsjahr 25 %.
Der Lohn in der Automobilfabrik wurde einheitlich geregelt und in der Fabrik Wohlgelagte erhöhte sich der Lohn von 47 auf 49 %. Die Lohnbewegung der Gemeindeleute scheint einen friedlichen Verlauf zu nehmen; mit sechs Sitzungen ist Vertrag abgeschlossen. Der Streik in Wörth dauert unverändert fort; Streikbrecher sind oft zu verzeihen, die auch wie an anderen Orten das Unternehmertum nicht beginnen, sondern den Kampf verstetigen, und dadurch dem Unternehmer größeren Schaden zufügen. Die Stimmtung der Kollegen ist zuverlässid. Wenn nicht alle Angelegenheiten tragen, in das Eis im Schmelzen begriffen; es heißt: ausschären. Zur Mutterstadt spülen sich die Dinge zu; es wird wohl am Montag zum Streik kommen. Die Bauunternehmer über die Firma Eckart in Krautenthal, Schäfer in Rheingönheim und die Fabrik Kunheim & Co. in Rheinau ist aufgeklärt.

Osnabrück. Am 5. Mai hielten wir unsere regelmäßige Versammlung ab, die sich eines guten Besuchs erfreute. Der Vorsitzende sprach das neue Statut, mit dem man allseitig zufrieden war. Dann kam die Angelegenheit von dem Neubau des Unternehmers Trümper in der Johannisstraße zur Sprache. Leider haben bisher zwei von den dort entstehenden Kollegen noch keine Arbeit wieder erhalten. Über die Bausperre in Lüdinghausen (Unternehmer Becker aus Melle) wurde berichtet, daß dort zwei Kollegen als „Arbeitswillige“ beschäftigt waren. Die Sache ist jedoch nicht klar geklärt, denn es ist auch möglich, daß diese von der Fabrikleitung oder von der Hannoveraner Firma eingestellt worden sind. Der Vorsitzende soll die Sache untersuchen. Der Unternehmer Thürmann will seine Bausperre in Altona berichten lassen; einen Kollegen, der sich dagegen weigerte, hat er entlassen. Es wird ihm wohl nicht gelingen, aus Osnabrück Altona zu erhalten. Darauf beschäftigte man sich mit den Organisationsverhältnissen am Oste und beschloß einstimmig, daß sich der Vorstand mit dem Hauptvorstand bezügliche Einstellung eines Lofatalschlags in Verbindung setzen sollte. Am 8. Mai findet eine Delegiertenversammlung statt. Die nächste Versammlung ist am 15. Mai.

Bürohaupt. Die gutbesuchte Generalsammlung des Zweigvereins für das erste Quartal 1907 fand am 28. April b. S. im Lokale Sondermann, Duisburg-Baerstadt. Aus dem Quartalsbericht des Vertretensmannes ist hervorzuheben, daß die Zahl der Mitglieder am Quartalsende 888 betrug, gegen 684 am Schlusse des letzten Quartals 1906. Aufgenommen wurden im Quartal 188 Kollegen, und zwar 178 zum ersten und 9 zum zweiten Male. Beitragssummen wurden verlaufen: 3173 à 55 %, 178 à 50 %, 97 Arbeitslohnmarken und außerdem 8796 Lofatalschlagsmarken à 10 %. Die Einnahme für die Hauptfasse betrug M. 1791,85. Abgesandt wurden an die Hauptfasse M. 1187,49, der Rest Hauptfassgebel, M. 824,86, wurde am Ende verausgabt. Die Einnahme der Lofatalschlagskasse mit dem Bestand von M. 2233,66 M. 8436,92. Die Ausgaben betrugen M. 1184,52. Demnach ist ein Lofatalschlagsbestand von M. 2302,40 gegen M. 688,12 am Schlusse des ersten Quartals 1907 vorhanden. Infolge des strengen Winters war der Versammlungsbetrieb in den Bahnhofstellen nicht besonders gut. Es fanden 16 Mitgliederversammlungen und 14 Begegnungen statt. Zu 17 Versammlungen reip. Begegnungen waren Vertreter des Zweigvereinsvorstandes anwesend, die durch Vorträge und sonstige agitatorisch wirkende Anregungen manche Belehrung für die Kollegen boten. Leider stehen uns in den

Bahnhofstellen Hochscheibe, Marxloh, Meiderich, Dinslaken und Rheinberg Lokale zum Abhalten von Versammlungen nicht zur Verfügung. Die Arbeitsgelegenheit war im Zweigvereinsgebiet im ersten Quartal nicht so günstig wie in den vorhergehenden Jahren. Nur im Bezirk Homberg-Wörs war infolge von Neuanlagen von Zechen, Koksereien und Fabriken selbst im Winter gute Arbeitsgelegenheit, die sich bei Beginn des Safton noch erheblich steigerte. Unsere Frühjahrsagitation war auch in diesem Jahre mit hohen Erfolgen getroffen. Auch hier finden wir den Bezirk Homberg-Wörs-Meiderich (links des Rheins) infolge der günstigen Arbeitsgelegenheit in bezug auf Neuauflnahmen an erster Stelle. Hier wurden 185 Kollegen dem Verband durch Agitation neu zugeschlagen. Im Gebiet Muhrdorf-Meiderich-Haibach wurden 56 Kollegen neu gewonnen. Im Anschluß an den Bericht erinnerte der Vertretensmann die Kollegen, daß noch immer Indifferente im Zweigvereinsgebiet vorhanden sind, die Agitation im zweiten Quartal mit demselben Eifer fortzusetzen. Sodann erhielt das Wort der Kollegen Bürgers zu seinem Bericht über: „Die Verhandlungen des Verbandsrates zu Köln“. Neben schilderte in eingehender Weise die Verhandlungen und machte auf alle Beschlüsse, die zu den einzelnen Punkten der Tagesordnung gefasst worden sind, aufmerksam. Besonders der neuen Beschlüsse zum Verbandsstatut wies er auf die Erweiterung der Kranken- und Altersunterstützung im Winter und bei Streiks hin. Zum Schlusse verwies der Redner auf das in den nächsten Tagen neu erscheinende Verbandsstatut sowie auf die Verbandsabstagsprotokolle (leitere sind zum Preise von 20 % pro Stück beim Zweigvereinsvorstand zu haben) und erfuhr die Kollegen, die sich genial zu studieren, um von allen Beschlüssen genau unterrichtet zu sein. Im Anschluß hieran wurde mit 117 gegen 22 Stimmen beschlossen, den Verbandsbeitrag von 55 % auf 65 pro Woche zu erhöhen. Im nächsten Punkt der Tagesordnung: „Wahl der Delegierten zu Konferenz“, wurden die Kollegen Janzen-Meiderich, Bürgers-Muhrdorf, Hammrichsleger-Meiderich, Dreyer-Hamborn und Köring-Hochscheid gewählt. Auf Antrag der Bahnhofstellen Marxloh und Wörs wurde zwei Kollegen eine Drucksatzförderung von M. 10 reip. 15 bewilligt und dann nach einem feierlichen Schlusswort des Vorsitzenden die Verhandlung geschlossen.

Stettin. Am 17. April fand unsere Versammlung statt. Zum Bau des Gewerkschaftshauses wurden nach dem Referat von Petersdorf M. 2000 bewilligt. Den Bericht vom neunten Verbandsjahr gab Schlinke. In der Diskussion sprechen sich mehrere Kollegen hörer gegen die Gehaltsabnahme der Beamten aus, weil dieselben in vielen Dingen das doppelte an Gehalt bekommen, was ein Maurer höchst verdient. Siebzehn meint, wenn so mit unserem Gelde gewirtschaftet werde, sollten wir lieber unseren Zweigverein aufsuchen. Petersdorf meint, man müsse zum nächsten Verbandsstag den Antrag stellen, die Geheftsfrage durch Abstimmung zu regeln. Wir müßten fortwährend Kritik führen; damit die Kollegen in Deutschland auf diesen Punkt aufmerksam werden. Nach der Ansicht Helfers ist nicht der Verbandsvorstand, sondern sämtliche Delegierte, die dafür gestimmt haben, hierfür verantwortlich zu machen. Von einem Austritt aus dem Verband könnte keine Rede sein, dadurch gingen wir unserer Debatte verlustig, die Organisation hätte doch mehr als bisher. Vonkowsky weiß darauf hin, daß die vommerlichen Delegierten konzentriert haben, wenn sie gegen die Gehaltsabnahme gestimmt haben. Den Vorschlag eines Kollegen wurde stattgegeben.

— In der Versammlung vom 26. April verlas der Kassierer die Abrechnung vom ersten Quartal. Die Einnahme und Ausgabe für die Hauptfasse betrug sich auf M. 1182,70. Die Einnahme der Lofatalschlag betrug M. 6413,61, die Ausgabe M. 6863,91, so daß ein Kassenbilanz von M. 5579,70 verblieb. Nach einem Vortrag des Kollegen Schauer über die Bedeutung des 1. Mai nahm noch heftiger Debatte die Resolution des aktiven Verbandslages an, wonach es jedem Kollegen zur moralischen Pflicht gemacht wird, sowohl es ohne Schwäche seiner wirtschaftlichen Interessen möglich ist, den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu feiern. Als Schädigung wirtschaftlicher Interessen ist die Einbuße des Lohnes für den Tag nicht anzusehen. Zur Kontrolle der Feiernden soll am 1. Mai Morgens von 6 bis 7 Uhr bei Bischofsenthal abgestimmt werden. Schlinke berichtet über die Spende des Politiker Unternehmers Paape, der in Neu-Westend eine Villa baute. Da er (Paape) seine Mauerer defunierten kann, hat er die Arbeit zum Schein einem anderen übertragen, doch seine Müh und seine drei Hauseizeln sind geblieben. Der neue Unternehmer soll Sterlling erhalten, er gibt an, er zahlte Stettiner Lohn, bekannt sowiel Maurer, wie er haben will und verbietet sich jede Belästigung von unserer Seite. Die Spende über Gull, Arbeitsstelle Heinrichstr. 36, bleibt gleichfalls bestehen, da noch verschiedene Kollegen von diesem Lohn zu fordern haben. Den Kollegen von Selschen, Lindenstraße, wurde eine Sammelleistung auf 2 Tage zugewiesen.

Thorn. Am 25. April tagte hier eine gut besuchte Mauererversammlung. Der Kassierer erläuterte den Kostenbericht vom ersten Quartal. Da Einbruch dagegen nicht erhoben wurde, erhielt auf Antrag des Revisors der Kassierer Entlastung. In kurzen Worten referierte der erste Vorsitzende, Kollege Melkowksi, über den 1. Mai. Auch erinnerte er die Kollegen, daß politisch zu organisieren, damit wir in späterer Zeit den 1. Mai durch Arbeitsruhe feiern können. Feiner wurde beschlossen, daß die Ausgabe pro Quadratmeter nicht unter M. 1,60, Untersatzende pro Quadratmeter nicht unter 60 % zu melden; wenn schwierige Arbeit vorhanden ist, soll der Preis freier Vereinbarung unterliegen. Ausweisp. soll nicht unter 26 % pro Quadratmeter gemacht werden. In der Versammlung befinden sich mehrere Kollegen von dem politischen Bochumer Verein. Es wurde ihnen angezeigt, was unser Verband leistet, und daß er eine Kampfsorganisation und nicht ein Unterstützungsverein wie der politische Verein sei. Mit einem Hoch auf den Centralverband der Maurer Deutschlands, Zweigverein Thorn, wurde die Versammlung geschlossen.

Ulm. Seit einigen Wochen dürfen wieder alle organisierten Kollegen arbeiten. Der im vorigen Jahr geführte Kampf hat die Unternehmer in dieser Jahre noch heftig geschwächt und deshalb wurde an einigen Kollegen die Kasse ausgelassen; sie wurden auf die Strafe gestellt und gemahngewiesen. Konsulatort muß allerdings werden, daß dies nicht nur die älteren Meister sind, sondern besonders die aus Arbeitern hervorgegangenen Poliere. Unter diesen hat sich hauptsächlich der Polier Appel bei dem Unternehmer Krugler herborgetan. Dieser hatte beharrlich organisierte Kollegen unter sich. Als der Bau unter Dach war, rief er begeistert aus: „Jetzt müssen sie aus, jetzt sollen

sie freilen.“ Die Kollegen wurden alle bis auf einen entlassen. Jetzt glauben viele Unternehmer und damit strafen zu können, daß ganze Dauter im Alltag an Statuinen vergebett werden. Wie weit die Unternehmer damit kommen werden, wird sich bald herausstellen. Bis bedauern ist, daß die Bauherren, die doch mit den deutschen Arbeitern vertragen ein Geschäft zu machen redig, machen können, nicht mehr auf die ihnen geleistete Arbeit sehen. Nach dem gegenwärtigen Verhältnis unserer ehemaligen Kollegen betrifft Zugehörigkeit zur Organisation, ist es allerdings den Unternehmern sehr leicht, alles was ihnen paßt oder nicht paßt durchzuführen. Von den noch ca. 180 organisierten Kollegen wurde nun der Beruf gemacht, in der Zeit sehr gute Baufortschritte, das im vorigen Jahre nicht erreicht werden konnten. Die Zweigvereinsleitung wurde beauftragt sich mit den Hirsch-Dindorf und Großstädten in Verbindung zu setzen. Es sind dies nur schwache Organisationen, aber um den fortwährenden Vorwürfen vorzubeugen, wurde dem Wunsche der Kollegen Nachdruck getragen. Gemeinsame Sitzungen werden abgehalten und der Schluss davon war: Von neuem an die Ulmer Maurer zu appellieren, um endlich Niederrhein nachzuholen. Die Zweigvereinsleitung wurde beauftragt sich mit den Hirsch-Dindorf und Großstädten in Verbindung zu setzen. Es sind dies nur schwache Organisationen, aber um den fortwährenden Vorwürfen vorzubeugen, wurde dem Wunsche der Kollegen Nachdruck getragen. Gemeinsame Sitzungen werden abgehalten und der Schluss davon war: Von neuem an die Ulmer Maurer zu appellieren, um endlich Niederrhein nachzuholen. Die Zweigvereinsleitung wurde beauftragt sich mit den Hirsch-Dindorf und Großstädten in Verbindung zu setzen. Es sind dies nur schwache Organisationen, aber um den fortwährenden Vorwürfen vorzubeugen, wurde dem Wunsche der Kollegen Nachdruck getragen. Gemeinsame Sitzungen werden abgehalten und der Schluss davon war: Von neuem an die Ulmer Maurer zu appellieren, um endlich Niederrhein nachzuholen. Die Zweigvereinsleitung wurde beauftragt sich mit den Hirsch-Dindorf und Großstädten in Verbindung zu setzen. Es sind dies nur schwache Organisationen, aber um den fortwährenden Vorwürfen vorzubeugen, wurde dem Wunsche der Kollegen Nachdruck getragen. Gemeinsame Sitzungen werden abgehalten und der Schluss davon war: Von neuem an die Ulmer Maurer zu appellieren, um endlich Niederrhein nachzuholen. Die Zweigvereinsleitung wurde beauftragt sich mit den Hirsch-Dindorf und Großstädten in Verbindung zu setzen. Es sind dies nur schwache Organisationen, aber um den fortwährenden Vorwürfen vorzubeugen, wurde dem Wunsche der Kollegen Nachdruck getragen. Gemeinsame Sitzungen werden abgehalten und der Schluss davon war: Von neuem an die Ulmer Maurer zu appellieren, um endlich Niederrhein nachzuholen. Die Zweigvereinsleitung wurde beauftragt sich mit den Hirsch-Dindorf und Großstädten in Verbindung zu setzen. Es sind dies nur schwache Organisationen, aber um den fortwährenden Vorwürfen vorzubeugen, wurde dem Wunsche der Kollegen Nachdruck getragen. Gemeinsame Sitzungen werden abgehalten und der Schluss davon war: Von neuem an die Ulmer Maurer zu appellieren, um endlich Niederrhein nachzuholen. Die Zweigvereinsleitung wurde beauftragt sich mit den Hirsch-Dindorf und Großstädten in Verbindung zu setzen. Es sind dies nur schwache Organisationen, aber um den fortwährenden Vorwürfen vorzubeugen, wurde dem Wunsche der Kollegen Nachdruck getragen. Gemeinsame Sitzungen werden abgehalten und der Schluss davon war: Von neuem an die Ulmer Maurer zu appellieren, um endlich Niederrhein nachzuholen. Die Zweigvereinsleitung wurde beauftragt sich mit den Hirsch-Dindorf und Großstädten in Verbindung zu setzen. Es sind dies nur schwache Organisationen, aber um den fortwährenden Vorwürfen vorzubeugen, wurde dem Wunsche der Kollegen Nachdruck getragen. Gemeinsame Sitzungen werden abgehalten und der Schluss davon war: Von neuem an die Ulmer Maurer zu appellieren, um endlich Niederrhein nachzuholen. Die Zweigvereinsleitung wurde beauftragt sich mit den Hirsch-Dindorf und Großstädten in Verbindung zu setzen. Es sind dies nur schwache Organisationen, aber um den fortwährenden Vorwürfen vorzabeugen, wurde dem Wunsche der Kollegen Nachdruck getragen. Gemeinsame Sitzungen werden abgehalten und der Schluss davon war: Von neuem an die Ulmer Maurer zu appellieren, um endlich Niederrhein nachzuholen. Die Zweigvereinsleitung wurde beauftragt sich mit den Hirsch-Dindorf und Großstädten in Verbindung zu setzen. Es sind dies nur schwache Organisationen, aber um den fortwährenden Vorwürfen vorzabeugen, wurde dem Wunsche der Kollegen Nachdruck getragen. Gemeinsame Sitzungen werden abgehalten und der Schluss davon war: Von neuem an die Ulmer Maurer zu appellieren, um endlich Niederrhein nachzuholen. Die Zweigvereinsleitung wurde beauftragt sich mit den Hirsch-Dindorf und Großstädten in Verbindung zu setzen. Es sind dies nur schwache Organisationen, aber um den fortwährenden Vorwürfen vorzabeugen, wurde dem Wunsche der Kollegen Nachdruck getragen. Gemeinsame Sitzungen werden abgehalten und der Schluss davon war: Von neuem an die Ulmer Maurer zu appellieren, um endlich Niederrhein nachzuholen. Die Zweigvereinsleitung wurde beauftragt sich mit den Hirsch-Dindorf und Großstädten in Verbindung zu setzen. Es sind dies nur schwache Organisationen, aber um den fortwährenden Vorwürfen vorzabeugen, wurde dem Wunsche der Kollegen Nachdruck getragen. Gemeinsame Sitzungen werden abgehalten und der Schluss davon war: Von neuem an die Ulmer Maurer zu appellieren, um endlich Niederrhein nachzuholen. Die Zweigvereinsleitung wurde beauftragt sich mit den Hirsch-Dindorf und Großstädten in Verbindung zu setzen. Es sind dies nur schwache Organisationen, aber um den fortwährenden Vorwürfen vorzabeugen, wurde dem Wunsche der Kollegen Nachdruck getragen. Gemeinsame Sitzungen werden abgehalten und der Schluss davon war: Von neuem an die Ulmer Maurer zu appellieren, um endlich Niederrhein nachzuholen. Die Zweigvereinsleitung wurde beauftragt sich mit den Hirsch-Dindorf und Großstädten in Verbindung zu setzen. Es sind dies nur schwache Organisationen, aber um den fortwährenden Vorwürfen vorzabeugen, wurde dem Wunsche der Kollegen Nachdruck getragen. Gemeinsame Sitzungen werden abgehalten und der Schluss davon war: Von neuem an die Ulmer Maurer zu appellieren, um endlich Niederrhein nachzuholen. Die Zweigvereinsleitung wurde beauftragt sich mit den Hirsch-Dindorf und Großstädten in Verbindung zu setzen. Es sind dies nur schwache Organisationen, aber um den fortwährenden Vorwürfen vorzabeugen, wurde dem Wunsche der Kollegen Nachdruck getragen. Gemeinsame Sitzungen werden abgehalten und der Schluss davon war: Von neuem an die Ulmer Maurer zu appellieren, um endlich Niederrhein nachzuholen. Die Zweigvereinsleitung wurde beauftragt sich mit den Hirsch-Dindorf und Großstädten in Verbindung zu setzen. Es sind dies nur schwache Organisationen, aber um den fortwährenden Vorwürfen vorzabeugen, wurde dem Wunsche der Kollegen Nachdruck getragen. Gemeinsame Sitzungen werden abgehalten und der Schluss davon war: Von neuem an die Ulmer Maurer zu appellieren, um endlich Niederrhein nachzuholen. Die Zweigvereinsleitung wurde beauftragt sich mit den Hirsch-Dindorf und Großstädten in Verbindung zu setzen. Es sind dies nur schwache Organisationen, aber um den fortwährenden Vorwürfen vorzabeugen, wurde dem Wunsche der Kollegen Nachdruck getragen. Gemeinsame Sitzungen werden abgehalten und der Schluss davon war: Von neuem an die Ulmer Maurer zu appellieren, um endlich Niederrhein nachzuholen. Die Zweigvereinsleitung wurde beauftragt sich mit den Hirsch-Dindorf und Großstädten in Verbindung zu setzen. Es sind dies nur schwache Organisationen, aber um den fortwährenden Vorwürfen vorzabeugen, wurde dem Wunsche der Kollegen Nachdruck getragen. Gemeinsame Sitzungen werden abgehalten und der Schluss davon war: Von neuem an die Ulmer Maurer zu appellieren, um endlich Niederrhein nachzuholen. Die Zweigvereinsleitung wurde beauftragt sich mit den Hirsch-Dindorf und Großstädten in Verbindung zu setzen. Es sind dies nur schwache Organisationen, aber um den fortwährenden Vorwürfen vorzabeugen, wurde dem Wunsche der Kollegen Nachdruck getragen. Gemeinsame Sitzungen werden abgehalten und der Schluss davon war: Von neuem an die Ulmer Maurer zu appellieren, um endlich Niederrhein nachzuholen. Die Zweigvereinsleitung wurde beauftragt sich mit den Hirsch-Dindorf und Großstädten in Verbindung zu setzen. Es sind dies nur schwache Organisationen, aber um den fortwährenden Vorwürfen vorzabeugen, wurde dem Wunsche der Kollegen Nachdruck getragen. Gemeinsame Sitzungen werden abgehalten und der Schluss davon war: Von neuem an die Ulmer Maurer zu appellieren, um endlich Niederrhein nachzuholen. Die Zweigvereinsleitung wurde beauftragt sich mit den Hirsch-Dindorf und Großstädten in Verbindung zu setzen. Es sind dies nur schwache Organisationen, aber um den fortwährenden Vorwürfen vorzabeugen, wurde dem Wunsche der Kollegen Nachdruck getragen. Gemeinsame Sitzungen werden abgehalten und der Schluss davon war: Von neuem an die Ulmer Maurer zu appellieren, um endlich Niederrhein nachzuholen. Die Zweigvereinsleitung wurde beauftragt sich mit den Hirsch-Dindorf und Großstädten in Verbindung zu setzen. Es sind dies nur schwache Organisationen, aber um den fortwährenden Vorwürfen vorzabeugen, wurde dem Wunsche der Kollegen Nachdruck getragen. Gemeinsame Sitzungen werden abgehalten und der Schluss davon war: Von neuem an die Ulmer Maurer zu appellieren, um endlich Niederrhein nachzuholen. Die Zweigvereinsleitung wurde beauftragt sich mit den Hirsch-Dindorf und Großstädten in Verbindung zu setzen. Es sind dies nur schwache Organisationen, aber um den fortwährenden Vorwürfen vorzabeugen, wurde dem Wunsche der Kollegen Nachdruck getragen. Gemeinsame Sitzungen werden abgehalten und der Schluss davon war: Von neuem an die Ulmer Maurer zu appellieren, um endlich Niederrhein nachzuholen. Die Zweigvereinsleitung wurde beauftragt sich mit den Hirsch-Dindorf und Großstädten in Verbindung zu setzen. Es sind dies nur schwache Organisationen, aber um den fortwährenden Vorwürfen vorzabeugen, wurde dem Wunsche der Kollegen Nachdruck getragen. Gemeinsame Sitzungen werden abgehalten und der Schluss davon war: Von neuem an die Ulmer Maurer zu appellieren, um endlich Niederrhein nachzuholen. Die Zweigvereinsleitung wurde beauftragt sich mit den Hirsch-Dindorf und Großstädten in Verbindung zu setzen. Es sind dies nur schwache Organisationen, aber um den fortwährenden Vorwürfen vorzabeugen, wurde dem Wunsche der Kollegen Nachdruck getragen. Gemeinsame Sitzungen werden abgehalten und der Schluss davon war: Von neuem an die Ulmer Maurer zu appellieren, um endlich Niederrhein nachzuholen. Die Zweigvereinsleitung wurde beauftragt sich mit den Hirsch-Dindorf und Großstädten in Verbindung zu setzen. Es sind dies nur schwache Organisationen, aber um den fortwährenden Vorwürfen vorzabeugen, wurde dem Wunsche der Kollegen Nachdruck getragen. Gemeinsame Sitzungen werden abgehalten und der Schluss davon war: Von neuem an die Ulmer Maurer zu appellieren, um endlich Niederrhein nachzuholen. Die Zweigvereinsleitung wurde beauftragt sich mit den Hirsch-Dindorf und Großstädten in Verbindung zu setzen. Es sind dies nur schwache Organisationen, aber um den fortwährenden Vorwürfen vorzabeugen, wurde dem Wunsche der Kollegen Nachdruck getragen. Gemeinsame Sitzungen werden abgehalten und der Schluss davon war: Von neuem an die Ulmer Maurer zu appellieren, um endlich Niederrhein nachzuholen. Die Zweigvereinsleitung wurde beauftragt sich mit den Hirsch-Dindorf und Großstädten in Verbindung zu setzen. Es sind dies nur schwache Organisationen, aber um den fortwährenden Vorwürfen vorzabeugen, wurde dem Wunsche der Kollegen Nachdruck getragen. Gemeinsame Sitzungen werden abgehalten und der Schluss davon war: Von neuem an die Ulmer Maurer zu appellieren, um endlich Niederrhein nachzuholen. Die Zweigvereinsleitung wurde beauftragt sich mit den Hirsch-Dindorf und Großstädten in Verbindung zu setzen. Es sind dies nur schwache Organisationen, aber um den fortwährenden Vorwürfen vorzabeugen, wurde dem Wunsche der Kollegen Nachdruck getragen. Gemeinsame Sitzungen werden abgehalten und der Schluss davon war: Von neuem an die Ulmer Maurer zu appellieren, um endlich Niederrhein nachzuholen. Die Zweigvereinsleitung wurde beauftragt sich mit den Hirsch-Dindorf und Großstädten in Verbindung zu setzen. Es sind dies nur schwache Organisationen, aber um den fortwährenden Vorwürfen vorzabeugen, wurde dem Wunsche der Kollegen Nachdruck getragen. Gemeinsame Sitzungen werden abgehalten und der Schluss davon war: Von neuem an die Ulmer Maurer zu appellieren, um endlich Niederrhein nachzuholen. Die Zweigvereinsleitung wurde beauftragt sich mit den Hirsch-Dindorf und Großstädten in Verbindung zu setzen. Es sind dies nur schwache Organisationen, aber um den fortwährenden Vorwürfen vorzabeugen, wurde dem Wunsche der Kollegen Nachdruck getragen. Gemeinsame Sitzungen werden abgehalten und der Schluss davon war: Von neuem an die Ulmer Maurer zu appellieren, um endlich Niederrhein nachzuholen. Die Zweigvereinsleitung wurde beauftragt sich mit den Hirsch-Dindorf und Großstädten in Verbindung zu setzen. Es sind dies nur schwache Organisationen, aber um den fortwährenden Vorwürfen vorzabeugen, wurde dem Wunsche der Kollegen Nachdruck getragen. Gemeinsame Sitzungen werden abgehalten und der Schluss davon war: Von neuem an die Ulmer Maurer zu appellieren, um endlich Niederrhein nachzuholen. Die Zweigvereinsleitung wurde beauftragt sich mit den Hirsch-Dindorf und Großstädten in Verbindung zu setzen. Es sind dies nur schwache Organisationen, aber um den fortwährenden Vorwürfen vorzabeugen, wurde dem Wunsche der Kollegen Nachdruck getragen. Gemeinsame Sitzungen werden abgehalten und der Schluss davon war: Von neuem an die Ulmer Maurer zu appellieren, um endlich Niederrhein nachzuholen. Die Zweigvereinsleitung wurde beauftragt sich mit den Hirsch-Dindorf und Großstädten in Verbindung zu setzen. Es sind dies nur schwache Organisationen, aber um den fortwährenden Vorwürfen vorzabeugen, wurde dem Wunsche der Kollegen Nachdruck getragen. Gemeinsame Sitzungen werden abgehalten und der Schluss davon war: Von neuem an die Ulmer Maurer zu appellieren, um endlich Niederrhein nachzuholen. Die Zweigvereinsleitung wurde beauftragt sich mit den Hirsch-Dindorf und Großstädten in Verbindung zu setzen. Es sind dies nur schwache Organisationen, aber um den fortwährenden Vorwürfen vorzabeugen, wurde dem Wunsche der Kollegen Nachdruck getragen. Gemeinsame Sitzungen werden abgehalten und der Schluss davon war: Von neuem an die Ulmer Maurer zu appellieren, um endlich Niederrhein nachzuholen. Die Zweigvereinsleitung wurde beauftragt sich mit den Hirsch-Dindorf und Großstädten in Verbindung zu setzen. Es sind dies nur schwache Organisationen, aber um den fortwährenden Vorwürfen vorzabeugen, wurde dem Wunsche der Kollegen Nachdruck getragen. Gemeinsame Sitzungen werden abgehalten und der Schluss davon war: Von neuem an die Ulmer Maurer zu appellieren, um endlich Niederrhein nachzuholen. Die Zweigvereinsleitung wurde beauftragt sich mit den Hirsch-Dindorf und Großstädten in Verbindung zu setzen. Es sind dies nur schwache Organisationen, aber um den fortwährenden Vorwürfen vorzabeugen, wurde dem Wunsche der Kollegen Nachdruck getragen. Gemeinsame Sitzungen werden abgehalten und der Schluss davon war: Von neuem an die Ulmer Maurer zu appellieren, um endlich Niederrhein nachzuholen. Die Zweigvereinsleitung wurde beauftragt sich mit den Hirsch-Dindorf und Großstädten in Verbindung zu setzen. Es sind dies nur schwache Organisationen, aber um den fortwährenden Vorwürfen vorzabeugen, wurde dem Wunsche der Kollegen Nachdruck getragen. Gemeinsame Sitzungen werden abgehalten und der Schluss davon war: Von neuem an die Ulmer Maurer zu appellieren, um endlich Niederrhein nachzuholen. Die Zweigvereinsleitung wurde beauftragt sich mit den Hirsch-Dindorf und Großstädten in Verbindung zu setzen. Es sind dies nur schwache Organisationen, aber um den fortwährenden Vorwürfen vorzabeugen, wurde dem Wunsche der Kollegen Nachdruck getragen. Gemeinsame Sitzungen werden abgehalten und der Schluss davon war: Von neuem an die Ulmer Maurer zu appellieren, um endlich Niederrhein nachzuholen. Die Zweigvereinsleitung wurde beauftragt sich mit den Hirsch-Dindorf und Großstädten in Verbindung zu setzen. Es sind dies nur schwache Organisationen, aber um den fortwährenden Vorwürfen vorzabeugen, wurde dem Wunsche der Kollegen Nachdruck getragen. Gemeinsame Sitzungen werden abgehalten und der Schluss davon war: Von neuem an die Ulmer Maurer zu appellieren, um endlich Niederrhein nachzuholen. Die Zweigvereinsleitung wurde beauftragt sich mit den Hirsch-Dindorf und Großstädten in Verbindung zu setzen. Es sind dies nur schwache Organisationen, aber um den fortwährenden Vorwürfen vorzabeugen, wurde dem Wunsche der Kollegen Nachdruck getragen. Gemeinsame Sitzungen werden abgehalten und der Schluss davon war: Von neuem an die Ulmer Maurer zu appellieren, um endlich Niederrhein nachzuholen. Die Zweigvereinsleitung wurde beauftragt sich mit den Hirsch-Dindorf und Großstädten in Verbindung zu setzen. Es sind dies nur schwache Organisationen, aber um den fortwährenden Vorwürfen vorzabeugen, wurde dem Wunsche der Kollegen Nachdruck getragen. Gemeinsame Sitzungen werden abgehalten und der Schluss davon war: Von neuem an die Ulmer Maurer zu appellieren, um endlich Niederrhein nachzuholen. Die Zweigvereinsleitung wurde beauftragt sich mit den Hirsch-Dindorf und Großstädten in Verbindung zu setzen. Es sind dies nur schwache Organisationen, aber um den fortwährenden Vorwürfen vorzabeugen, wurde dem Wunsche der Kollegen Nachdruck getragen. Gemeinsame Sitzungen werden abgehalten und der Schluss davon war: Von neuem an die Ulmer Maurer zu appellieren, um endlich Niederrhein nachzuholen. Die Zweigvereinsleitung wurde beauftragt sich mit den Hirsch-Dindorf und Großstädten in Verbindung zu setzen. Es sind dies nur schwache Organisationen, aber um den fortwährenden Vorwürfen vorzabeugen, wurde dem Wunsche der Kollegen Nachdruck getragen. Gemeinsame Sitzungen werden abgehalten und der Schluss davon war: Von neuem an die Ulmer Maurer zu appellieren, um endlich Niederrhein nachzuholen. Die Zweigvereinsleitung wurde beauftragt sich mit den Hirsch-Dindorf und Großstädten in Verbindung zu setzen. Es sind dies nur schwache Organisationen, aber um den fortwährenden Vorwürfen vorzabeugen, wurde dem Wunsche der Kollegen Nachdruck getragen. Gemeinsame Sitzungen werden abgehalten und der Schluss davon war: Von neuem an die Ulmer Maurer zu appellieren, um endlich Niederrhein nachzuholen. Die Zweigvereinsleitung wurde beauftragt sich mit den Hirsch-Dindorf und Großstädten in Verbindung zu setzen. Es sind dies nur schwache Organisationen, aber um den fortwährenden Vorwürfen vorzabeugen, wurde dem Wunsche der Kollegen Nachdruck getragen. Gemeinsame Sitzungen werden abgehalten und der Schluss davon war: Von neuem an die Ulmer Maurer zu appellieren, um endlich Niederrhein nachzuholen. Die Zweigvereinsleitung wurde beauftragt sich mit den Hirsch-Dindorf und Großstädten in Verbindung zu setzen. Es sind dies nur schwache Organisationen, aber um den fortwährenden Vorwürfen vorzabeugen, wurde dem Wunsche der Kollegen Nachdruck getragen. Gemeinsame Sitzungen werden abgehalten und der Schluss davon war: Von neuem an die Ulmer Maurer zu appellieren, um endlich Niederrhein nachzuholen. Die Zweigvereinsleitung wurde beauftragt sich mit den Hirsch-Dindorf und Großstädten in Verbindung zu setzen. Es sind dies nur schwache Organisationen, aber um den fortwährenden Vorwürfen vorzabeugen, wurde dem Wunsche der Kollegen Nachdruck getragen. Gemeinsame Sitzungen werden abgehalten und der Schluss davon war: Von neuem an die Ulmer Maurer zu appellieren, um endlich Niederrhein nachzuholen. Die Zweigvereinsleitung wurde beauftragt sich mit den Hirsch-Dindorf und Großstädten in Verbindung zu setzen. Es sind dies nur schwache Organisationen, aber um den fortwährenden Vorwürfen vorzabeugen, wurde dem Wunsche der Kollegen Nachdruck getragen. Gemeinsame Sitzungen werden abgehalten und der Schluss davon war: Von neuem an die Ulmer Maurer zu appellieren, um endlich Niederrhein nachzuholen. Die Zweigvereinsleitung wurde beauftragt sich mit den Hirsch-Dindorf und Großstädten in Verbindung zu setzen. Es sind dies nur schwache Organisationen, aber um den fortwährenden Vorwürfen vorzabeugen, wurde dem Wunsche der Kollegen Nachdruck getragen. Gemeinsame Sitzungen werden abgehalten und der Schluss davon war: Von neuem an die Ulmer Maurer zu appellieren, um endlich Niederrhein nachzuholen. Die Zweigvereinsleitung wurde beauftragt sich mit den Hirsch-Dindorf und Großstädten in Verbindung zu setzen. Es sind dies nur schwache Organisationen, aber um den fortwährenden Vorwürfen vorzabeugen, wurde dem Wunsche der Kollegen Nachdruck getragen. Gemeinsame Sitzungen werden abgehalten und der Schluss davon war: Von neuem an die Ulmer Maurer zu appellieren, um endlich Niederrhein nachzuholen. Die Zweigvereinsleitung wurde beauftragt sich mit den Hirsch-Dindorf und Großstädten in Verbindung zu setzen. Es sind dies nur schwache Organisationen, aber um den fortwährenden Vorwürfen vorzabeugen, wurde dem Wunsche der Kollegen Nachdruck getragen. Gemeinsame Sitzungen werden abgehalten und der Schluss davon war: Von neuem an die Ulmer Maurer zu appellieren, um endlich Niederrhein nachzuholen. Die Zweigvereinsleitung wurde beauftragt sich mit den Hirsch-Dindorf und Großstädten in Verbindung zu setzen. Es sind dies nur schwache Organisationen, aber um den fortwährenden Vorwürfen vorzabeugen, wurde dem Wunsche der Kollegen Nachdruck getragen. Gemeinsame Sitzungen werden abgehalten und der Schluss davon war: Von neuem an die Ulmer Maurer zu appellieren, um endlich Niederrhein nachzuholen. Die Zweigvereinsleitung wurde beauftragt sich mit den Hirsch-Dindorf und Großstädten in Verbindung zu setzen. Es sind dies nur schwache Organisationen, aber um den fortwährenden Vorwürfen vorzabeugen, wurde dem Wunsche der Kollegen Nachdruck getragen. Gemeinsame Sitzungen werden abgehalten und der Schluss davon war: Von neuem an die Ulmer Maurer zu appellieren, um endlich Niederrhein nachzuholen. Die Zweigvereinsleitung wurde beauftragt sich mit den Hirsch-Dindorf und Großstädten in Verbindung zu setzen. Es sind dies nur schwache Organisationen, aber um den fortwährenden Vorwürfen vorzabeugen, wurde dem Wunsche der Kollegen Nachdruck getragen. Gemeinsame Sitzungen werden abgehalten und der Schluss davon war: Von neuem an die Ulmer Maurer zu appellieren, um endlich Niederrhein nachzuholen. Die Zweigvereinsleitung wurde beauftragt sich mit den Hirsch-Dindorf und Großstädten in Verbindung zu setzen. Es sind dies nur schwache Organisationen, aber um den fortwährenden Vorwürfen vorzabeugen, wurde dem Wunsche der Kollegen Nachdruck getragen. Gemeinsame Sitzungen werden abgehalten und der Schluss davon war: Von neuem an die Ulmer Maurer zu appellieren, um endlich Niederrhein nachzuholen. Die Zweigvereinsleitung wurde beauftragt sich mit den Hirsch-Dindorf und Großstädten in Verbindung zu setzen. Es sind dies nur schwache Organisationen, aber um den fortwährenden Vorwürfen vorzabeugen, wurde dem Wunsche der Kollegen Nachdruck getragen. Gemeinsame Sitzungen werden abgehalten und der Schluss davon war: Von neuem an die Ulmer Maurer zu appellieren, um endlich Niederrhein nachzuholen. Die Zweigvereinsleitung wurde beauftragt sich mit den Hirsch-Dindorf und Großstädten in Verbindung zu setzen. Es sind dies nur schwache Organisationen, aber um den fortwährenden Vorwürfen vorzabeugen, wurde dem Wunsche der Kollegen Nachdruck getragen. Gemeinsame Sitzungen werden abgehalten und der Schluss davon war: Von neuem an die Ulmer Maurer zu appellieren, um endlich Niederrhein nachzuholen. Die Zweigvere

in Kürze eine Versammlung einzuberufen, um Bericht über etwaige Verhandlungen zu erläutern.“ Den Bericht über die Verhandlungen gab Kollege Seidel, woraus hervorging, daß sämtliche Meister untere Forderungen anerkannten. Bloß Baumeister Möbius kann den einen Dienstag über 40 nicht geben, da er sämtliche Bauten schon abgeschlossen hat; er verpflichtet sich aber, den einen Dienstag vom 1. August an zu zahlen. Es wird aber hier schon über 40 ab bezahlt, über noch mehr darunter. Eine fürzlich aufgenommene Statistik ergab, folgendes: Es arbeiten noch 55 Kollegen unter 40 J., davon erhalten 35 Kollegen 39 J., 18 Kollegen 38 und 5 von 35 bis 37 J. gearbeitet wird meistens 10 Stunden. Bloß bei den Baumeistern Seidel und Lünke waren noch Kollegen, die 10½ Stunden arbeiteten. Eine große Debatte wurde geführt über den einen Dienstag, der erst am 1. August bezahlt wird. Schließlich wurde in geheimer Abstimmung mit großer Mehrheit folgende Resolution angenommen: „Die heute, am 22. April, tagende, stark besuchte öffentliche Maireversammlung betrachtet für dieses Jahr die Rohrleitungsbauung für erledigt, wenn jenes 4½ Stundenlohn und die zehnblättrige Arbeitszeit eingeführt wird und vom 1. August 1907 an 40 ab gezahlt werden.“ Diese Resolution soll den Meistern schriftlich zugestellt werden. Hierauf an beantwortete Kollege Koch-Leipzig, von berüchtigten Kollegen gestellte Fragen und legte klar, daß es nötig wäre, wenn vorwes des einen Dienstags die Arbeit einzustellen. Werner verteilte Kollegen Koch das unsolidarische Verhalten der Kollegen, die länger als zehn Stunden arbeiten. Verschiedene Kollegen sprachen für Einführung des Baudelegiertenstems und bessere Durchführung der Bauarbeiterkundammissonsarbeit. Hierauf wurde die vom besten Seite befehlte Versammlung geschlossen.

Baute. Allen in Böden beschäftigten, nicht angemeldeten und zurückliegenden Kosten diene zur Kenntnis, daß sie sich im Gemeinschaftshaus, Gartenzelt, 27/29, zu melden haben. Am Freitag von 8 Uhr Abends ab und Sonntags von 10 bis 12 Uhr wird der Vertrauensmann dort anwändig sein. Sollte wende man sich an Kollegen Franz Grüner, Scheplerstr. 4, Hinterhaus, 2. Et.

Fliesenleger.

Hamburg. Am 24. April fand bei Grüner eine gut besuchte Versammlung der berüchtigten Sektion statt. Kollege Koch gab den Bericht vom Verbandsstag. Ein Antrag des Vorstandes, eine Kontrollmarke zum 1. Mai einzuführen, wurde abgelehnt, da gegen ein Antrag des Kollegen B. angenommen, der besagt, daß die Kollegen, die am 1. Mai arbeiten, in der nach dem 1. Mai stattfindenden Versammlung bekannt zu geben sind. Sobann kam noch einmal der Gaubürochef des Kollegen Koch zur Sprache. Besinnlich hat der Gaubürochef für Hamburg in seinem Jahresbericht um den Kollegen Göschel in Nürnberg, mit dem er sich in einer Polemik über die Alsfeldarbeiter befand, durch ein krauses Beispiel von der Schädlichkeit des Alsfeldsystems zu überzeugen, behauptet, die Hamburger Plattenanfänger hätten ihre Frauen und Kinder mit am Bau beschäftigt, um so einen höheren Dienstgrad zu erzielen. In einer am 27. Februar stattgefundenen Versammlung, zu der der Kollege Koch eingeladen und auch erschienen war, wurde ihm von mehreren Kollegen, die schon acht bis zehn Jahre im Platten gewerbe beschäftigt sind, erklärt, daß ein solcher Fall wie der in dem Gaubüro nicht vorgekommen sei. Im Herbst vorigen Jahres hat ein Kollege seiner aus der Schule entlassenen Sohn mit nach dem Bau genommen, um ihn anzulernen. Der Sektionsvorstand hat aber dem betreffenden Kollegen anheimgegeben, seinen Sohn bei einem Maurermeister in die Lehre zu geben. Diesem ist der Kollege auch bald nachgekommen. Die Behauptung Kochers ist eine Beleidigung für die Hamburger Plattenanfänger. Darauf erwiderten sie ihn, dies zu widerstreiten. Heraus erklärte Kocher, es habe ihm fern gelegen, die Hamburger Plattenanfänger zu beleidigen; aber in dem eben angeführten Falle verstehe er unter dem aus der Schule entlassenen Sohn auch ein Kind. Er sehe sich nicht verantwortet, so seinem Gaubürochef etwas zu widerstreiten. Hierauf wurde von der Versammlung beschlossen, einen Bericht über diese Auseinandersetzung mit Kocher im „Grundstein“ zu veröffentlichen, was bisher durch ein Mitteilungsblatt unterbleiben war. Vom Vorstand wurde darauf hingewiesen, daß es Pflicht der Kollegen wäre, in jedem Geschäft einer Delegierten zu wählen. Nachdem noch zwei Kollegen in das Vergnügungsamt erfolgte Schluß der Versammlung.

Centralkrankenkasse.

(Grundstein zur Einigkeit.)

Sie der Woche vom 28. April bis 4. Mai folgende Verträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Charlottenburg M. 1000, Hamburg 800, Halle a. d. Saale 200, Friedelsberg 200, Wittenberg 200, Gesellstraße 100, Memel 100, Über-Schönwiese 80, Bremen 60, Gütersloh 28,60, Schönhausen a. d. Eibe 27,45, Stimma M. 2796,05.

Büchsen erhielten: Lützel-Wiebelsbach M. 200, Schierstein 200, Schweinsweiler 170, Binslau 150, Wandlitz 150, Waldorf 150, Höfen 150, Faulbach 150, Dresden-Strehlen 100, Weissenstein 100, Torgelow 100, Neuhaus a. d. Eibe 40, Summa M. 1680.

Königlich, den 4. Mai 1907.

Karl Reich, Hauptkassierer, Wilhelmstr. 57.

Vom Bau.

Unfälle, Arbeiterschule, Submissionen etc.

Kollegen! Unterlaß nie, von Unfällen, Baueinstürzen, Überhaupt von allen wichtigen Vorortgemeinden auf den Bauten schriftlich einen sachlichen Bericht an Euer Fachblatt zu senden.

Berlin. Ein schwerer Bauunfall ereignete sich am 2. Mai bei den Kanalisationarbeiten in der Werderstraße zu Tempelhof, die von der Liegenschaftsverwaltung in Berlin ausgeführt und höchstwahrscheinlich von je vier Arbeitern bewerkstelligt werden. Während die Arbeiter Kulinowski und Schertow gegen 11 Uhr an der äußersten Südseite des sechs Meter tiefen Baugruben unmittelbar an der Friedrich-Karlsstraße arbeiteten,

sürzten plötzlich infolge ungünstiger Abstiegung die Schubbohlen zusammen und rissen die hinter ihnen lagernden Sandmauern mit. Beide Arbeiter wurden verhöhnt. Glücklicherweise blieb ihnen der Kopf frei. Auf ihre Hüterufe eilten ihre Arbeitskollegen herbei, denen es aber nicht gelang, sie aus der furchtbaren Lage zu befreien. Es mußte vielmehr die Feuerwehr alarmiert werden. Aber nur langsam kommt das Rettungswerk bei der überaus gefährlichen Lage, die jeden Augenblick einen weiteren Nachsturz befürchtete, herbei vor sich geben. Endlich, nach über zweieinhalb Stunden Arbeit konnte der Arbeiter Schiel ausgebogen werden, auch sein Kollege wurde bald darauf herausgezogen. Sie hatten beide unter dem Druck der Sandmauern schwer gelitten. Aus Mund und Ohren drang ihnen das Blut. Zwei Arzte bemühten sich, den Verunglückten Linderung zu bringen. Von dem Krankenhaus der Feuerwehr wurden dann beide, die nicht unbedenkliche innere Quetschungen erhalten hatten, dem Berliner Krankenhaus zugeführt.

Bielefeld. Am 29. April, Morgens 11 Uhr, ereignete sich im Vorort Sieker ein polonaisches Unglück, das dadurch entstand, daß die Widerlage eines Chorbogens, der die Gewölbe und zu tragen hatte, weggerutscht wurde, wobei sechs Männer und ein Arbeiter mit in die Tiefe gerissen wurden. Der Bogen hatte eine Spannweite von circa 8 m. Die Giebelwand war schon 6 m hoch auf den Bogen aufgestauert. Der Bogen war von Biegelsteinen, das übrige Mauerwerk von Bruchsteinen ausgeführt. Wenn die Schulb an diesem Unfall teilnehmen sollte, wird die gerichtliche Untersuchung ergeben, ob dies ebenfalls ist derseit auch diesmal auf das Submissionsgesetz anzuwenden. Der Höchstfordernde bot über M. 15 000 und der der Arbeit angeschaut, als niedrigstes Angebot M. 7800 gefordert. Das Unglück hat schon ein Menschenleben gekostet. Der Kollege H. Dubert aus Böhlingsfeld ist am 2. Mai an den Berufskrankenversicherungen gestorben. Er hatte einen Schädelbruch, Rippenbrüche, Arm- und Oberarmbruch erlitten. Die Kollegen Wolf aus Horn und Stierwerth aus Bünde erlitten Beinbrüche, Wolf außerdem einen Klavikulabruch. Wolf ist 37 Jahre alt und verheiratet, Stierwerth 29 Jahre und Dubert 23 Jahre. Die übrigen fanden meist mit dem Schrein davon; einige hatten Hautabschürfungen davongetragen. Jedenfalls trägt dieses Unglück dazu bei, daß von der Behörde mehr zum Schutz der Arbeiter gesorgt wird als bisher. Den Kollegen oder sei es eine Mahnung, immer mehr mit Wort und Tat für einen besseren Bauarbeiterdienst einzutreten.

Wochum. Dienstag, den 30. April, kurz vor Feierabend, brach am Neubau des Unternehmers Wolke in der Hohenstaufenstraße ein Gerüst im Treppenhaus in der ersten Etage zusammen. Als Strebefange war ein altes Kantholz verwendet worden, dieben brach beim Ausschlagen einer Trach Steine durch und der Steinträger mit dem Betonholzstegel Robert Landau schwärzte in dem Keller, Biegelstein und Gerüstholz hinter ihnen nach. Da darunter befindliche Balkenlage war nicht abgedeckt. Es wurde schwer verlegt ins Krankenhaus gebracht. Der Steinträger kam mit einigen Hautabschürfungen davon. Zwei noch auf dem Gerüst sich befindende Maurer konnten sich durch einen Sprung auf die Mauer retten und fanden so mit dem Schrein davon. Die Schulb an dem Unfall ist hier dem schlechten Gerüstholz zugutegezogen. Hätte sich der Polizei vor der Beleidigung des zur Verwendung gelangenden Gerüstholzes überzeugt, so wäre der Unfall vermieden worden.

Breslau. Der Kollege Paul Bergander erklärte am 29. April auf dem Neubau Gottschallstraße 7 vom ersten Stock herunter: „Es war mit dem Herunterwerfen von Steinen beschäftigt. Als er die leiste stiefe, in der sich ein Nagel befand, herunterwarf, blieb er mit einem Arm am Nagel hängen, wodurch er den Halt verlor und mit hinunterstürzte. Er zog sich einen Bruch des linken Unterarmes zu.“

Die 11 Uhr (v. C. & D.) am 1. Mai ereignete sich am Bau des Unternehmers Jakob Strücker ein Unfall, bei dem ein Hüttenarbeiter höher und ein Maurer seitlich verletzt wurde. Die beiden Leute waren in dem Bau, der bis zur zweiten Balkenlage gediehen war, mit Auschalen von Betondämmen beschäftigt. Hierbei stürzte eine Scheidewand ein. Diese Wand war aus Sockelbahn nach einer Seite überlegt worden, so daß sie zum Teil auf der Betondecke ruhte. In demselben Bau ist schon eine Kellermauer eingestürzt, die ebenfalls von Beton aufgeführt war. Das ist eigentlich kein Wunder, denn es sollen dort bei der Betonierung auf 1 cbm Beton nur 2 Sacc Preysen genommen werden. Es waren nur die Bergungslünen kaum hervorgezogen, als auch sofort aufgerichtet und weiter gearbeitet wurde. Ein Kollege benachrichtigte um 1 Uhr, die Polizei sei erichtet, aber erst um 4 Uhr und ließ dann die Arbeit einstellen. Der selbe Unternehmer ist natürlich auch ein eifriger Bewußter des Verbandes. Mit der Polizei kontakte sie es Krautig aus. Seitens der Polizei geschieht so gut wie nichts und die Revisionsteams der Bauingenieuren können natürlich nichts finden, denn sobald sie ankommen, geht die Nachricht von einem Unternehmer zum anderen und dann ist die Sache immer gut. Man läuft auf den Bauten, wo das Gerüstmaterial fehlt, einfach aufhören und läßt sie zu den Bauten, wo nichts fehlt. Leider ist die Organisation noch so schwach, um dagegen etwas auszurichten zu können. Das Papier soll nur auf einer Seite drucken werden. Die Zeit.“

Gesell a. d. M. Auf der Kruppischen Fabrik führte beim Abriss einer Werkstatt eine Mauer zusammen und brüllte drei Arbeitern. Einer ist tot, die beiden anderen sind schwer verletzt worden.

Borsigheim. Am 13. April ereignete sich auf dem Bau von B. Steiner, Dampfstraße, ein bedauernswertes Unglück. Heinz Seeger eines Fensterstücks brach eine Dièle unter der Kollege Willi Augustein von Bauschloss stürzte etwa 10 m hoch herab, die anderen Kollegen konnten sich durch einen Seitenprung retten. Der Bergungsdienst hat außer einem Beinbruch noch andere Verlebungen erlitten. Bei dieser Gelegenheit ist erinnert, daß das letzte Opfer des Bauunfalls im Januar in der Durlacherstraße vor einigen Tagen das Krankenhaus verlassen hat, aber wie? Bergung der Pforzheimer Anzeiger am aufzählen. Wir müssen leider sagen, als lebenslanglicher Krüppel. Beim letzten Unfall hat es sich wieder gezeigt, daß die Berichterstattung der Baudelegierten sehr im Argen liegt. Wir wünschen, daß in Zukunft eine wesentliche Verbesserung eintrete. Durch die nachlässige Berichterstattung wird dem schlechten Bauarbeiterdienst geradezu Vorhuk geleistet.

* Neue Unfallverhütungsvorschriften. Die Sächsische Baugewerbeübungsgesellschaft hat neue Unfallverhütungsvorschriften eingeführt. Die neuen Bestimmungen unterscheiden

sich von den seitherigen dadurch, daß sie beträchtlich erweitert und ergänzt worden sind, namentlich sowohl die Vorrichtungen über den Betrieb von Dampfeseln, Kraftmaschinen, Holzbearbeitungsmaschinen usw. in Frage kommen.

* Der Einfluß des Grundbesitzes der Bechen auf die Bebauung im rheinisch-westfälischen Industriegebiet entwölft sich zu einer täglich größer werdenden Katastrophe, die einer Abhilfe durch Änderung der Gesetzgebung bedarf. Besinnlich ist das ganze Industriegebiet durch die Kohlenzonen unterteilt. Auf Grund der bergrechtlichen Bestimmungen steht nur die Gründungs- und Haushaltsherrschaft des Landes zu. Um den langwierigen Prozessen und großen Kosten zu entgehen, sind die Bechen seit einer Reihe von Jahren zu einer seltzamen „Bodenpolitik“ übergegangen — sie kaufen einfach allen verfügbaren Grundbesitz an und entziehen ihn jeder Bebauung. Die Folgen sind unheilvolle: die bauliche Entwicklung ganzer Städte und Ortschaften ist vollständig unterbunden. In einzelnen Gemeinden befindet sich die Hälfte des Grundbesitzes im Eigentum der Bechen. Die in Essen und den umliegenden Ortschaften herrschende Wohnungsnott ist vielfach hierauf zurückzuführen. Während im südlichen Teil von Essen in einem Sommer ganze Häuser- und Straßenzüge entstehen, liegt im nördlichen Stadtteil die Bauaktivität vollständig daneben. Der Königreich Hugo Stinnes hat hier fast den ganzen Grundbesitz aufgekauft. Im vergangenen Jahre kaufte er das Dampfsägemerk von Elting, legte es bald darauf still — 80 Arbeiter wurden mit einem Schlag arbeitslos. Aber die Gemeinden Altenessen, Gatenberg, Stoppenberg, Borbeck usw. befinden sich immer starker Bebauung, große Flächen, die die Entwicklung dieser Ortschaften fast schließen. Die Bodenpolitik der Stadt Essen ist ein einziger Kampf gegen die verderbliche Praxis der Bodenverwertungen. Ein gutes Bild geben folgende Zahlen von Begrenzungsbesitz aus den kreisfreien Gemeinden. Es bestehen:

Gewerkschaft Victoria-Mathias.	87 ha	61 a	Grundfläche
Herrfurth	43	68	
Graf Peuß	58	11	
Friedrich-Ernstine	141	78	
Helene Amalie	80	—	
Mathias Stinnes	512	59	
Carolus Magnus	61	90	
Borbeck	450	—	
König Elisabeth	84	—	
St. Petri-Essen	241	16	
König Wilhelm	128	40	
Kölner Bergwerkeverbund	209	65	

Es handelt sich hier um Grundbesitz, der — mit geringen Ausnahmen — baureifes Land darstellt, der Bauaktivität entzogen wird und dadurch die Wohnungsnott verschärft hilft. Die Gemeinden sind machtlos. Die Bevölkerung des Gemeinderats. Eine Änderung des Entwicklungsgegesetzes, das die Entwicklung allen bebauungsfähigen Landes und Rückgewinnung zu Gunsten der Allgemeinheit gestaltet, ist hier dringend notwendig. (Kom. Pr.)

* Submissionen. Zur Vergebung der Zimmerarbeiten für den Neubau der evangelischen Kirche in Orlamünd stand bei der kreislichen Kreisbaudienstleitung in Orlamünd stand die Beteiligten sich an der Verbringung fünf Firmen, welche folgende Gebote abgegeben haben: W. Mündelius - Mündelburg M. 5462,06, Minow-Thorn M. 6768,87, Richter-Thorn M. 7150,22, Kunow-Thorn M. 7718,90, SoppARTH-Thorn M. 9502,21. Werner, heute Termin anberaumt zur Vergebung der Maurerarbeiten für den Neubau des katholischen Lehrerseminars. Von den nachbenannten fünf Firmen wurden folgende Gebote abgegeben: Bartel M. 61 217,22, Schindler M. 62 738,03, Schwarz 7004,43, Minow M. 78 693,98, Hoffmann M. 81 888,82.

Ziel der Submission der Ausführung von Raum- und Zimmerarbeiten zur Herstellung der Pfahlfundamente von zirka 1000 Rahmenmauern am Käferholz in Bremen werden 21 Angebote abgegeben. Die niedrigste Forderung erhob die Firma D. Schäffer & Co. Berlin mit M. 155 266.

In Hildesheim waren die Maurerarbeiten zu einer neuen Eisenbahnbrücke zur Submission ausgeschrieben. Es forderte ein Unternehmer aus Hildesheim M. 28 000 bis 29 000 und der Maurermeister Wening, der Matador der Auspfernung vom vorigen Jahre, M. 17 000. Hoffmann sind ihm die Arbeiten übertragen worden.

Aus Unternehmerekreisen.

* Die Unternehmer im rheinisch-westfälischen Industriegebiet. Auf der Märsch in Dortmund abgehaltene Generalversammlung des Arbeitgeberbundes für das Bau- und Bergbauwesen im rheinisch-westfälischen Industriegebiet wurde interessante Mitteilungen über die Ausdehnung der Arbeitgeberorganisation und ihr Verhältnis zu den Arbeitern gemacht. Dem rheinisch-westfälischen Arbeitgeberverband für das Bauwesen gehören jetzt 70 Ortsvereine an, der Bund selbst ist dem deutschen Arbeitgeberbund für das Bauwesen und dem Verein deutscher Arbeitgeberverbände beigetreten. Die westdeutschen und nordwestdeutschen Bau-Arbeitgeberverbände haben ähnlich eine Interessengemeinschaft geschlossen, außerdem ist Ende vorigen Jahres unter dem Namen „Verein der Arbeitgeberverbände für Rheinland und Westfalen“ eine Vereinigung der drei großen rheinisch-westfälischen Arbeitgeberverbände zu Stande gekommen. Von der Schließungsfeier des Essener Einigungsausschusses unter der Leitung des Biedermanns Dr. Wiedfeld wurde festgestellt, daß sich diese Einrichtung wohl bewährt habe. Differenzen aus Vertragsverletzungen seien vom Einigungsausschuß zu Friedensdienst beigetragen worden. Danach scheint es, als ob die draufgängerische Richtung derer um Schmiedehaus eng in Kontakt gekommen sei, was sehr erfreulich wäre.

* Die Bauunternehmer in Österreich sind höchstens am Baubau ihrer Organisation am Werk. Auf Anregung des Unternehmerekordes in Prag hat der niederösterreichische Zentralverband der Baugewerbetreibenden einen Reichstagscheck aller Bauunternehmerorganisationen nach Wien überreicht, der stark beschriftet war. Sein wichtig

tigstes Ergebnis war, daß die Gründung eines Reichsverbandes der Bauunternehmer einstimmig beschlossen wurde. Des weiteren sprach man sich dafür aus, die Aufforderung so viel wie möglich einzuführen. Bezuglich der Anerkennung der Arbeitervertreutensmänner wurde beschlossen: „Alle Vertreutensmänner aus der Arbeiterschaft des eigenen Betriebes sind abzulehnen.“ Damit sind besonders die Bauvertreutensmänner (Baudilegierter) gemeint. Man sprach sich auch für Kollektivverträge aus, doch sollte bei deren Abschluß an der bestehenden Arbeitszeit festgehalten werden. Alle neuen Verträge sollen mit einer Gültigkeit bis zum Anfang des Jahres 1909 abgeschlossen werden. Man mußte auch die Rechtsfähigkeit der Gewerkschaften anstreben.

Danach ist unser Börsenkollegen ein neuer und voraussichtlich stärkerer Gegner entstanden. Wie erweisen nicht, daß sie auch mit diesem fertig werden.

Gewerbliche Rechtspflege und Arbeiterversicherung.

Bericht des Zentral-Arbeitersekretariats für das Jahr 1906.

Der Bericht gelangt in Nr. 16 des „Correspondenzblattes“ zum Abschluß. Es ist jedoch ein Vergnügen, den lichtvollen Darstellungen dieses Berichts zu folgen, und es verlohnzt sich wohl etwas von dem wiederzugeben, was der Zentralarbeitersekretär aus dem reichen Schatz seiner Erfahrungen zu sagen weiß: In der Einleitung heißt es:

„Im Verlauf der letzten Mahnagitation sind wiederholte Versammlungen mit außerordentlichem Nachdruck die Bohrtalanten, die die Versicherungsgesetzgebung für die Arbeiter geschaffen, lobend erwähnt. Nicht selten wurde versucht, den Eindruck zu erwecken, als ob der Arbeiter gegen alle Unfälle, die Krankheit, Unfall und Altersgebedenken über ihn verhängen könnten, gesäumt und gesichert dasche. Wer aber, wie wir, täglich mit den Risiken zu tun haben, die Ansprüche auf dem Gebiete des Versicherungswesens erheben, kann in dieses uneingeschränkte Lob nicht einstimmen.“

Es liegt uns fern, die Bedeutung der Versicherungseinrichtungen in Deutschland zu unterschätzen, aber es darf wohl mit Recht betont werden, daß die Lebewelt, mit denen der moderne Industrialismus das große Heer der Arbeiterschaft belastet, und die Leiben, denen die Arbeiterschaft in Stadt und Land vermöge ihrer ganzen sozialen Stellung ausgelegt ist, durch die Versicherungseinrichtungen nicht so gemildert werden, daß man mit voller Bestredigung davon kann, daß man mit voller Bestredigung der heutigen sozialen Fürsorge gegenübersteht. Es bedarf an dieser Stelle kaum eines Hinweises, wie wenig die Renten für invalide Arbeiter oder für Altersrentner sind. Die Beiträge reichen nicht aus, um einem Arbeiter auch die befreiende Erholung zu sichern. Es darf aber nicht unberücksichtigt bleiben, in welchem Zustande wirtschaftlichen Versfalls der Arbeiter angelangt ist, ehe er in den Genuss einer Invalidenrente kommt. Denn der unglückliche, deinen Arbeitskraft durch Krankheit langsam verfehlte, bekommt erst dann eine Rente, wenn er nicht mehr ein Drittel dessen verdienst kann, was er bei voller Gesundheit erreichte. Diesem Versfall seiner Arbeitskraft steht natürlich der langsame wirtschaftliche Versfall zur Seite, so daß, wenn der Unglückliche schließlich in den Besitz der geringen Rente kommt, er körperlich und wirtschaftlich an grunde gerichtet ist. Um so bedauerlicher ist es, daß das Reichsversicherungsamt dem vielfachen Drängen arbeiterfreindlicher Politiker, die über das Anwachsen der Ausgaben ein großes Hallo erhoben, nachgab und gegen die in einigen Versicherungsanstalten logale und wohlbewilligte Auslegung der Invalidität des Einzelnen erhob, um durch eine strengere Besteckung der Grenze der Invalidität die Zahl der Rentenbewerber herabzudrücken. Infolge dieser Maßnahmen sind an Invalidenrenten im Jahre 1905 nur 122 869 bewilligt, während 1903, ehe die Maßnahme des Reichsversicherungswesens einsetzte, 152 871 Renten bewilligt wurden.“

In der Unfallversicherung verliefen arbeiterfeindliche Elemente dafür Stimmung zu machen, daß die niedrigen Rentenbeträge beseitigt werden. Als Begründung für diese Stellung wird angeführt, daß nicht selten die Arbeiter wieder durch Anpassung an die Verhältnisse den gleichen Lohn wie früher erzielen. Diese Argumentation erteilt in vielen Fällen. Durch die Folgen des Unfalls ist sehr oft dem jungen Arbeiter die Möglichkeit genommen, zu einer qualifizierteren Beschäftigung überzugehen, in seinem Beruf eine bessere Stellung zu erlangen. In zahlreichen Fällen ist er in der Auswahl der Arbeit beschränkt, der augenblickliche Verdienst nur von Zusätzen abhängt, bezüglich sind Vertrüppelungen der Gliedmaßen, obwohl der Arbeiter noch voll leistungsfähig ist, ein Hindernisgrund bei der Arbeitserwerbung. Der Unternehmer bevorzugt gesunde Arbeiter, und nicht selten hört man von den Verletzten die Klage, daß, sowie der Fabrikant sieht, der Arbeiter hat den Verlust eines oder mehrerer Finger zu beklagen, er nicht eingestellt oder sofort entlassen wird, denn der Fabrikant hat nicht das Gutachten zu dem Arbeiter, daß er bei dieser Vertrüppelung über eine große Leistungsfähigkeit verfügt. Zudem schaftet heute schon das Reichsversicherungswesent den Verlust des kleinen Fingers oder des Ringfingers, in einigen Fällen sogar des Mittelfingers der rechten Hand als eine meßbare Beeinträchtigung der Erwerbsfähigkeit nicht ein, so daß heute schon gewisse Schäden bei den Rententenabmahnung gar nicht berücksichtigt werden. Vor nicht langer Zeit ist einem Arbeiter für Verlust des Mittels und Ringfingers der linke Hand 15 p.M. Rente gewährt. Man nimmt also an, daß der Arbeiter mit den drei gefallenen Fingern der linken Hand eine Arbeitsunfähigkeit von nur 15 p.M. zu beklagen hat. Gegenüber solchen Rentenbeträgen erscheint es wohl sehr unangemäß, sich zu entzücken, daß Rententen von 10 und 20 p.M. überhaupt bemüßigt werden. Daneben versuchen die Berufsgenossenschaften, so vor allem die Knapphafte-Berufsgenossenschaft, in wichtigen Fällen ohne jedes soziale Empfinden, sich der Rentenverpflichtung zu ent-

ziehen. Unausgesetzt versucht die Knapphafte-Berufsgenossenschaft, den Arbeiten, die einmal durch Aufzehrung der bergpolizeilichen Vorschriften zu Unfall kommen, ihre Rente zu kürzen oder den hinterbliebenen die Rente ganz zu verlagen. Nur mit Mühe und Not gelingt es in den meisten Fällen, beim Reichsversicherungswesent eine mildernde Aussprache durchzusetzen, die Übertragung der bergpolizeilichen Vorschriften mit jener sozialen Rücksichtslosigkeit zu beurteilen, wie es die Herren Grubendirektoren selbst.

Was will bei allem Lob der Versicherungseinrichtungen es befagen, wenn die Witwe eines zu Tode gekommenen Arbeiters 20 p.M. des Jahresarbeitsverdienstes des Arbeiters als Unterstützung erhält. Das ist ein so minimaler Vertrag, der nicht verhindern kann, daß die schwere Witwe und das größte Elend in die Familie einschlägt, die vom herben Schlag betroffen wird, ihren Ernährer zu verlieren. Und wenn bei einer größeren Kinderzahl diese Rente im Höchstfalle auf 60 p.M. des Jahresarbeitsverdienstes steigt, so ist auch dort nur die soziale Fürsorge ein schwaches Hilfsmittel. Wie viele Witwen, die ihren Sohn verlieren, der ihr einziger Ernährer war, haben keinen Anspruch auf irgend welche Entschädigung, weil sie nicht nachweisen können, daß der Verlorbene, wie die gesetzliche Vorschrift besagt, ganz oder überwiegend ihren Lebensunterhalt bestritten hat. Aus den Mängeln dieser sozialen Fürsorge erklärt es sich, wenn nach dem schrecklichen Unglück auf der Grube Meden neben den Versicherungseinrichtungen die private Wohltätigkeit eingesetzt mußte. Wir berufenen nicht den Wert und die Bedeutung der über hiesigen englischen Lebenssymbole sind unangegangen.“

Die Arbeit, die das Zentral-Arbeitersekretariat zu bewältigen hatte, war im verlorenen Jahre 1906 sehr groß. Abgesehen von der Korrespondenz, die sich durch die Wahlen zum Reichsversicherungswesent stark vermehrte, ist auch die Zahl der Streitlagen, die dem Sekretariat überwiesen wurden, um rund 100 gestiegen. Sie betrugen im Jahre 1905 1098, im Jahre 1906 aber 1197. Die Zahl der Anfragen, die schriftliche Auskünfte nötig machten, stieg von 646 auf 671. Mit den 1197 Streitfällen ist jedoch die sozialpolitische Tätigkeit nicht ganz ausgedehnt; denn dazu kommen noch jene Sachen, die aus den vorigen Jahren als unerledigt mit übernommen werden mußten. Es waren das aus den Jahren 1903, 1904 und 1905 278. Mit den 1197 Eingängen aus dem Jahre 1906 waren mitin 1505 Streitfällen zu bearbeiten. Am Schluß des Jahres waren davon durch Urteil entschieden 1237, unerledigt 4 Streitlagen aus dem Jahre 1905 und 264 aus dem Jahre 1906.

Von den 1237 erledigten Streitfällen betrafen 1151 Ansprüche auf Grund des Invaliditätsversicherungsgesetzes und 86 folgte auf Grund des Invaliditätsversicherungsgesetzes. Neben die Invaliditätsstreitfälle wird berichtet: „In 56 Fällen war der Rechtsursprung sowohl von der Berufsgenossenschaft wie vom Verletzten eingeleitet, so daß die Zahl der Rechtsurteile 1179 waren. Von diesen Ansprüchen erzielten sich nach näherer Prüfung und im Laufe des Verfahrens 250 als vollkommen aussichtslos, weshalb der Rechtsurteil nach Rücksprache mit den Verletzten in 17 Fällen zurückgenommen wurde, in den übrigen eine mündliche Vertretung nicht stattfand. Von den 929 Rechtsurteilen, die in mündlicher Verhandlung vertreten wurden, sind 493 voll oder teilweise zu Gunsten der Verletzten und 436 zu Ungunsten der Verletzten entschieden.“

Aus dem Vaugewerbe waren von der Gesamtzahl der Unfallasfälle 189. Jedoch sind dabei die beiden Berufsgenossenschaften in Württemberg und Bayern nicht berücksichtigt, da sie nicht der Reichsbund der Berufsgenossenschaften unterstehen. Auch hier mußte das Sekretariat die Vertretung in 32 Fällen ablehnen, da sie wohl absolut keine Rücksicht auf Erfolg boten. In den übrigen 157 Fällen handelte es sich um 45 Rechtsurteile der Berufsgenossenschaften und 112 Rechtsurteile vom Verletzten. Dem Rechtsurteil der Berufsgenossenschaften wurde 7 mal ganz, 6 mal teilweise und 80 mal nicht stattgegeben; 2 mal wurde er zurückgezogen oder durch Vergleich erledigt. Dem Rechtsurteil des Verletzten wurde 44 mal ganz, 7 mal teilweise und 85 mal nicht stattgegeben; 3 Fälle wurden durch Vertrag erledigt. In den 189 Streitfällen sind die einzelnen Bauernberufsgenossenschaften wie folgt beteiligt: Hamburgische mit 16, Nordostdeutsche 40, Schlesische-Posenische 14, Hannoversche 15, Magdeburgische 20, Sachsenische 25, Thüringische 10, Hessen-Nassauische 18, Rheinisch-Westfälische 21 und die Südwürttembergische mit 10.

Der Bericht hebt hervor, daß sich der Verlehr mit den Behörden in aufzieldenstellender Weise abwickelt und daß auch die Berufsgenossenschaften allmählich zur Einsicht kommen und sich mit dem Eingreifen des Central-Arbeitersekretariats abfinden. Es wird auch mit dankender Anerkennung der Berliner Arzte gedacht, die sich erboten, die erforderlichen Gutachten zu erstellen. Bedeutlich war es erforderlich, einen Arzt zu finden, der eine Nachprüfung der Gutachten vornimmt. Bereits war, die von den Vertrauensärzten der Berufsgenossenschaften abgegebenen worden waren. Diesem schlummen Heilstand ist durch die Vermittlung des Vereins der freigewählten Staatsärzte begegnet worden. Zum Schluß nimmt der Bericht noch Stellung zu den letzten Wahlen der nichtständigen Beißler zum Reichsversicherungswesent. Wir geben das Stimmenabzählblatt wieder. Für die gewählten Berufsgenossenschaften waren bei der Wahl im Jahre 1901 2409 Beißler der Schiedsgerichte Wälder. Von diesen stimmteten 1857, so daß 552, ihr Wahlrecht nicht ausgewüsst haben. Im Jahre 1906 hatten wir 2855 Beißler der Schiedsgerichte als Wähler, von denen 2610 ihre Stimme abgaben, mitin 245 sich der Wahl enthielten. Für die landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften 1901 903 Beißler der Schiedsgerichte Stimmrecht. Daraus stimmteten 486 ab. Mitin enthielten sich 417 der Stimme. 1906 beteiligten wir 1121 Beißler der Schiedsgerichte. Von diesen beteiligten sich an der Wahl 931, so daß 190 von der Wahl fern blieben. Die von uns vorgeschlagene Liste für Industrie und Gewerbe errang 1901 6 038 833 Stimmen. Dennoch ist unsere Liste gewählt. Wie groß die Stimmenzahl der

Gegner war, ist leider aus dem amtlichen Ergebnis nicht zu erkennen. Die Zahl der gewerblichen Unfallversicherten beträgt rund 8 Millionen. Auf Grund ungefährer Schätzungen kann man annehmen, daß die der Wahl ferngebliebenen Schiedsgerichtsbesitzer rund 1 Million Versicherte vertreten. Auf die „christlich-nationale“ Liste werden also etwa 3 Millionen Stimmen entfallen sein. Unsere Liste hat demnach nicht nur die absolute Majorität der Wahlberechtigten auf sich vereinigt, es hat auch die Mehrheit der Wahlberechtigten für dieselbe gestimmt. Die Liste für die Partei ist ebenfalls unterlag bei der diesmaligen Wahl und zwar erhielten unsere Kandidaten bis zu 1422 569 Stimmen, während wir im Jahre 1901 2 256 198 Stimmen erlangten. Die Gegner (die „christlich-nationale“) überstiegen uns mit 1904 859 Stimmen. Wenn trotzdem 14 unserer Kandidaten gewählt wurden, so geschah es nur durch die mangelsame Vorbereitung der Gegner; denn 14 der Gewählten lehnten es ab, die Wahl anzunehmen. Diese 14 Ablehnungen verschafften für unsere Kandidaten das Aufsehen in diese Stellen. Es ergibt sich daraus, daß die Gegner ganz planlos mit der Aufstellung der Kandidaten vorgegangen sind; denn sie müssen nicht einmal die ihnen aufgestellten Arbeiter gefragt haben, ob sie eventuell dieses Amt annehmen wollen; noch weniger sind die Leute informiert, was sie eigentlich an der Stelle für Aufgaben zu erfüllen haben. Eine solche Arbeiterversetzung ist natürlich vollständig sinnlos.

Dagegen haben wir den Erfolg zu verzeichnen, daß die Liste unserer Arbeiterveterin für die See-Berufsgenossenschaft durchdrungen ist und die bisherige Vertretung der Reeder ausgemerzt wurde.

Das Gesamtergebnis der Wahl hätte besser sein können. Es wird deshalb Aufgabe der Gewerkschaftsräte und Arbeiterssekretariate sein müssen, mehr als bisher sich der Aufgabe zu widmen, die zu pflegen im sozialpolitischen Interesse dringend erforderlich ist. Für die Mitarbeit der Arbeiter an sozialpolitischen Aufgaben — mag der Einfluß dieser Arbeiterveterin auch gering sein — müssen wir mit allen Kräften wirken; denn es handelt sich um wichtige Interessen der Arbeiterschaft, die nicht unberücksichtigt bleiben dürfen.

Polizei und Gerichte.

* Die Aufhebung des Vereins- und Versammlungsschreits — durch den Oberpräsidenten der Provinz Westfalen bestätigt — für den 18. Januar d. J. Vormittags 10 Uhr, welche der Vorliegende des Zweigvereins Boden bei der Polizeibehörde eine Mitgliederberatung an, sofern auch die vorläufige Bescheinigung erbracht wurde. Am 10. Januar wurde sie jedoch auf Grund des § 10 der Oberpräsidial-Polizeiverordnung vom 24. Juli 1897 — der sogenannten Beruhigungsvorordnung — verboten. Auf die telegraphische Bekanntgabe an den Regierungspräsidenten kam die Antwort: Bescheid erfolgt nach Aufführung der Polizeibehörde.“ Der Bescheid ist aus danach ausgestellt. Wir lassen ihn im wesentlichen hier folgen. Er sagt im ersten Teil, daß öffentliche Versammlungen, die nicht gottesdienstlichen Zwecken dienen, nach der oben genannten Verordnung erst nach 8 Uhr Nachmittags stattfinden dürfen. Es heißt dann weiter:

„Da in Bochum Nachmittagsgottesdienst stattfindet, so würde die am Sie gerichtete Verfügung der Polizeiverwaltung vom 10. Januar, in der Sie darauf aufmerksam gemacht werden, daß Versammlungen der dortigen Bürgerschaft des Centralverbands des Maurer Deutschlands“ bestätigt. Für den 18. Januar d. J. Vormittags 10 Uhr, welche der Vorliegende des Zweigvereins Boden im bei der Polizeibehörde eine Mitgliederberatung an, sofern auch die vorläufige Bescheinigung erbracht wurde. Am 10. Januar wurde sie jedoch auf Grund des § 10 der Oberpräsidial-Polizeiverordnung vom 24. Juli 1897 — der sogenannten Beruhigungsvorordnung — verboten. Auf die telegraphische Bekanntgabe an den Regierungspräsidenten kam die Antwort: Bescheid erfolgt nach Aufführung der Polizeibehörde.“ Der Bescheid ist aus danach ausgestellt. Wir lassen ihn im wesentlichen hier folgen. Er sagt im ersten Teil, daß öffentliche Versammlungen, die nicht gottesdienstlichen Zwecken dienen, nach der oben genannten Verordnung erst nach 8 Uhr Nachmittags stattfinden dürfen. Es heißt dann weiter:

„Zur Vorbereitung ist folgendes zu bemerken: zunächst kann der Centralverband der Maurer Deutschlands“, wie das Statut des Gesamtverein nennt, als eine geschlossene Gesellschaft nicht gelten. Durch die Zugehörigkeit zu einem Verein, der sich über ganz Deutschland erstreckt und alle Maurer und unter gewissen Voraussetzungen sogar die verwandten Berufsgenossen wie Baubarbeiter, Dachdecker, Gipfer, Stukkaturen, Steinmetze, Löpfer, Zimmerer, zu vereinen sucht, (§ 1 des Statut), können wechselseitige, persönliche Beziehungen unter der Gesamtheit der Vereinsmitglieder, wie sie die Anerkennung einer Personlichkeit als Verein verlangt, nicht entstehen. Ebensoviel begründet das gemeinschaftliche Streben nach möglichst günstigen Arbeitsbedingungen (§ 3 des Statut) ein engeres, inneres Band unter den betreffenden Arbeitern. Aber auch die Mitglieder des gemäß § 4, 4 vorlieblich errichteten Zweigvereins bilden unter sich eine geschlossene Gesellschaft. Dies ist wieder aus den Statuten, noch sind Tatsachen, die für eine engeren Verbindung und Abgeschlossenheit des Kreises der Mitglieder des Zweigvereins sprächen, vorhanden. Im Gegenteil ist bei der großen Zahl der Mitglieder des Zweigvereins (638) und unter Berücksichtigung der Tatsache, daß die Mitglieder sich auf die weit auswander liegenden Orte Wetzlar, Linden, Dahlhausen, Hattingen, Eiser, Wittenbergh, Gelsenkirchen, Hünxe, Siegen, Altenbögum, Luerenburg, Lar, Harpen, Gerthe, Holthausen und Eickel verteilen und sich zum Teil, wie die Siedlungen ergeben haben, überhaupt nicht kennen, anzunehmen, daß diese einen bestimmt abgegrenzten Kreis innerlicher verbundener Personen nicht bilden.“

Nach vorliegendem muß der im Schreiben der Polizeiverwaltung vom 10. Januar vertretene Standpunkt als zu treffend angesehen werden.

Ir Vertretung: (Name unleserlich.)

Nach diesem Entschluß können die Gewerkschaften in Bochum Vormittags und wenn Abends nochmal Gottesdienst stattfinden. Nach dieser Debatte — befindet sie zu Recht — ist es überhaupt unmöglich, daß Mitgliederberatungen tagen können. Weil sich unter Verband über ganz Deutschland erstreckt, kann er als eine geschlossene Gesellschaft nicht gelten.“ Persönliche Beziehungen unter der Gesamtheit der Vereinsmitglieder, wie sie die Anerkennung einer Personlichkeit als Verein verlangt, können, weil das Statut die Möglichkeit zuläßt, daß auch verwandte Berufsgenossen Mitglied werden können, nicht bestehen. Nicht mal der Zweigverein, noch die einzelnen Wahl-

stellen unter sich bilden nach dieser Entscheidung eine geschlossene Gesellschaft. Im Gegenteil, weil der Verein in Bremen allein 688 Mitglieder hat und sich dann noch über „mehrere Dörfer“ erstreckt, und weil die Mitglieder — wie das die Polizei festgestellt hat — „sich über haupt nicht kennen“, ist anzunehmen, dass diese einen bestimmt abgegrenzten Kreis ihrer beständigen Personen nicht bilden. Die gegen dieselben Entscheid eingetragene Verurteilung beim Oberpräsidenten ist gleichfalls — weil die Polizeibehörde die Abhaltung dieser Versammlung als eine „öffentliche“ anahm und weil sie vertrüglich als eine Zweigvereinsversammlung angemeldet war, zutreffend geworden. Es ist anzunehmen, dass man von dieser Seite überhaupt nicht entscheiden will, was Mitglieds- oder öffentliche Verammlungen sind. Es liegt System in der Sache; denn nicht nur in der Stadt, sondern im ganzen Kreis Bremen verbietet man allgemein Sonntagsnach den definierten Verordnung jede Mitgliederversammlung. Man muss annehmen, dass dieselben Zustände, die über Beschwerden zu entschuldigen haben, von den beruhenden einen Befehl mit dem Bauplatz erteilt haben, um so den Arbeitern das Verammlungsrecht illatorisch zu machen. Was brauchen auch die Arbeiter Verammlungen; sie sollen doch am Sonntag in die Kirche gehen, da legt ihnen die Behörde nichts in den Weg.

Verschiedenes.

* Der erste Hafen der Welt soll jetzt nach einem fürstlich erdachten englischen Blaublich Hongkong sein, das nach der neuzeitlichen Statistik in seinem Schiffsverkehr alle von anderen Häfen gegebenen Zahlen übertreibt. Die Sommerzahl der in Hongkong ankommenden Schiffe, ohne die vielen chinesischen Dschunken, die auch am internationalen Handel beteiligt sind, wird zu rund 19205 000 angegeben, während die entsprechenden Zahlen für London 18 640 000, für Antwerpen 18 140 000, für New York 17 900 000, für Hamburg 18 500 000, für Liverpool 14 700 000 und für Rotterdam 18 600 000 betrugen würden. Diese Ziffern sind immerhin mit einiger Vorsicht aufzufassen, da sie die Bedeutung für Hongkong für den Weltverkehr in übertriebener Weise darstellen. Ist es doch eine bekannte Tatsache, dass in dem Wert der Handelsverbindung Hongkong hinter Shanghai je unbedeutlich zurücksteht.

* Deutslands öffentliche Bibliotheken. Nach dem Jahrbuch der deutschen Bibliotheken vom Jahre 1905 weist die Berliner lgl. Bibliothek 1228 000 Bände und 33 800 Handschriften auf, die Münchener lgl. Hof- und Staatsbibliothek 1 000 000 Bände und über 40 000 Handschriften, die Kaiserliche Universitäts- und Landesbibliothek Straßburg, rund 860 000 Bände, die Universitätsbibliotheken Leipzig, Göttingen, und Würzburg über eine halbe Million Bände. Von den Stadtbibliotheken Deutschlands weisen an Bänden auf: Frankfurt über 310 000, Mainz 200 000, Köln 190 000, Breslau 150 000, Danzig 130 000, Cöln 126 000, Bremen 123 400, Leipzig zirka 120 000, Lübeck 114 763, Aachen und Trier je 100 000.

* Krause und Kreisel. In Gotha gibt es ein Haus zum goldenen Weingrau; diesen Namen verdankt es, wie in der Zeitschrift des Deutschen Sprachvereins fürstlich erhielt wurde, dem goldenen Weingrau, der es als Hausschilder schmückt. Dein „der Kraus“, gewöhnlich „die Krause“, mhd. kreiss, ist ein weitverbreitetes, ehemals auch schriftsprachliches Wort mit der Bedeutung: Krug, Weinkrug. Es geht mit nur leichter Formverschiebung (kreis, kreis) fast durch das ganze germanische Sprachgebiet von Schweden bis zur Schweiz, wenn es auch heute nicht überall mehr lebendig ist. Gebraucht ist es besonders noch in Niederdeutschland und Hessen, auch in thüringischen Dörfern (Kraus), während es im übrigen Thüringen nicht mehr vorkommen scheint. In einer Ableitung aber ist es allgemein schriftsprachlich geworden, nämlich in der Bezeichnung „Krause“ oder vielmehr der daraus umgedeuteten, an Kreis und freien angelehnten Form „Kreisel“. Das beliebte Spielgerät ist eigentlich ein „Heiner Kring“, wie auch im Oberdeutschen für Kreisel die Bezeichnung „Topf“, im West-Niederdeutschen das entsprechende Dopp (Döddelopp) gilt. Auch das niedere und mitteldeutsche „Kreuz, Kreisel“ = kleine runde Hängelampe, ist dasselbe Wort, und vielleicht ist die Bedeutung „Kreisel“ zunächst hieran anzuschließen. (Sprache des Allgemeinen Deutschen Sprachvereins.)

Eingegangene Schriften.

Die „Neue Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer), Heft 31 des 25. Jahrgangs. Aus dem Jubiläum des Heftes heben wir her vor: Bürgerliche Dialektologie. — Die Konjunktur. Von Rudolf Hirschberg. Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Posthalter und Postorte zum Preise von M. 2,25 pro Quartal zu beziehen; jedoch kann sie bei der Post nur pro Quartal abnominiert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Die Neue Gesellschaft, Sozialistische Wochenzeitung (Herausgeber Dr. Heinrich Braun und Alis Braun). Verlag: Berlin W 15, Palaisgalerie 12. Preis pro Heft 10 Pf. Probehefte kostenfrei. Heft 6. Aus dem Inhalt heben wir her vor: Wolfgang Heine: Majestätsprozeß. Edmund Fischer: Sozialdemokratische Religion. — G. Niemi: Industriuntertanen und Industrieleute. — Ernst Schur: Wohnungskunst.

Arbeit und Trunk. Ein Vortrag des englischen Ministers John Burns. Verlag von Gustav Klett, Wien, 68 Seiten, Preis 40 Pf. Die Schrift fängt gleich mit einer Unrichtigkeit an. Ihr Anfang lautet: „In allen Ländern und zu allen Zeiten, durch alle Klassen und Schichten der Bevölkerung in ihren verschiedensten Abschaffungen bilden Trunk und Trunkenheit die Grundfläche sozialer Elends, sittlichen Verfalls und politischen Ruins.“

Man mag dem Alkohol alles Böse nachsagen, wir haben gewiß nichts dagegen, aber ihm zur Grundfläche alles sozialen Elends aller Reichen und Klassen zu machen — nein, dem können wir denn doch nicht zustimmen. Burns hat sich verhältnismäßig als Sozialist bezeichnet, sogar noch, als er schon Minister war, und da sollte er doch auch wissen, dass das nicht zutrifft, was er da im Anfangsabsatz seines Vortrages sagt. Sonst bietet jedoch die kleine Schrift

manches gut herausgearbeitete Material, das wohl geeignet ist, beim Kampf gegen den Alkoholismus vortreffliche Dienste zu leisten.

Streitfälle durch die Theorie und Praxis der Arbeiterbewegung. Von Paul Kampfmeier. VIII und 116 Seiten. Verlag von Alexander Schäffer & Co., in Stuttgart. Preis M. 1. Für Partei- und Gewerkschaftsmitglieder 60 Pf. Bei Bestellung unter 10 Stück ist der Betrag vorher einzuzahlen.

Dies Brodware ist ein Separatdruck einer im Jahre 1906 der Metallarbeiter-Zeitung entstandenen Artikelreihe. Wir können die Ansprüche des in guter Ausstattung erschienenen Buches unseren Kollegen, denen es ein ernstes Studium zu tun ist, besonders aber unseren Agitatoren bestens empfehlen. Jede Zweigvereinsbibliothek sollte einige Exemplare dieser Schrift kaufen!

Briefkasten.

Großwig und Goldberg i. Schl. Versammlungsangelegenheiten gingen zu viel ein.

S. R. 101. Aus der Provinz Westfalen, Kreis Soest, Mühlheim, J. W. Laßlos verlor die Burschen laufen, das Geld ist ja doch rettungslos verloren.

Münster, A. 4. Was, ein Standort, der Pastor studiert, täglich für Gehalt bezahlt? Nichts. Aber haben Sie nichts besseres zu tun, als sich mit solchen wichtigen Fragen zu beschäftigen? Lüdenscheid, Sch. Der „zuverlässige“ Zugang war doch nur in der vergangenen Woche „zulässig“, und das hat der Mat versündet. Uns schlägt der „Operario“, der erst am Donnerstag vormittag gut hielt, sich bei uns einzustellen. Dann würden Ihre Befehle sofort fertig gemacht und der Post zur Beförderung übergeben.

An die Leiter des „Stavebnik“. Die in der letzten Woche einlaufenden Bestellungen kann die Expedition des „Grundstein“ für die laufende Nummer nicht erledigen. Der „Stavebnik“ wird in Prag gedruckt, und wie müssen die gewünschte Anzahl Exemplare immer rechtlich acht Tage vorher bestellt sein, ehe die betreffende Nummer von uns weiter expediert wird?

Berlin, F. Für die Erledigung dieser Beförderung dachte Ihr Schreiben kaum in Betracht kommen. Zu der nächsten Nummer wollen wir es gern zum Abdruck bringen. Wenn diese Nummer unseres Blattes in die Hände der Berliner Kollegen kommt, können wir sie gern in den Saal bringen.

Ostrowo, zwei Kollegen. Solche Mitteilungen hat der Zweigverein vorstand zu machen.

Anzeigen.

■■■ Anzeigen werden nur durch Vermittlung der Zweigvereins- bzw. Sahlstellen- oder Sektionsvorstände angenommen. Geschäftsanzeigen sind ausgeschlossen.

Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichten wir alte Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen aus innerhalb einer Woche nach erfolgtem Ableben Mitteilung gemacht wird. Die Reihe kostet 10 Pf.)

Altenburg. Am 28. April starb unser Verbandskollege Richard Gessner aus Langenleuba-Wiederau im Alter von 84 Jahren. — Am 27. April starb unser Kollege Bernhard Eichler im Alter von 62 Jahren.

Bad Reichenhaller. Am 28. April starb unser Kollege Ludwig Bauer.

Berlin. (Charlottenburg). Am 20. April starb unser langjähriges Mitglied Friedrich Neuber im Alter von 46 Jahren an Herzfeilen.

Bielefeld. Am 2. Mai starb unser Kollege Heinrich Dubert aus Bövingfeld infolge eines Unfalls.

Dresden. Am 1. Mai starb unser Verbandsmitglied Gustav Graf aus Possendorf im Alter von 49 Jahren an Diabetes.

Gießen. Am 27. April starb unser treuer Mitglied Heinrich Püff im Alter von 57 Jahren an Lungentuberkulose.

Görlitzburg. Am 1. Mai verschied nach langem sommerhaften Krankenlager unser Kollege Julius Jensen in Trittau und holz im Alter von 31 Jahren.

Frauenstein. Am 26. April verschied unser treuer Kollege Franz Fuchs im Alter von 18 Jahren.

Großenhain. Am 29. April starb unser Kollege Ernst Gäbler aus Kallreuth im Alter von 58 Jahren an Herzschlag.

Hammelstall. Am 25. April starb nach kurzem, schweren Krankenlager unser Verbandskollege Ferdinand Gaffey im Alter von 46 Lebensjahren an Lungenerkrankung.

Görlitz. Am 1. Mai starb nach längerem Leben unser treuer Kollege Gustav Fischer im Alter von 41 Jahren an Krebsleid.

Münster. Am 27. April starb unser treuer Verbandskollege Fritz Rastorff im Alter von 32 Jahren an der Poliomyelitis.

Marienwerder. Am 29. April starb nach kurzem Krankenlager unser Verbandskollege Robert Geretszki im Alter von 33 Jahren an Leberfebris.

Birmensdorf. Am 29. April verschied nach langem Leben unser treuer Verbandskollege Joh. Menges im Alter von 58 Jahren an Herzleiden und Lungenerkrankung.

Birken. Am 3. Mai starb nach langem Leben unser Kollege Max Endler aus Thürlsdorf im Alter von 29 Jahren an Magenleiden.

Rosenheim. Am 27. April starb unser treuer Verbandskollege Benedikt Gasser aus Anzoberg im Alter von 32 Jahren an Lungentuberkulose.

Weissenhausen. Am 28. April starb nach kurzem aber schwerem Krankenlager unser treuer Kollege Adolf Linne im Alter von 20 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!

Aue i. Erzg.

Der Vertrauensmann Richard Riess wohnt Schützenstr. 3, 1. Et. Der erste Kassierer Emil Naunersberger wohnt Ernst-Baptiststr. 40, 1. Et.

Konitz.

Der erste Kassierer Albert Jahnke wohnt Königsplatz 1, 2. Et. [M. 1,20]

Nortorf.

Der erste Vorsteher Thomas Gilewsky wohnt Poststraße.

Mußforderung.

Der Maurer Heinrich Pauly aus Trier wird erfreut, seine Adresse zwecks Regelung einer Arbeitsangelegenheit an den Kassierer Gustav Meier, Predigerstraße 20, abzugeben. [M. 1,80]

Der Kollege Vinzenz Plachetka, geb. zu Sadran, Kreis Oppeln, Berb.-Nr. 259 210, oder wer seine Adresse weiß, wird erfreut, dieselbe sofort an den Unterzeichneten eingutun. Ed. Feischner, Beulenroda. [M. 1,20]

Mußforderung.

Der Kollege Georg Dehmer, geb. am 21. Mai 1887 zu Eberstadt, Zweigverein Darmstadt, Berb.-Nr. 175 419, wird dringend erfreut, wegen Familiengeschehens seine Adresse seinen Eltern in Eberstadt h. b. anzugeben, oder sofort nach Haus zu kommen. Der Zweigvereinsausschuss.

Croppenstedt.

Montag, den 20. Mai (2. Pfingstfeiertag):

Stiftungsfest.

Sämtliche Kollegen sind hierzu freundlich eingeladen.

Der Vorstand.

Güsten.

Sonntag, den 12. Mai, Abends 8 Uhr:

Bergnügen

im „Gasthof zu den drei Kronen“.

Alle Kollegen von Güsten und Umgebung sind hierzu freundlich eingeladen. [M. 2,70] Das Komitee.

Der Vorstand.

Am Montag, den 20. Mai (2. Pfingstfeiertag), veranstaltet die hierige Zahlstelle mit den übrigen am Orte organisierten Arbeitern auf einer Wiese am herrlichen Unterharz ein

Wald-Volksfest.

Des Morgens Ausflug in die Berge.

Die Kollegen der nächstgelegenen Zweigvereine sind hierzu freundlich eingeladen. [M. 3,00] Das Festkomitee.

Persammlungs-Anzeiger.

Die Verbandskollegen werden dringend gebeten, alle Versammlungen zu besuchen.

Verbandsversammlungen der Maurer.

Doberan. Die regelmäßigen Mitgliederversammlungen finden von jetzt ab jeden Sonnabend nach dem 15. Abends 8 Uhr statt.

Sonnabend, den 11. Mai.

Lücka. Abends 7½ Uhr. Bächer sind mitzubringen.

Sonntag, den 12. Mai.

Delitzsch. Abends 8 Uhr im „Arendshof“.

Niemegk. Abends 8 Uhr Erstversammlung.

Probstei. Abends 8 Uhr im Schützenhaus zu Gräfenhain.

Ribnitz. Abends 4 Uhr im Gewerbeschöfhaus. Mitgliedsbücher mitzubringen.

Velten i. d. M. Abends 8 Uhr bei A. Paris.

Dienstag, den 14. Mai.

Schmölln. Abends 8½ Uhr im „Arendshof“.

Donnerstag, den 16. Mai.

Gründerg. i. Schl. Abends 8½ Uhr im Adams-Vorl. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Sonnabend, den 18. Mai.

Aken. Abends 8½ Uhr.

Colditz. Abends 8 Uhr im Restaurant „Schanz“.

Sonntag, den 19. Mai.

Fürstenwalde. Abends 10 Uhr im „Schloßstall“.

Hintersee. Abends 1 Uhr bei Peter in Wittenburg. T.-O.: Verkauf vom Verbandsdag.

Jessen. Abends 9½ Uhr beim Kollegen Ernst Müller in Jessen, Schloßweg.

Öffentliche Maurerversammlung.

Donnerstag, den 16. Mai.

Waldheim i. S. Abends 8½ Uhr im „Schwellerthal“.

Zentral-krankenkasse der Maurer usw.

Montag, den 20. Mai (2. Pfingstfeiertag).

Trebitsch i. d. Neumark. Abends 2 Uhr beim Gastwirt Herren Wanhauser, Trebitschfeld. T.-O.: Verschauung vom ersten Quartal. Besiedelnes.

Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.